

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 4. August 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

**Die Interfons-Gebühr**  
Beträgt für die sechsgeheirten Kolonelle oder deren Mann 10 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (leitgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schulstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Sonstige über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 RM., monatlich 1,10 RM., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 RM. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Katalonien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erstein steht außer Montag.

### Parteienossen!

Laut Beschluß des Nürnberger Parteitagess findet der diesjährige Parteitag in Leipzig statt. Auf Grund der §§ 11, 12, 13, 14 und 15 des Organisationsstatuts beruft die Parteileitung den diesjährigen Parteitag auf

**Sonntag, den 12. September, abends 7 Uhr,**

nach dem Saale des Volkshauses in Leipzig, Reibers-straße 32, ein.

Am die Punkt 7 Uhr abends erfolgende Eröffnung schließen sich die Konstituierung des Parteitages, die Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung und die Wahl der Mandatsprüfungskommission an.

Die Verhandlungen der folgenden Tage finden in dem gleichen Lokal statt.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Geschäftsbericht des Parteivorstandes. Berichterstatter: H. Rolkenbuhr, A. Gerich.
2. Bericht der Kontrollenre. Berichterstatter: A. Raben.
3. Parlamentarischer Bericht. Berichterstatter: G. Ledebour.
4. Bericht der Kommission wegen Aenderung des Organisationsstatuts. Berichterstatter: Fr. Ebert.
5. Reisebericht. Berichterstatter: S. Müller.
6. Reichsversicherungsordnung:
  - a) Allgemeine und Krankerversicherung. Berichterstatter: G. Bauer.
  - b) Unfallversicherung. Berichterstatter: Robert Schmidt.
  - c) Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Berichterstatterin: Luise Fiech.
7. Internationaler Kongress in Kopenhagen. Berichterstatter: Paul Singer.
8. Sonstige Anträge.
9. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Parteienossen! Bewirkt die Vorarbeiten für den Parteitag — die Wahl von Delegierten und die Stellung von Anträgen — rechtzeitig.

Die Anträge müssen spätestens am 16. August im Besitze des Parteivorstandes, Adresse:

**W. Pfannkuch, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69,**

sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 14 Abs. 2 des Organisationsstatuts im „Vorwärts“ veröffentlicht und in die gedruckte Vorlage Aufnahme finden sollen.

Anträge einzelner Parteien bedürfen der Gegenzeichnung des Vorstandes der örtlichen bzw. Kreisorganisation, falls sie zur Veröffentlichung und Beratung gelangen sollen.

Den Anträgen etwa beigegebene Begründungen werden weder im „Vorwärts“ noch in der den Delegierten zugehenden Vorlage abgedruckt. Die Genossen haben das Recht, ihre Anträge auf dem Parteitag selbst zu begründen oder durch befreundete Genossen begründen zu lassen.

Die Delegierten werden ersucht, von ihrer Delegation dem Parteivorstande und dem Lokalkomitee rechtzeitig Mitteilung zu machen, damit ihnen die Vorlagen und sonstige Mitteilungen zugehen können.

Die Adresse des Lokalkomitees lautet:

**Richard Lipinski, Leipzig, Elsterstraße 14.**

Die Mandatsformulare werden vom 16. August ab durch das Parteibureau: W. Pfannkuch, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, verandt.

Mit sozialdemokratischem Gruß

**Der Parteivorstand.**

## Die polnische Fraktion als Feindin der polnischen Arbeiter.

Die Stimmung der polnischen Arbeiter ist im Gegensatz zu der des polnischen Bürgertums infolge des Eintretens der polnischen Fraktion für die Reichsfinanzreform und die neuen indirekten Steuern eine sehr erbitterte. Fast die gesamte polnische volksparteiliche und nationaldemokratische Presse macht den polnischen Abgeordneten den schweren Vorwurf, daß sie entgegen den elementarsten Grundsätzen der polnischen Nationalpolitik und der einfachsten politischen Klugheit für die Reichsfinanzreform gestimmt hätten. Das ist nach Ansicht der polnischen Presse ein schwerer nicht wieder gut zu machender Fehler, der sich in Zukunft bitter rächen muß. Es sei vom polnischen Standpunkt aus zwar verständlich, wenn die polnische Fraktion aus taktischen Gründen gegen die Erbschaftsteuer gestimmt habe, um dadurch den Fürsten Bülow, den Inspirator des neuen Kurses der Antipolenpolitik, zu stützen und den konservativ-liberalen Block zu zertrümmern; aber mit dem Fall Bülow mußte auch die Aufgabe der Polen im Reichstage erledigt sein. Sie hätten unter keinen Umständen noch weiter gehen dürfen; sie mußten sich bei der Abstimmung über die anderen Steuern zumindest passiv verhalten, wenn sie nicht direkt gegen die Steuern stimmen wollten. Die pol-

nische volksparteiliche Presse, wie z. B. das „Dziennik Berlinski“, der „Giesener Woch“, „Dziennik Kurjowski“ in Hohen-salza, die „Gareh Wdgoska“ in Bromberg kritisieren also sehr scharf das Verhalten der polnischen Reichstagsfraktion und verlangen eine offizielle Erklärung von der Fraktion, damit sie den erbitterten Massen der polnischen Arbeiter, die schon jetzt mit der Flucht in das sozialistische Lager drohen, eine Beruhigungspille verabreichen könnten. Die polnische Reichstagsfraktion ließ jedoch erklären, daß sie keine offizielle Erklärung in dieser Angelegenheit erlassen werde, daß aber in dem amtlichen Organ der Fraktion, dem im Verlage des Reichstagsabgeordneten Rapieralski erscheinenden „Poset Andu“ eine offiziöse Erklärung erfolgen werde. Diese Erklärung genügt aber den Polen nicht, am wenigsten denen, die in Berlin und dem rheinisch-westfälischen und ober-schlesischen Industriebezirk agitatorisch tätig sind, weil diese polnischen Agitatoren mit einem politisch aufgeklärten Arbeiterstand zu tun haben und zudem mit Rücksicht auf die Sozialdemokratie schon mehr als nur Ausreden vorbringen müssen. So schreibt z. B. das „Dziennik Berlinski“ folgendes:

„Was sollen wir angesichts dieser Stellungnahme der polnischen Fraktion dem polnischen Arbeiter, der tagtäglich gezwungen ist, mit sozialistisch gesinnten Arbeiterkollegen zu verkehren, sagen, wie sollen wir ihm diese Situation erklären, wie ihm verständlich machen, warum die Polen für die neue Belastung des Volkes eingetreten seien? Wir müssen also eine Erklärung der Fraktion haben, um eine Waffe zu besitzen gegenüber den schon jetzt laut werdenden sozialdemokratischen Anzuspinnungen.“

Dies enthüllt unzweideutig die schwierige Situation, die das Eintreten der polnischen Abgeordneten für die Reichsfinanzreform geschaffen hat. Wie groß muß die Erbitterung in den polnischen Arbeiterkreisen sein, wenn anderen polnischen, z. B. ober-schlesischen Blättern, angst und bange wird um den Ausfall der künftigen Reichstagswahlen in den polnischen Gebietsteilen.

Da das gespannte Verhältnis zwischen der polnischen Fraktion und der polnischen Gesellschaft schon seit einem Jahre andauert, hat die gegenwärtige Situation zu einer schweren Krise geführt, so daß es zwischen der Fraktion und der polnischen demokratisch gesinnten Gesellschaft zu einem offenen Bruch alsbald kommen dürfte. In den liberalen polnischen Kreisen wird man den polnischen Abgeordneten das Zusammengehen mit den Konservativen, den Erzfeinden des Polentums, nicht verzeihen. Man wird auch die Erbitterung, die sie in den Reihen der linksliberalen deutschen Parteien durch ihre Stellungnahme zu der Reichsfinanzreform hervorgerufen haben, nicht zu entschuldigen wissen.

Die polnische volksparteiliche Presse weiß über interessante Vorgänge in der polnischen Fraktion zu erzählen. So schreibt das „Dziennik Berlinski“ und andere Blätter, daß in der polnischen Reichstagsfraktion schon seit geraumer Zeit eine völlige Desorganisation herrsche; der Vorsitzende Fürst Radzwill befinde sich ständig auf Reisen, das Prinzip der Solidarität sehe nur auf dem Papier, die polnischen Abgeordneten machten, was sie wollten, die konservativen Polen hätten in der Fraktion das Übergewicht und tanzten nach der Pfeife der Zentrumsmänner, während die in der Minderzahl befindlichen demokratisch gesinnten Abgeordneten entmutigt durch den in der Fraktion herrschenden Wirrwarr den parlamentarischen Arbeiten fernblieben. Ihre Tätigkeit, meinten diese Herren, habe sowieso keinen Zweck, denn sie würden in den Fraktionsitzungen von der konservativen Mehrheit überstimmt. Soweit die polnische volksparteiliche Presse, die wohl nur der Not gehorchend nicht dem eigenen Triebe diese interessanten Interna ans Licht der Öffentlichkeit zerrt. Ueber die ausschlaggebende Parlamentsitzung, in der in dritter Lesung die sogenannte Reichsfinanzreform angenommen wurde, schreibt den polnischen Blättern ein demokratischer Abgeordneter, daß mehrere polnische Abgeordnete nur lediglich auf Grund falscher Informationen ihre bejahende Stimme abgegeben hätten; und daß diese falschen Informationen wissenschaftlich von einem Führer der Partei, der sich konservativen Einflüsterungen zugänglich zeigte, erteilt worden seien, um die betreffenden Abgeordneten zur Stimmenabgabe für die indirekten Steuern zu gewinnen. Von den 20 Polen waren 13 im Reichstage anwesend, 11 stimmten dafür, während die Abgeordneten Korsantj-Rattowij und Rechtsanwält Seyda-Gnesen vor der Abstimmung den Sitzungssaal verließen.

Unter den Abgeordneten, die sich für die neuen schweren Belastungen des Volkes ausgesprochen haben, befand sich auch Redakteur Brejski, einer der Machthaber der polnisch-westfälischen Arbeiterorganisationen, sowie der Redakteur Rapieralski-Deutchen, der es sogar verstand, in den in seinem Verlage erscheinenden Blättern diese Steuern zu bekämpfen, während er selbst dafür stimmte. Das nennt man politische Gewissenhaftigkeit. Vielleicht huldigt dieser Abgeordnete dem jesuitischen Grundsatz: Was du theoretisch bekämpfst, kannst du noch immer praktisch ausführen!

In der gesamten polnischen Presse fand sich, abgesehen von dem Organ der polnischen Agrarier, dem „Dziennik Posnanski“, nur ein einziges volksparteiliches Blatt, nämlich die im Verlag des Abgeordneten Kulerski in Graudenz erscheinende „Gazeta Grudziadzka“, die den Standpunkt der

polnischen Fraktion verteidigte. Dieses Blatt nennt sich volksparteilich-demokratisch, erscheint in einer Auflage von circa 60 000 — und hat sich von jeder feine rüde Kon-art ausgezeichnet. Der Verteidigungsartikel dieses Blattes enthält aber so viele gemeine Schmähungen und Beleidigungen der übrigen volksparteilichen Presse, daß selbst die Polen den Herrn Kulerski vor den Stadi zitierten und die Hilfe des Schiedsgerichts des polnischen Journalistenvereins in Gnesen wegen dieser Veröffentlichung anrufen hatten. Die polnische Presse wendet sich nunmehr scharf gegen das Blatt Kulerskis, dessen Vater, nebenbei gesagt, als ehemaliger preussischer Schullehrer hafatistischen Stimmungen huldigt, und meint, daß man das polnische Volk von den verderblichen Wirkungen des Giftes, das das Organ des Abgeordneten Kulerski verzapft, beizeiten noch retten müsse.

Und nun der erwähnte Artikel selbst: Das Blatt Kulerskis sucht in spaltenlangen Legenden nachzuweisen, daß die Polen für die Steuern stimmen mußten, weil die gewaltigen, aber notwendigen Reichsausgaben eine Aufbesserung der Reichsfinanzen erforderten. Das Eintreten der Polen für die Tabaksteuer sei nicht nur aus politischen, sondern vor allem auch aus hygienischen Gründen der Volksgesundheit als eine Tat anzusehen, für die das polnische Volk seinem Abgeordneten dankbar sein müßte. Warum? Das ist für das Blatt des Abgeordneten Kulerski ganz klar. Die Polen rauchen viel und geben viel zu viel Geld für den Tabak-genuß aus, sie täten besser, dieses Geld zu sparen, um polnisches Land aus deutscher Hand wieder zu erwerben. Der Tabakgenuß leiste der Verbreitung der gefährlichsten Volks-seuche, der Schwindsucht, Vorschub. Es ist also ganz klar: Die Polen haben für die Tabaksteuer und die anderen Steuern gestimmt, um auf diese Weise die Schwindsucht wütend zu bekämpfen. Auch ein Beitrag zur politischen Humoristik. Die polnischen Bauern aber, die den langen, mit patriotischer Würze schmacht gemacht Artikel des Abgeordneten Kulerski lesen, werden erschüttert sein von der sozialpolitischen Weisheit dieses Herrn. Die übrige Presse jammert im Gegensatz zu den Ausführungen des Kulerski-organs, daß die Polen durch das Eintreten für die Tabaksteuer und die Zigarettenbanderole die polnische Zigarettenindustrie ruiniert hätten und nun Hunderte von Arbeitern beiderlei Geschlechts brotlos werden. Das schönste bei der ganzen Geschichte ist, daß der Wortführer der Polen bei der Reichsfinanzreform, der Abgeordnete Graf Wielzynski, ein Herr ist, der den Ruf eines volksparteilichen demokratischen Politikers genießt. Sein agrarisches Herz — er ist Rittergutsbesitzer — hat ihn trotz seiner demokratischen Prinzipien auf die schiefe Ebene des Bündnisses mit den Konservativen getrieben. Er war auch derjenige, der durch Kulisentricks die widerspenstigen polnischen Abgeordneten seinen Wünschen gefügig zu machen wußte. Ein Musterexemplar eines polnischen Demokraten.

Für unsere polnischen Genossen aber erwächst die Aufgabe, mit aller Energie daran zu gehen, um die günstige Situation nach Kräften für die Verbreitung unserer Anschauungen auszunützen.

### Der Wahlausfall in Neustadt-Candau.

Man schreibt uns: „Der Wahlausfall hat die Liberalen allgemein verblüfft. Denn daß wir rund 4300 und sie nur 2900 von den 9554 Stimmen, welche auf die bei der Stichwahl ausgeschiedenen Kandidaten des Zentrums und des Bundes der Landwirte im ersten Wahlgang gefallen waren, erhalten würden, hätten sie nicht befürchtet, und wir — offen gestanden — kaum zu hoffen gewagt. Ohne allen Zweifel haben die dem Arbeiter- und Kleinbauernstand angehörenden Zentrumswähler im zweiten Wahlgang in manchen Orten fast bis auf den letzten Mann für den sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt. Nachstehende Tabelle dürfte das zur Genüge dartun.“

Es erhielten Stimmen:

	Hauptwahl			Stichwahl	
	Lib.	Bund	Lib.	Soz.	Lib.
Neustadt . . . . .	1255	116	425	1588	1426
Dambach . . . . .	34	16	160	101	48
Dahlach . . . . .	174	292	87	728	314
Mühlbach . . . . .	99	115	64	265	179
Mupperthalberg . . . . .	12	8	189	80	89
Waldenthal . . . . .	68	—	87	70	100
Dürkheim . . . . .	524	17	71	478	625
Reidesheim . . . . .	104	12	218	186	189
Freinsheim . . . . .	115	205	87	102	197
Waldenheim . . . . .	205	4	49	102	274
Diedesfeld . . . . .	55	8	185	76	86
Ebenloben . . . . .	536	4	125	835	552
Waltammer . . . . .	104	14	405	110	175
Arbeim . . . . .	—	—	143	52	9
Eichbach . . . . .	—	—	107	8	—
Godramstein . . . . .	123	1	50	129	144
Landau . . . . .	1058	8	857	622	1109
Offenbach . . . . .	95	3	215	88	120
Ramsbach . . . . .	—	—	103	—	78
Kirchweiler . . . . .	16	1	121	68	20
Benningen . . . . .	8	8	144	31	13

Im Gegensatz hierzu ist ein Abweichen der Zentrumswähler zu den Nationalliberalen nur in ganz wenigen Orten und dann nur in geringem Maße zu konstatieren. Offenbar haben sich



Die Westlichen unter den Zentrumswählern von ihrem Klasseninstinkt bei ihrem Veto eben so leiten lassen wie die bestillosen Arbeiter und verschuldeten Kleinrentner. Wie der Nationalliberalen jenen, so stand der Sozialdemokrat diesen näher. Daß wir dabei mehr Stimmen erhalten mußten als die Nationalliberalen, liegt auf der Hand, weil die Zahl der Westlichen unter den Zentrumswählern im Kreise nicht groß ist.

Von nationalliberaler Seite wird nun mit Nachdruck die Behauptung aufgestellt, daß die Zentrumsparole auf Stimmenthaltung eine Scheinparole gewesen sei. Denn die Zentrumsleitung habe ihre Wähler so in der Hand, daß sie — wenn sie nur gewollt hätte — diese wohl von der Wahlurne hätte fernhalten können. Damit wollen die Nationalliberalen ihre Niederlage beschönigen, indem sie sie nicht auf die Abneigung weiterer Mittelschichten gegen sich, sondern auf die bewußte Bosheitspolitik der Zentrumsleitung zurückzuführen versuchen. Dieser Auffassung muß entschieden widersprochen werden. Die Zentrumsleitung mußte als jehige Regierungspartei und als Verbündete der Konservativen sicherlich wünschen, daß mit Zentrumshilfe zurzeit keinem Sozialdemokraten das Portal am Wallbau geöffnet werde. Aus diesem Grunde allein war die Parole auf Wahlenthaltung sicherlich ernst zu nehmen und sollte auch ernst genommen werden. Denn als zu befürchten stand, daß ein größerer Teil der Wähler zu uns abzuweichen könnte, erließ der politisch sehr tätige und im Kreise sehr einflussreiche Pfarrer von Hezheim, Kehler, namens des Kreisamteuses durch ein Flugblatt nochmals eine energische Aufforderung, zu Hause zu bleiben. Die Erfolglosigkeit dieser Bemühung zeigt nur, daß die Zentrumsleitung die Wählermassen bei weitem nicht mehr so in der Hand hat, wie das bisher der Fall war. Erstreckliche Hauptsache für uns ist, daß die Wahl gezeigt hat, wie das erstarkende Klassenbewußtsein uns auch die Arbeiter und Kleinrentner. Die bisher zum Zentrum gehalten, näher betrachtet hat, so daß zahlreiche Zentrumswähler, entgegen der Parteiparole, sozialdemokratisch wählten, um den Sieg eines Nationalliberalen zu verhindern. Das eröffnet die besten Aussichten für die nächste Wahl.

## Das sächsische Muster.

Nach einer Meldung der bürgerlichen Presse soll die preussische Wahlrechtsreform davon abhängig gemacht werden, wie sich das neue Pluralwahlrecht in Sachsen bewährt. Um Material über das Ergebnis der erst in einigen Monaten stattfindenden sächsischen Landtagswahlen habe, so hieß es, die preussische Regierung bereits nachgeschickt.

Ein Wunder wäre es nicht, wenn die Herrschenden in Preußen an dem sächsischen Pluralwahlrecht Geschmack finden; denn es ist derart volksfeindlich, daß sich auch preussische Junker mit ihm leicht ausfinden werden. Es trägt nicht in dem Maße plutokratischen Charakter wie das frühere sächsische Dreiklassenwahlrecht; aber es ist dafür darauf zugeschnitten, daß diejenigen rächtigen Elemente durch reichliche Gewährung von Zusatzstimmen das Übergewicht erlangen, auf deren Gefolgschaft die konservative Partei in erster Linie rechnen kann. Das sind vor allem die Bauern, die Kunstler und die Hausbesitzer! Mit wahren Feindschaften hat man das Wahlrecht so gestaltet, daß die Arbeiter in der Minderheit bleiben und Zusatzstimmen so gut wie gar nicht erhalten. Es ist dabei nach dem Rezept verfahren worden, das der Führer der sächsischen Konservativen, Justizrat Opy, bei den Verhandlungen über die Wahlrechtsreform aufstellte: „Das Pluralwahlrecht müsse so gestaltet werden, daß Zusatzstimmen möglichst nur den nationalen Parteien zugute kommen.“ Wie man dieses Rezept bei den Bestimmungen über die Verteilung der Zusatzstimmen angewandt hat, sei in Kürze gezeigt.

Nach dem § 11 des sächsischen Pluralwahlrechts hat jeder Wähler zunächst eine Stimme; sind aber bestimmte Voraussetzungen vorhanden, kann er zwei, drei und auch vier Stimmen erlangen. Zur Erlangung einer Zusatzstimme wird ein versteuertes Einkommen von 1000 M. pro Jahr gefordert. So hoch ist man offensichtlich deshalb gegangen, um den Arbeitern so gut wie ganz die Pluralstimmen abzuschneiden, denn selten wird in Sachsen ein Arbeiter ein solches Einkommen erlangen. Es wird aber auch nur vom Arbeiter ein so hohes Mindesteinkommen als Voraussetzung einer Zusatzstimme verlangt. Beim Beamten, Handwerker und Geschäftsmann genügen 1400 M. Einkommen zum Anspruch auf eine Zusatzstimme. Noch besser sind die Bauern und Gärtner daran. Sie bekommen eine Pluralstimme, wenn zwei Hektar ihres Grundbesitzes der Land- und Forstwirtschaft oder mehr als ein halber Hektar der Gärtnerei oder dem Weinbau dienen. Einkommen brauchen Gärtner und Bauern überhaupt nicht, während vom Arbeiter 1000 M. gefordert werden.

Hausbesitzer bekommen schon eine Zusatzstimme, wenn sie 1250 M. Einkommen haben. Doch hat es damit noch eigene Bewandnis. Es stand von vornherein bei den reaktionären Wahlrechtsmischern fest, daß dem Hausbesitzer Zusatzstimmen gewährt werden sollten. Später aber ist man dahinter gekommen, daß in vielen Gegenden Sachsens, namentlich in der Lausitz und im Vogtlande, zahlreiche Arbeiter ein Häuschen besitzen. Hätte man die ursprüngliche Absicht verwirklicht, wären auch die mit einem solchen Häuschen ansässigen Arbeiter einer Zusatzstimme teilhaftig geworden. Um das zu verhindern, hat man später noch eingefügt, daß auf dem Grundbesitz mindestens 100 Steuerleistungen haften müssen. Damit hatte man die Arbeiter-Häusler um die Zusatzstimme gebracht.

Drei Stimmen erhält ein Wahlberechtigter, wenn er 2000 M. Einkommen hat. Ist er aber Beamter, Ränister oder Rechtsanwalt usw., braucht er nur 1000 M. zu beziehen, der Hausbesitzer braucht nur 1600 M. Also ein Hausagrarier bekommt schon zwei Zusatzstimmen, wenn er 1600 M. Einkommen hat, der Arbeiter in demselben Falle nur eine. — Vier Stimmen sollen alle Wahlberechtigten mit 2500 M. Einkommen erhalten; aber die Beamten, Ränister und Angehörigen der freien Berufe brauchen dazu nur 2000 M., die Hausbesitzer nur 200 M. Agrarier brauchen aber in keinem Falle ein Einkommen nachzuweisen, sie bekommen drei Stimmen, wenn sie vier Hektar Land bewirtschaften, und vier Stimmen bei acht Hektar.

Schließlich sei noch die Altersstimme erwähnt, die nach erlangtem fünfzigsten Lebensjahre erworben werden kann — eine wahre Grobpaternstimm, die für Arbeiter nur wenig in Betracht kommt, zumal sie vielfach erst mit 55 und 60 Jahren in die Lage kommen werden, eine Altersstimme zu erlangen.

Aus alledem ersieht man, daß das sächsische Landtagswahlrecht ein Wahlrecht ist, das alle rächtigen Elemente bevorzugt, die Arbeiter aber vielleicht schmäher entrechtet wie das Dreiklassenwahlrecht. Warum sollte sich also dafür nicht auch die preussische Regierung erwärmen, um unter dem Scheine einer Wahlrechtsreform ein gleich elendes Wahlrecht als das jetzige in die Welt zu setzen.

## Vom Pastor mit der Peitsche.

Auf die im „Vorwärts“ erhobenen Anklagen gegen den Pastor Dreithaupt, den Leiter des Pärzorgestiftes zu Rielesahn, wollte der Berliner Magistrat mit einer amtlichen Erklärung antworten. Diese Absicht bestand im Rathaus schon Ende voriger Woche, aber noch immer warten wir, daß sie ausgeführt werde. Bürgermeister Reide soll damit betraut worden sein, die Erklärung möglichst schwingend zusammenzufassen. Hoffen wir, daß er mit seiner Arbeit zustande kommt.

Einstweilen müssen wir und genügen lassen an den immer wiederholten Beschwichtigungsnotizen, die Tag für Tag vom Rathaus aus an die Presse versandt werden. Die neueste behauptet mit acht magistratsamtlicher Dreistigkeit, daß nicht ein einziger der zwölf mit Peitschstrafen bestraften Kurchen außer einigen blauen Flecken den geringsten Nachteil von der Prügelstrafe gehabt hat und daß sämtliche Kurchen gesund und munter waren.“ Dabei ist der Weisendeputat bereits seit der ersten Hälfte des Juni bekannt, in welchem Zustande ein aus Rielesahn entlaufener fünfzehnjähriger Junge in Berlin angelangt war! Etwa Mitte Juni wurde dieser Junge dem hiesigen Waisenhaus wieder zugeführt, und bei dieser Gelegenheit wurden auch dort seine Verletzungen besichtigt und der Befund protokolliert. Alles das weiß man selbstverständlich im Rathaus sehr wohl, und doch kommen von dort immer wieder die aller Wahrheits im Gesicht schlagenden Beschwichtigungsnotizen! Hat man denn dort jedes Gefühl dafür verloren, wie schimpflich diese Art der Verteidigung ist?

Inzwischen ist in Rielesahn auch die durch den Landrat Graf Schrad angeführte Untersuchung zu Ende gekommen. Es wird berichtet, sie habe ergeben, daß bei den Bestrafungen tatsächlich das Maß des Erlaubten weit überschritten wurde.“ So meldet der „Berl. Lokal-Anzeiger“, der sonst gewiß vor dem Verdacht sicher ist, der Berliner Stadtwaltung oder dem von ihr so eifrig beschützten Prügelpastor wehe tun zu wollen. Was das Blatt da sagt, das ist selbstverständlich nicht neu. Das ist schon durch die Untersuchung, die von den Beauftragten der Berliner Weisendeputat — dem Stadtverordneten Dr. Verstein und dem Magistratsrat Dr. Volgt — ausgeführt wurde, mit hinreichender Zuverlässigkeit festgestellt worden. Es sind in der hiesigen Anstalt Prügelstrafen vorgekommen, die sich als rohe Ausschreitungen charakterisieren. Und keiner Verurteilungskunft der Berliner Liberalen wird es gelingen, das wegzulügen!

## Der Generalstreik in Schweden.

Es kann jetzt als sicher gelten, daß auch die unorganisierten Arbeiter sich in großen Massen der allgemeinen Arbeitsniederlegung anschließen, wie sie sich schon bei den vorausgegangenen Ausperrungen größtenteils mit ihren organisierten Kollegen solidarisch erklärt haben und trotz aller Versprechungen der Unternehmer nicht weiterarbeiteten, sondern sich meist auch noch der Organisation angeschlossen. Das Landessekretariat der Gewerkschaften hat nun auch ein Manifest an die unorganisierten Arbeiter herausgegeben, um ihnen allgemein klarzumachen, daß es in ihrem wie im Interesse der gesamten Arbeiterklasse liegt, den Generalstreik mit ganzer Kraft durchzuführen. Jeder nun unorganisierte Arbeiter, der sich bis spätestens den 15. August der Organisation anschließt, soll bei der Abwicklung des Kampfes dieselbe moralische und ökonomische Unterstützung erhalten, die den jetzt schon organisierten von der Landesorganisation zuteil werden wird.

„Laßt den Riesenkampf mit 100 000 neuen Mitgliedern der Landesorganisation abschließen, als die würdigste Antwort auf die jahrelangen Angriffe der Arbeitgeber gegen unsere Organisationen und als eine weitere sichere Garantie einer guten und für die Arbeiterschaft glücklichen Entscheidung. Eine unverbrüchliche Solidarität und Einigkeit in der ganzen Arbeiterklasse, das ist die Kraft, die nicht besiegt werden kann“, schließt das Manifest.

Die Arbeiterkommune Stockholm hatte am Sonntagmorgen eine Massenversammlung unter freiem Himmel veranstaltet. Trotz strömenden Regens nahmen 10 000 Personen daran teil, und begeisterte Stimmung für den Generalstreik beherrschte die ganze Versammlung. Unter den Rednern befand sich als Vertreter der dänischen Arbeiterschaft der Folkethingmann Martin Olsen aus Kopenhagen, der versicherte, daß die Arbeiter Dänemarks gleich denen anderer Länder alles tun werden, um ihre schwedischen Brüder im Kampfe zu unterstützen.

Die Kapitalistenklasse hat in Stockholm ein „bürgerliches Schutzkorps“ organisiert, das vor allem auch dazu dienen soll, Streikbrecherarbeit zu verrichten und im übrigen natürlich die Ordnung aufrechtzuerhalten. Dieses Gebilde ruht in der Arbeiterschaft, die ja schon ihre eigene Schutz- und Ordnungswehr organisiert hat, um so mehr Erbitterung hervor, als die bürgerlichen Schutzmänner und Streikbrecher, 3000 Mann stark, mit lebensgefährlichen Waffen ausgerüstet werden sollen.

Im übrigen ist in Stockholm schon Militär zur Besetzung der Eisenbahnlinien und Brücken kommandiert, und auch in den anderen Städten sowie den Industriezentren sind militärische Vorbereitungen getroffen. Die Arbeiterschaft wird sich aber sicherlich nicht zu irgendwelchen Dummheiten hinreißen lassen, die derartige Maßnahmen rechtfertigen könnten. Die Verwaltungen der Privatbahnen wie die der Staatsbahnen schweben noch immer in der Ungewißheit, ob sie den Betrieb aufrechterhalten können, und wenden sich mit mahnenden und drohenden Worten an das Personal, unter keinen Umständen mitzustricken.

In den Staatsbetrieben, wo die Arbeitsniederlegung keinen oder nur geringeren Schaden verursacht als im Verkehrsbetrieb, zeigen sich die Betriebsleitungen ziemlich entgegenkommend. So antwortete der Leiter der staatlichen Gewerkschaft in Eskilstuna der Deputation, die ihm den einstimmigen Streikbeschluss der Arbeiter überbrachte, daß er zwar dem Wunsche, den Betrieb zu schließen, nicht entgegenkommen könne, daß aber gegen die, die am Streik teilnehmen wollten, keine Maßnahmen ausgeübt werden sollten, sondern daß alle nach Schluß des Streiks wieder willkommen seien.

Durch die Aussperrung in der Huttenindustrie ist die Zahl der ausgeperrten Arbeiter Schwedens auf mehr denn 83 000 gestiegen. In demselben Maße ist natürlich auch die Erbitterung der Arbeiterschaft über die Gewalttätigkeit des Unternehmertums gewachsen, die Ueberzeugung, daß der Generalstreik unbedingt notwendig ist, um zu erträglichen Zuständen zu kommen.

Stockholm, 8. August. (B. Z. V.) Der Fachverein der Reichstelephon-Arbeiter hat einstimmig beschlossen, sich dem Generalstreik anzuschließen. Einzelne Kategorien festangestellter Beamter des Telephonwesens werden sich dagegen an dem Streik nicht beteiligen. Die Stockholmer Reichstelephon-Arbeiter beabsichtigen, sich der Bewegung anzuschließen, jedoch hoffen die Milchhändler, die Milchverfälschung der Hauptstadt aufrechterhalten zu können. Wie der „Dagen“ erfährt, beschlossen auch die Stockholmer Kommunal-Arbeiter, sich dem Streik anzuschließen, ebenso die Verleuchtungs- und Müllabfuhrarbeiter.

Malmö, 8. August. (B. Z. V.) Die hiesigen Fachvereine, mit Ausnahme der Straßenbahn-Angestellten, beschlossen, sich dem Zustand anzuschließen.

## Die Ereignisse in Spanien.

Während in Barcelona die Arbeit wieder aufgenommen worden ist, dauert in Catalonien der Kampf fort. Die Revolutionäre haben sich einer Anzahl kleinerer Städte und Gemeinden bemächtigt und die Republik ausgerufen. Die Regierung schickt Truppen gegen sie. Zunächst richteten sich die Operationen gegen die Stadt Sabadell an der Bahnlinie Barcelona-Saragossa. Amlich wird behauptet, daß die militärische Besetzung ohne größere Schwierigkeiten gelungen sei.

Von dem Verlauf des Generalstreiks in Madrid und Bilbao fehlen alle Privatnachrichten. Amtliche Meldungen sprechen von einem Mißerfolg des Streiks. Mit welchem Recht, müssen die nächsten Tage lehren. Vorkäufig scheint die Regierung selbst ihrer Sache nicht so sicher zu sein. Heißt es doch, daß alle Vorkehrungen für eine Ueberstebelung der Königsfamilie nach England getroffen seien.

### Die Zahl der Opfer.

Gerbere, 8. August. Die ersten spanischen Zeitungen sind hier eingetroffen. Sie enthalten die Liste der Klöster, welche vom 26. bis 30. Juli in Barcelona zerstört worden sind. Ihre Zahl beträgt 33. Die Truppen haben bei den Zusammenstößen mit den Revolutionären 8 Tote und 27 Verwundete und die Aufständischen 32 Tote und 126 Verwundete verloren. 75 Leichen von getöteten Rebellen sind beerdigt worden. In den Spitälern befinden sich noch 127 Verletzte. Die Zahl der in Privathäusern befindlichen verletzten Personen ist noch unbekannt. Am 29. Juli wurden 204 Verhaftungen vorgenommen, am 30. Juli 182. Der Erzbischof von Barcelona ist nach Sarria geflüchtet. Obige Zahlen haben die Zensur passiert. Die Zeitungen lassen jedoch durchblicken, daß die Zahlen nicht vollständig sind. (Wir haben bereits gemeldet, daß die Zahl der getöteten Revolutionäre sich auf mehr als 800 beläuft.) In Barcelona, Martorell und Gorta ist nach offizieller Versicherung die Ruhe wiederhergestellt.

### Wiederaufnahme der Arbeit.

Barcelona, 8. August. Nachdem die Ordnung in der Stadt vollständig wiederhergestellt ist, ist die Arbeit allenthalben wieder aufgenommen worden, ebenso der Dampferdienst. Die Kohlenzufuhr hat wieder begonnen.

### Die Deserteure.

Brüssel, 8. August. „Independance belge“ meldet aus Madrid, daß die spanischen Konsuln in den Grenzstädten bei den französischen Behörden Einspruch erhoben haben infolge der Ansammlung spanischer Deserteure. Die französischen Behörden erklärten sich mangels Gendarmen und Polizisten außerstande, die Deserteure gemäß dem Wortlaut des internationalen Abkommens ins Innere abzuschließen. Es heißt, die spanische Regierung werde beim französischen Kabinettschef und dem Minister des Auswärtigen Schritte unternehmen, dieser Lage ein Ende zu machen.

### Die blutige Woche in Barcelona.

Der „Corriere della Sera“ meldet aus Barcelona vom 31. Juli: Alle Geschäfte der Stadt sind noch immer geschlossen. In den Straßen sieht man keine lebende Seele, mit Ausnahme von Militär- und Polizeipatrouillen. In den Vorstädten kommt es noch immer zu Zusammenstößen. Die von den Insurgenten niedergebrannt worden sind. Bisher wurden insgesamt 120 Tote aufgeföhrt, mehr als 800 Personen sind schwer verletzt. Unter den Trümmern der zerstörten Gebäude liegen noch viele Verwundete begraben. Fortwährend durchziehen Abteilungen des Roten Kreuzes die Straßen und transportieren die Verletzten in die Spitäler. Heute früh durchzog der Generalkapitän an der Spitze einer starken Truppenabteilung die Straßen der Stadt und befahl, bei sonstiger Todesstrafe, alle Handstore geschlossen zu halten. Bis gestern abends durchzogen großezüge der Revolutionäre mit den schauerlichen Ueberresten einzelner Opfer die Straßen der Vorstädte. Sie hatten Arme, Beine und Köpfe, die bei dem Geschäftefeuer von den Körpern einzelner Revolutionäre losgerissen worden waren, an lange Stangen gebunden, die sodann als schauerliche Wahrzeichen unter den Ruf: „Hoch die Revolution!“ und unter dem Gesang der Marseillaise dem Zuge vorangetragen wurden. Ein solcher Zug bewegte sich auch beim Generalkapitän vorüber, der, erseht über diesen schauerlichen Anblick, auf die Revolutionäre nicht schließen ließ.

Der schauerlichste Tag in Barcelona war ohne Zweifel der 29. Juli. An diesem Tage wurden die zahlreichen Varrikaden zunächst von Geschützen unter Schnellfeuer genommen und sodann unter ungeheurem Blutvergießen erstickt. In manchen Straßen gibt es nicht ein einziges Haus, das nicht Spuren des erbitterten Kampfes zwischen dem Militär und den Revolutionären aufzuweisen hätte. Etwa hundert Brandstifter sind kriegsgerichtlich abgeurteilt und sofort erschossen worden. Beim Niederbreiten der Kirchen und Klöster sind insgesamt 120 Mönche und Nonnen umgekommen und ungefähr 300 haben Verletzungen erlitten.

### Vor Mexiko.

Mexiko, 8. August. Amlich wird gemeldet, daß die Mexikaner in der vergangenen Nacht einen Angriff unternommen haben, jedoch von den Spaniern zurückgeworfen worden sind. Auf Seiten der Spanier wurde ein Offizier getötet, vierzehn Mann verwundet. — Aus Ahucemas ist die Nachricht eingegangen, daß die vor dem Plage stehende Sarika neue Verstärkungen erhalten habe. Die Truppen sind moralisch und materiell in ausgezeichnetem Zustande, die Lebensmittelzufuhr erfolgt regelmäßig.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. August 1909.

### Liberaler Kultur.

Seitdem einige wohlmeinende, aber nächstern realpolitischen Erwägungen schwer zugängliche linksliberale Optimisten die Forderung gestellt haben, es müßte zur Niederringung der Junkernmacht



ein Block von Wassermann bis Bebel oder mindestens von Fischel bis Bebel gegründet werden, fühlen gewisse nationalliberale und freisinnige Blätter sich in ihrer Gemütsruhe aufs äußerste bedroht. Obgleich in Anbetracht der amphibischen Natur des größten Teiles des Preistums diese schönen Wünsche und Vorschläge nicht die geringste Aussicht auf Verwirklichung haben, und es sich deshalb auch nicht lohnt, sich mit ihnen ernstlich zu beschäftigen, scheinen doch einige sich liberal nennende Blätter zu befürchten, der Gedanke einer liberal-sozialdemokratischen Koalition gegen den feudalen Grundbesitz könnte in den liberalen Kreisen Wurzel fassen, und da sie davon eine Gefährdung der hehren „nationalen Kultur“ Deutschlands befürchten, so bemühen sie sich eifrig, die Sozialdemokratie als durch- aus unbündnisfähig, als eine alles „verrundernde“, vaterlands- los, brutale Rote hinzustellen.

Das Glorichste auf diesem Gebiete der Blut- und Barricaden- malerei leisten die „Vorl. Neueste Nachr.“ in einem „Wie sie sind und bleiben!“ überschriebenen Artikel. Nach einem höchst gefühlvollen Gemütsbergang über die „Früchte sozialdemo- kratischer Jugendberge“ kommt das Blatt auf die Rede des Genossen Karl Ledebach in Kiel zu sprechen und bietet folgende Stilblüte nationalliberaler Kultur:

„Die dritte Erscheinung führt wieder an die Wasserfante, wiederum nach Kiel, wo der wegen Hochverrats zu Festung verurteilte Sohn eines wegen Hoch- verrats zu Zuchthaus verurteilten Vaters die Geißel bluttrüger Revolutionssphrasologie gegen den Herrscher einer und befreundeten Macht schwingt, zu deren Untergrabung Millionen deutscher Arbeitergroßen seit Jahr und Tag über die Grenze wandern.“

Wenn das die liberalen Leser mit der gepriesenen feinen Geistes- kultur nicht packt, hilft gar nichts mehr — Hochverräter, Zuchthäuser, bluttrüger Revolutionssphrasologie! — Doch es kommt noch besser. Auch der Wahlkreisfall in Landau-Neustadt beweist, daß jedes politische Zusammengehen mit der sozialdemokratischen Masse die seine Ge- suttung des deutschen Bürgerturns zerstören würde:

„Der vierte Fall endlich hat sich dieser Tage im Kampf der Siegesstimmung von Landau-Neustadt ereignet. Wir müssen bei dem Wille länger verweilen, um es als bleibendes Charakteristikum in uns aufzunehmen. Es führt uns auf historischen Boden, nach Neustadt, der Geburtsstadt des Pfeifers von der Hoardt, wo seituntend ein heute noch als Stadthaus bezuwendertes Kollegiumsgebäude schuf, und nach dem benachbarten Weinbörchen Gumbach, dessen „Niedling“ auch denen bekannt zu sein pflegt, die nicht mehr wissen, daß dort einst Albrecht von Brandenburg den Nodan mit dem Blute der fürstlich-sächsischen Speyerischen Söldner dängte. In diesem Dörlein, dessen Feste, die einstige Festen- burg, die dankbare Pfalz vor einem guten halben Jahrhundert dem bayerischen Kronprinzen, späteren König Max II., als Fortzug schenkte, fand jenes berühmte Gumbacher Fest vom 27. Mai 1832 statt, auf dem zum erstenmal die Welt von einer republikanischen deutschen Partei erfuhr, — unter dem Veisfall von Franzosen und Polen, die sich in reicher Anzahl unter den zwanzigtausend Umstürzern befanden. Und an dieser selben Stelle wollte die Erbin jener republikanischen Ideale, die internationale deutsche Umstürz- partei, auch am letzten Sonnabend beweisen, wie sehr sie antimonarchisch bis auf die Knochen sei. Einige besonders sich auf Dietrichs verstoßende Genossen hatten sich in das Schloß bei Gumbach, die Magburg, eingeschlichen und Feuerwerk vorbereitet. Dieser königliche Zeuge der republikanischen Erde vom 27. Mai 1832 sollte in blutrotem bengalischen Feuer erlöschen! Und über die Königspfalz sollte die Fahne des Umstürzes wehen.“

So hatten die Kulissenschieber des internationalen Proletariats gerechnet. Deswegen waren sie wie Diebe in die verschlossene Feste gedrungen und sie hätten das Königsschloß zum blut- roten Fanal für den Sieg des Umstürzes gemacht, wenn ihnen nicht königliche Wächter das Handwerk gelegt hätten!

Und so etwas nennt sich in Deutschland Liberal!

### Virtuosen der Lüge.

Seit die Zentrumspolitiker sehen, daß ein großer Teil ihrer Anhängerschaft energisch gegen ihre agrarische Steuerpolitik protestiert, suchen sie durch eine noch immer steigende Flut von Flug- blättern, Broschüren und Zeitungsausschnitten den sie bedrohenden Sturm der Entrüstung zu beschwichtigen. Was in diesen Flugblättern an Entstellungen, Verdrehungen und Lügen geleistet wird, ist geradezu erstaunlich. Schon immer haben die Kämpfer der Partei für „Wahrheit, Freiheit und Recht“ sich als begabte Jünger Loholad erwiesen, nach deren Moralbegriffen jede Lüge gestattet ist, wenn sie dem Wohl der eigenen Partei dient; in die unbedeutsame Lage, in die sich durch ihr Verhalten bei der Reichsfinanzreform die Zentrumspartei gedrängt sieht, hat jedoch diese Skrupellosigkeit auf die Spitze getrieben. Ein Bei- spiel dafür, wie die Zentrumspartei zurzeit arbeitet, bietet die nach- folgende schöne Epistel des in Erteleng (Rheinproving) erscheinenden Kerikalen Kreisblattes darüber, weshalb neue Steuern not- wendig geworden sind und weshalb das Zentrum sie bewilligen mußte:

„Die Steuern sind notwendig geworden infolge der letzten Reichstagswahlen vom Jahre 1907. Damals gelang es dem jetzt entlassenen Reichskanzler Fürst Billow eine Mehrheit im Reichstage zusammenzubringen, bestehend aus Liberalen, Freisinnigen, Konservativen und der sogenannten Wirt- schaftlichen Vereinigung. Diese neue Mehrheit, schlechthin der Block genannt, bewilligte alles, was die Regierung, d. h. Fürst Billow verlangte, keine Ausgabe für Meer, Flotte, Kolonien, Welt- politik war zu groß, alles wurde bewilligt. Die Bereitwilligkeit zum Bewilligen solcher Ausgaben wurde noch vermehrt durch sogenannte Kolonial- und Marinevorträge mit Lichtbildern, die allerlei Leute sogar in den kleinen Provinzialstädten abhielten. Das die Ende kam, wie derständige Leute vorhergesagt hatten, nach. Der Reichs- geldbeutel wurde immer leerer, die Schuldenlast wuchs bis zur Unentzücklichkeit gesteigert werden, der Größenwahnsinn nahm schließlich ein trauriges Ende; wie bei allen Leuten, die über ihre Verhältnisse leben, kam am Schlusse der große Crash. Fürst Billow ging, der Block zerbrach, und die Zentrumspartei mußte schließlich unter Mitwirkung der Konservativen die Sache in die Hand nehmen und für Ordnung sorgen. Diese Aufgabe war nicht leicht, galt es doch, Hunderte von Millionen Schulden im Reichshaushalt zu beseitigen und für die Tilgung der in den letzten Jahren auf- gehäuften Schulden zu sorgen. Hierzu kam der Rückgang im Er- trag der bereits bestehenden Einnahmen des Reiches, die unter den schlechten Zeitverhältnissen zu leiden haben. Deshalb müssen jetzt große Opfer gebracht werden, um die schlimmen Folgen der Billowschen Blockwirtschaft auszugleichen; auf die kurze Herrsch- keit folgt der wüste Katzenjammer. Das sind die Ursachen der neuen Steuern, die jetzt alle Volkstriebe belasten.“

Wäre also das Zentrum Regierungspartei geblieben, dann wäre die ganze Reichsfinanzreform nicht nötig geworden;

### Einen Beitrag zur preussischen Verwaltungsreform

lieftet der Bonner Professor Eiler-Somlo in einer solchen erschei- nenden Schrift: „Zur Reform der preussischen Staatsverwaltung“. Er weist auf die Schwerfälligkeit und Langsamkeit der Geschäfts- führung, das Uebermaßern der bürokratischen Gesichtspunkte, die geradezu monströse Häufung der Verwaltungsbehörden u. a. m. hin und betont, daß die Verwaltung in Preußen bei weitem nicht den Erfordernissen einer in bezug auf Verkehr, Bevölkerungszahl, volks- wirtschaftliche Probleme vollständig veränderten Zeit entspricht. Er

trifft vor allem für eine Verminderung der Aufsichtsbefugnisse gegen- über den Kommunen und eine Erweiterung der Selbstverwaltung ein. Ueber die bürokratischen Schattenseiten der Verwaltung sagt der Verfasser:

„Jener Geist der Bürokratie, jenes Ueberhandnehmen des Scheitwerkes, jene Langsamkeit und Schwerfälligkeit des Ge- schäftsganges sind Symptome für die Tatsache, daß es den preu- sischen Behörden nicht gelungen ist, gleichen Schritt mit der Ent- wicklung der gesellschaftlichen Faktoren innerhalb des Staats- wesens zu halten, daß sie die beruflichen und wirtschaftlichen Formen unseres modernen Daseins weder zu sich in Beziehung gesetzt, noch auch sich bemüht haben, eine einigermaßen zufrieden- stellende Uebereinstimmung herbeizuführen. Diese Langsamkeit führt dazu, daß das Publikum oft wochen- und monatelang auf einen Bescheid warten mußte, der unter normalen Verhältnissen längstens in wenigen Tagen hätte erteilt werden können.“

### Wieder nicht bestätigt!

Der zum Mitgliede des Gemeindevorstandes in Roisting bei Lübeck gewählte Genosse Struh ist von der Lübecker Auf- sichtsbehörde nicht bestätigt worden. Es ist dies das fünfte Mal, daß dem gewählten Sozialdemokraten die Bestätigung verweigert wurde. Die Behörde hat nunmehr ein bürgerliches Gemeindevorstandsmittglied ernannt. So wird das Selbst- verwaltungsrecht in der Republik Lübeck zertrümmert.

### Ein Antimilitarist.

Schwer gefesselt und von zwei Unteroffizieren bewacht wurde dem Oberkriegsgericht zu Magdeburg am Freitag der Militär- gefangene Hermann Schrader vorgeführt. Der Angeklagte war wegen Fahnenflucht zu acht Monaten Gefängnis verurteilt worden, die er im Festungsgefängnis zu Torgau verbüßte. Hier verabredete er mit einem Mitgefangenen die gemeinschaftliche Flucht, die er auch am 30. Mai d. J. während des Rückganges ausführte. Als die Flüchtlinge auf das „Pall“ des aufführenden Sergeanten nicht hörten, schloß dieser auf sie und streckte Schraders Kollegen nieder. Schrader selbst wurde dann auch fest- genommen und wegen Fahnenflucht im Komplott und im Rückfalle zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Gegen das Urteil legte Schrader Berufung ein mit der seltsamen Begründung, er wüßte, daß ihn das Gericht zu einer so hohen Strafe verurteile, daß seine Auslösung aus dem Heere er- folgen müsse. Vor dem Oberkriegsgericht wiederholte er seine Bitte, obwohl ihm der Verhandlungsleiter auseinandersetzte, daß auf die Berufung eines Angeklagten allein nicht auf eine höhere Strafe erkannt werden könnte. Erst wenn er einen dritten Ver- such zur Fahnenflucht unternähme, könne er zu einer Zucht- hausstrafe verurteilt werden. Diesen „guten Rat“ wird denn der Angeklagte auch wohl befolgen, denn er jagte dem Richterkollegium, daß er, solange er Soldat sei, freis werden werde, zu entfliehen, da er sich beim besten Willen nicht an das Militärleben gewöhnen könne. 4½ Jahre ständen ihm jetzt einschließlich der Strafe bevor, da käme er ja gar nicht wieder los vom Militär, man möchte ihn doch zu Zuchthaus verurteilen.

Das Gericht verwarf die Berufung.

### Unterschleife auf der Danziger Werft.

Eine Aufsehen erregende Verhaftung erfolgte am 20. Juli auf der kaiserlichen Werft zu Danzig. Der im Annahmeamt dieses Staatsbetriebes beschäftigte Werftbuchführer Ewert wurde durch Kriminalbeamte festgenommen und abgeführt. Die „Königsberger Volkszeitung“ wußte schon vor einiger Zeit die von der kapi- talistischen Presse unterschlagene Tatsache zu berichten, daß auch auf der Danziger Werft Unregelmäßigkeiten festgestellt worden sind. Ein außerordentlicher Revisor des Reichsmarineamts wurde erst nach Erledigung seines Auftrages durch einen anonymen Brief darauf aufmerksam gemacht, daß er sich habe täuschen lassen. In einem Magazin auf dem Holm entdeckte er dann in einem ge- räumigen Versteck Apparate usw. von erheblichem Werte.

### Portugal.

#### Stürmische Demonstrationen.

Lissabon, 3. August. Die Junta-Liberalen (Liberaler Verein) hielten gestern, wie die „F. J.“ meldet, eine große, von vielen Tausenden besuchte Volksversammlung ab und ließen durch eine Deputation dem Parlament eine Eingabe überreichen, in der die Erneuerung der Gesetze Bombas gegen die Jesuiten verlangt wird. Am dem Tage nach dem Parlament beteiligten sich Zehntausende. In der Kammer besprach der radikale Bombarda die Kerikale Frage und beantragte eine allgemeine Debatte darüber. Die Mehrheit verwarf jedoch diesen Antrag. Die gesamte Linke protestierte färmlich. An dem Protest beteiligten sich auch die Galerien mit Hochrufen auf die Freiheit. Das Cortes-Gebäude mußte von Truppen umstellt werden. Infolge der wachsenden Tumulte mußte die Sitzung unterbrochen werden. Nach Wiedereröffnung der Sitzung erneuerten sich die Protestrufe von den Tribünen, worauf die Sitzung wiederum ge- schlossen werden mußte. Die Galerien und der Saal mußten durch die bewaffnete Macht geräumt werden. Für heute befürchtet man weitere ernste Unruhen. Der größte Teil der Geschäfte wurde zum Zeichen der Solidarität geschlossen. Vor dem Parlament spielten sich zwischen der Bevölkerung und der Polizei heftige Szenen ab. Ueber hundert Verhaf- tungen wurden vorgenommen. Viele Personen wurden verlegt. Es erscheint unmöglich, daß das Parlament weiter arbeiten kann.

### England.

#### Die Jarenreise.

Dienstag hat in Cobes die Begegnung zwischen dem Jaren und König Eduard stattgefunden. Ebensovienig wie in Cherbourg französischen, durfte der Jar in Cobes englischen Boden betreten, da sonst auch hier feindselige Demonstrationen erfolgt wären. Sehr richtig kennzeichnete Keir Hardie die Situation, als er in der Demonstrationversammlung der englischen Arbeiterpartei erklärte, das Jarenschiff werde wie ein Pestschiff bewacht, damit England gegen Ansteckung geschützt sei. Während sich die Trinkprüche bei der Begegnung in Cherbourg ganz im üblichen Rahmen hielten, sah sich König Eduard in seinem Trinkpruch doch genötigt, der öffentlichen Meinung Englands wenigstens eine ge- ringe Konzession zu machen, indem er den „konstitutio- nellen“ Charakter Englands durch Hervorhebung des be- treffenden Stelle des Trinkpruches lautete:

„Ich hatte Gelegenheit, dieses Jahr einige Vertreter der Duma zu empfangen, und ich dränge kaum zu sagen, welche Vergnügen es mir und der Königin bereitet hat, sie zu sehen. Ich bin überzeugt, daß ihr Aufenthalt hier angenehm war; sie hatten jede Gelegenheit, Menschen und Einrich- tungen dieses Landes kennen zu lernen, und ich hoffe, daß das, was sie gesehen haben, die gute Stimmung, die zwischen unseren beiden Ländern herrscht, steigern wird.“

Der russische Despot ging in seiner Antwort auf diese Erwäh- nung des Parlamentes nur ganz kurz ein. Er sagte:

„Möge der freundliche Empfang, den Eure Majestät, die Königin und das englische Volk den Mitgliedern der Duma und im Winter meinem Gesandten bereitet haben, ein Zeichen des Wachstums der herzlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern sein, die sich auf gemeinsame Interessen und gegenseitige Achtung gründen.“

Eine Rücksichtnahme auf das russische Parlament, so bedeu- tungslos natürlich solche Phrasen für die innere Entwicklung Ruß- lands bleiben, ist für die englischen politischen Kreise immerhin charakteristisch.

### Die Luftschiffe im Kriege.

London, 2. August. In der heutigen Sitzung des Unterhauses kamen die Staatsforderungen für Luftschiffahrt zur Verhand- lung. Kriegsministeraldane äußerte sich über die in dieser Angelegenheit von der Regierung unternommenen Schritte und sagte, eine wirkliche Kriegsbrauchbarkeit der Luft- schiffe sei noch nicht erreicht worden. Für die Zwecke der Marine sei beim gegenwärtigen Stand dieser Wissenschaft wohl nur das starre Luftschiff von wirklichem Wert, für das Land- heer dagegen das unstarre das beste. Der Aeroplan könne für die Armee wertvoll werden, doch müßte er zu Melognosierungs- zwecken viel höher aufsteigen und auch mehr in der Hand des Luft- schiffers sein. Ein starres Luftschiff von sehr großen Abmessungen, mindestens von der Größe des Zeppelinischen, werde in den Werken von Vickers-Barrow gebaut und zur Aufnahme von zwanzig Mann eingerichtet. Der Bau eines Luftschiffes des unstarren Systems sei militärischerseits in Angriff genommen. Auch die Regierung hoffe, bald im Besitz zweier Aeroplane zu sein, mit denen Versuche an- gestellt werden sollen. Schließlich erklärte Aldane, die Regierung habe 78 000 Pfund Sterling zum Studium der Luftschiffahrt in diesem Jahre ausgeworfen, und es bestehe gar keine Gefahr, daß England in dieser Frage hinter anderen Nationen zurückstehen werde.

### Rußland.

#### Aus dem Reiche Nikolaus II.

Aus Petersburg wird und geschrieben:

Die mehrfach offiziell bestätigte „Beruhigung“ in Rußland wird durch folgende Daten der Gerichtschonik charakterisiert. Nach den Mitteilungen der offiziellen Telegraphenagentur und der Petersburger Zeitungen allein sind im Juni von den Militär- gerichten 123 Todesurteile gefällt worden. Davon entfielen auf Jekaterinostaw 21, Warschau 19, Charkow 14, Kiew 9, Tambow 9 usw. Insgesamt sind vom 1. Januar bis zum 30. Juni dieses Jahres 739 Todesurteile gefällt worden, von denen nach den unvollständigen Angaben der Tagespresse 347 vollstreckt wurden.

Während desselben Zeitraumes wurden den Redakteuren ver- schiedener Preßorgane, ungeschmetzt der zahlreichen gerichtlichen Prozesse und Verurteilungen, auf administrativem Wege 90 Strafen in der Höhe von insgesamt 47 675 Rubel auferlegt.

Außer den angeführten Zahlen werden die Zustände in Ruß- land am besten durch die kurze Wiedergabe der Tageschronik illustriert. Wir geben diese Angaben für die letzten zwei Tage wieder.

28. Juli. Im Kigaer Kreisrichtergesicht beginnt der Prozeß der 51, die angeklagt sind, im Jahre 1906 die Dorfbehörden abgesetzt zu haben. Allen Angeklagten droht die Todesstrafe.

In Krasnojarsk sind zahlreiche Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vorgenommen worden.

In Jekaterinostaw ist der Gehilfe des Polizeiministers auf gerichtliche Verfügung verhaftet worden.

In Blagowestschensk ist der Chef der Geheim- polizei als Expropriateur entlarvt worden, der in Polizeiuniform Räubereien in Privatwohnungen verübt hat.

In Kiew hat sich der zum Tode verurteilte Protschenkow mit Jhanalim im Gefängnis vergiftet.

In Jekaterinostaw hat eine Schilddrüse einen Ge- fangenen schwer verwundet.

In Supatoria sind die Arbeiter einer Tischlerwerkstatt, die infolge eines Streikes zu drei Monaten Gefängnis verurteilt waren, auf administrativem Wege ausgewiesen und unter Polizei- aufsicht gestellt worden.

In Jekaterinostaw hat der Gouverneur die Führer eines Streikes auf den Petrowski-Werken zu drei Monaten Ge- fängnis und zur Ausweisung verurteilt.

29. Juli. In Wolodga hungert die politische Gefangene Sawadskaja, die in den Karzer gesetzt wurde, schon den neunten Tag.

In Nowo-Moskwa wurde der Gefangene Bondarenko, der an das Fenster seiner Zelle trat, schwer verwundet.

In Kursk verurteilte das Kreisgericht wegen Jugendig- keit zum Wauernbund: 9 Personen zum Tode (darunter das Mitglied der zweiten Duma Pjansch), 25 Personen zur Zwangsarbeit (darunter das Mitglied der ersten Duma Kerkulow) und 24 Personen zur Anstielung in Sibirien.

### Eine Harting-Kreatur.

Im Februar dieses Jahres erregte eine Mordtat großes Auf- sehen, die in Rom entdeckt wurde: In einem Koffer fand man die Leiche eines jungen Mannes, der schlechthin als ein Russe namens Kentschly rekonstruiert wurde. Es tauchten damals allerlei Vermutungen auf, daß es sich um einen politischen Wort handle, nur mußte man nicht, ob der Geübte ein Agent der russischen Polizei war, den die Revolutionäre abgaben, oder ein Revolutionär, dessen sich die russischen Polizisten entledigt hatten. Erst später stellte sich heraus, daß es sich um einen Provokateur handelte.

Jetzt erfährt die römische „Tribuna“ durch ihren Petersburger Korrespondenten näheres über den Mord und seine Motive. Danach steht die Angelegenheit in Verbindung mit der — Affäre Harting! Wie die „Russe Slowo“ zu berichten weiß, wurde Kentschly, damals noch Mitglied der revolutionären Partei, im Jahre 1904 zugleich mit mehreren anderen Revolutionären in Warschau ver- haftet. Als er freigelassen war, stellte er sich der russischen Ge- heimpolizei zur Verfügung, und Petersen, der Direktor der russischen Geheimpolizei, gab dem biedereren Kentschly einen Empfehlungsbrief an Harting, der damals in Paris hauste. Als Kentschly sich eine Zeitlang in Krakau aufhielt, kam ihm zu Ohren, daß er durch die Studentin Wanda Kuchijewska entlarvt werden solle. Um seine Enttarnung zu verhüten, lädierte er die Kuchijewska auf offener Straße.

Nunmehr verlegte Kentschly das Feld seiner Tätigkeit nach Paris, wo er unter Harting und Agew eine große Anzahl russischer Revolutionäre an Väterchens Pariser Polizei verriet und mehrere französische Anarchisten an die Behörden der gallischen Republik auslieferete. In Rom erzielte ihn sein Geschick: Die Revolutionäre bekamen den Verräter in ihre Gewalt und bereiteten ihm das verdiente Ende.

### Türkei.

#### Der ewige Belagerungszustand.

Konstantinopel, 2. August. Die vom Kriegsgericht vorgeschlagene Verlängerung des Belagerungszustandes für Konstantinopel bis zum März 1911 ist vom Ministerrat ge- nehmigt worden.

An der türkisch-montenegrinischen Grenze be- lagerten 300 Montenegriner eine türkische Grenzstation, von der aus ein Montenegriner wegen Ueberschreitung der Grenze er- schossen worden war. Die Montenegriner zogen erst ab, als die türkische Station Verstärkung erhielt.



# Gewerkschaftliches.

## Merkwürdiges aus den Rusteranstalten.

Auf dem Berliner Ostbahnhof, Werkstätteninspektion IIa, erhielten die Arbeiter vor Ostern eine Zulage von 10 bis 20 Pf. pro Tag. Daß die geringe Zulage von den Arbeitern — namentlich bei der jetzigen Teuerung — mit Freuden aufgenommen wurde, ist wohl leicht begreiflich. Um so größer war die Enttäuschung, als bei der nächsten Lohnzahlung den Arbeitern nicht nur die erstmalig gezahlte Zulage nicht mehr verabsfolgt, sondern die vorher ausgezahlte Zulage wieder abgezogen worden war. Ob nun der Geheime Oberbaurat aus eigenem sozialen Empfinden diese Zulage gemacht hatte oder von „oben herab“ eine allgemeine Verfügung schon ergangen war, konnten die Beteiligten bisher nicht in Erfahrung bringen. — Gewiß eine recht merkwürdige Geschichte.

Sollte inzwischen vielleicht eine Organisation der „Friedenens“ gegründet worden sein, die ihren Einfluß geltend macht? Bei Gott und der preussischen Staatseisenbahn ist kein Ding unmöglich. —

Kürzlich wurde von einem oldenburgischen Eisenbahner berichtet, daß er allen Ernstes die Verwaltung ersucht habe, ihm keine Zulage zu machen, da er mit seinem Lohn sehr gut auskomme und andere könnten es auch.

## Berlin und Umgegend.

### Die streikenden Geldschrankschlosser

Haben ihren veränderten Tarif den Fabrikanten vorgelegt, die sich nicht durchaus ablehnend verhielten. Viele bedauerten den Konflikt, sie erklärten jedoch, sie müßten abwarten, was der „Schutzverband“ beschließe. Eine Firma schloß sogleich Frieden, eine andere wünschte noch eine Besprechung mit dem Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes. In einer Versammlung der Streikenden, die am Dienstagmorgen bei Franke in der Badstraße stattfand, wurde beschlossen, in den Fabriken, wo der Tarifvertrag anerkannt wird, die Arbeit am Montag wieder aufzunehmen. Die Unternehmer versuchten eifrig, Streikbrecher anzuwerben, aber ohne sonderliche Erfolge. Bei Panzer wurde dem Portier, der dort schon dreizehn Jahre lang angestellt ist, die Entlassung angedroht, wenn sein Sohn, der zu den Streikenden gehörte, nicht die Arbeit aufnehmen würde. Der Sohn gehorchte diesem Druck. — Die Monteure wurden bei Panzer zu einer besonderen Besprechung eingeladen, und man versuchte sie — vergeblich natürlich — zu bewegen, die angefangenen Arbeiten zu beenden. Ein Direktor kam zu einem Streikenden per Auto nach der Wohnung gefahren, um ihn als Streikbrecher zu gewinnen, aber die Mühe war vergebens. Die Plakate an den Anschlagstulen hatten keinen Erfolg. — Die Streikposten berichteten von zahlreichen Schwierigkeiten, die ihnen von der Polizei bereitet werden. Der Schutzverband hat in der bürgerlichen Presse Nachrichten verbreitet, nach welchen die Geldschrankschlosser 2400 M. Jahresverdienst haben oder 90 Pf. pro Stunde erhalten. Diese Angabe ist irreführend, denn in diesen Zahlen wird nur der Höchstlohn, den eine kleine Anzahl erreicht, angeführt. Den Vorwurf des Tarifbruchs, der den Arbeitern gemacht wird, weist die Streikleitung entschieden zurück. Die Arbeiter haben durchaus fortrecht gehandelt und sich nach den Erklärungen gerichtet, die der Meisterkommission abgegeben worden sind. — Die Arbeiter können mit dem Stand des Streiks vollständig zufrieden sein.

**Müllkutscher und Schaffner.** Bei der Wirtschaftsgenossenschaft, Depot Mühlentstraße, ist es zu Differenzen gekommen, welche am Dienstag zur Arbeitsniederlegung führten. Der Führer Friede, der für das Depot die Gespanne stellt, verlangte von den Kutschern, daß sie nach Erledigung der täglichen Müllabfuhr abends noch Steine, Sand oder sonstiges Baumaterial fahren sollten, und zwar für eine Bezahlung bis zu 50 Pf. pro Stunde. Abgesehen davon, daß der Lohn für diese Ueberstunden niedriger ist, als der übliche Tagesverdienst, lehnten die Kutscher es ab, diese Extrafahrten zu leisten, weil sie mit der Erledigung der Müllabfuhr so angefangen zu tun haben, daß sie weitere Fahrten nicht mehr erledigen können. Eine Kommission von drei Kutschern, welche dem Vertreter des Führers Friede von dem Beschluß in Kenntnis setzen wollte, wurde sofort entlassen. Es haben dann am Montag Verhandlungen stattgefunden, die folgendes Ergebnis zeitigten: Herr Inspektor Wend von der Firma Friede verpflichtete sich dem Vertreter Werner vom Transportarbeiterverband gegenüber durch Handschlag, die drei entlassenen Kutscher am Dienstag früh wieder einzustellen, mit der Maßgabe, daß am Dienstag weitere Verhandlungen in der Sache mit Vertretern der Wirtschaftsgenossenschaft und Herrn Friede stattfinden sollten.

Da die drei Kutscher aber am Dienstag trotz des gegebenen Versprechens nicht wieder eingestellt wurden, erklärten sich die übrigen Kutscher und Schaffner des Depots — 84 Mann — mit den Bemerkungen solidarisch und legten einmütig die Arbeit nieder. Im Laufe des Dienstags haben erneut Verhandlungen stattgefunden, in welchen die Wirtschaftsgenossenschaft Zugeständnisse gemacht hat, zu denen die Streikenden in einer Abendversammlung Stellung nehmen werden.

Wir eruchen alle Arbeiter und Kutscher, die strengste Solidarität zu üben und bei der Wirtschaftsgenossenschaft und ihren Führern Arbeit nicht anzunehmen, solange der Konflikt nicht beigelegt ist. Die Bezirksleitung Groß-Berlin des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

**Eine Maßregelung wurde am Montag in einer Versammlung von Arbeitern der Firma Steffens u. Kölle (Eisenkonstruktion) besprochen.** Wie aus den Darlegungen verschiedener Redner hervorging, handelt es sich um folgendes: Ein Kranführer wurde am 24. Juni entlassen, und zwar unter Umständen, die darauf schließen lassen, daß der Kranführer wegen seiner Zugehörigkeit zur Gewerkschaft gemahregelt worden ist. Arbeiter, die mit dem betreffenden Meister auf gutem Fuße stehen, haben schon am Vormittag des Entlassungstages im Betriebe erzählt: „Heut abend wird eine Großschraube entlassen, und andere werden folgen.“ Die Betriebsleitung behauptet zwar, die Entlassung sei lediglich deshalb erfolgt, weil der Kranführer in der Arbeit die Richtorgane vernachlässigte und die Organisierten bevorzugte. Ein Beweis für diese Behauptung liegt jedoch nicht vor, kann auch nicht erbracht werden. Daß es sich hier um nichts anderes als um eine Maßregelung handelt, davon ist nicht nur der Entlassene überzeugt, sondern die große Mehrheit aller im Betriebe beschäftigten Arbeiter ist derselben Meinung. Auf deren Veranlassung hat eine Vertretung der Organisation mit dem Direktor verhandelt. Dieser zeigte sich bereit, den Entlassenen wieder einzustellen. Als sich daraufhin der letztere bei der Betriebsleitung vorstellte, wurde ihm gesagt, es bleibe bei der Entlassung. Dies Verhalten der Direktion sowie die Maßregelung selbst wurden in der Versammlung scharf verurteilt. Es wurde auch darauf verwiesen, daß schon früher Maßregelungen gewerkschaftlicher Vertrauensleute im Betriebe vorgekommen seien und daß für die Meister der Wahlspruch gelte: Wer organisiert ist, fliegt hinaus! — Die Versammlung stellte sich auf den Standpunkt, daß sich die Arbeiter der Firma Steffens u. Kölle in Zukunft dergleichen nicht mehr gefallen lassen. Eine entsprechende Resolution fand einstimmige Annahme.

### Tabakarbeiter-Entlassung.

Zu der Notiz des „Vorwärts“ vom 24. Juli d. J. betreffend Entlassung von Heimarbeiterinnen bei der Firma Gustav Kapjun schreibt uns Herr Kapjun:

„Zu dieser Notiz bemerke ich, Am Donnerstag, den 12. August, haben sämtliche Heimarbeiter ihre Tabake, soweit sie nicht ausgearbeitet wurden, wieder abgeliefert, damit die Firma Gustav Kapjun den gesetzlichen Bestimmungen bezüglich der Nachbesteuerung bezgl. Nachverpackung genügen kann. Um die neuen Sorten vorzubereiten, bedarf der Betrieb einer kurzen Frist, es ist daher der Arbeiterschaft mitgeteilt worden, daß eine Pause von 10—14 Tagen eintreten wird. Da um die Zeit des 1. Septembers dieses Jahres herum die Fabrikation der fast gänzlich geräumten Läger wegen in vollem Umfang wieder aufgenommen werden muß, so liegt es auf der Hand, daß von einem rigorosen Vorgehen gegen die Arbeiter gar keine Rede sein kann.“

### Erfolgreicher Abschluß der Tarifbewegung der Steinholzleger.

Der Tarifentwurf für das Steinholzlegergewerbe ist nach den Verbesserungsansprüchen der Steinholzleger von den Arbeitgeberern anerkannt worden. Der neue Tarifvertrag, der vom 2. August ab gilt, enthält in der Hauptsache folgende Bestimmungen: Die Arbeitszeit beträgt wie bisher 9 Stunden täglich; Sonnabends ist 1 Stunde, am Tage vor den hohen Feiertagen 3 Stunden früher Feierabend, jedoch wird der volle Arbeitstag bezahlt. Der Lohn der Leger und Werkstellenarbeiter, bisher 70 Pf., beträgt jetzt 75 Pf. und vom 1. April 1910 ab 80 Pf., der der Hilfsarbeiter, bisher 50 Pf., jetzt 57 Pf. und vom 1. April 1910 ab 60 Pf. Für neu in den Beruf eintretende Hilfsarbeiter ist der Mindestlohn in den ersten drei Monaten 50 Pf. Für Ueberzeitarbeit wird ein Zuschlag von 25 Proz. für Sonntags- und Nachtarbeit von 50 Proz. bezahlt. Bei Arbeit in einer Reihe von im Tarif aufgeführten Vororten wird ein Zuschlag in der Höhe des Stundenlohnes, in ebenfalls aufgeführten anderen Vororten in der Höhe des doppelten Stundenlohnes bezahlt. Die Landzulage, die bei Arbeit in Fernorten gezahlt wird, beträgt für Ledige 2,25 M., für Verheiratete 2,75 M. den Tag, wobei Sonn- und Feiertage mitgerechnet werden. Für Arbeit in Bade- und Ausstellungenorten sind besondere Vereinbarungen zu treffen; ebenso, und zwar schriftlich, für Arbeit im Auslande. Jeder Leger und Arbeiter ist berechtigt, nach Ablauf eines Vierteljahres auf Kosten des Arbeitgebers nach Hause zu reisen, was selbstverständlich auch für Weihnachten, Ostern und Pfingsten gilt. Astorarbeit ist gänzlich ausgeschlossen. Die Arbeitgeber erkennen den Arbeitsnachweis der Arbeitnehmerorganisation an und verpflichten sich, ihre Arbeitskräfte von dort zu beziehen; können sie ihren Bedarf in dieser Weise nicht decken, so sind sie berechtigt, sich Arbeitskräfte anderweitig zu beschaffen. Bei Streikigkeiten in einem Betriebe ist zunächst zwischen dem Arbeitgeber und einer Betriebskommission der Arbeitnehmer zu verhandeln und wenn das nicht zur Einigung führt, wird die Angelegenheit der aus Vertretern der Organisationen beider Parteien zusammenzusetzenden Schlichtungskommission überwiesen. — Der Tarifvertrag, der im übrigen noch einige andere Bestimmungen über Fahrgehl. und Fahrzeitergütung, Beschaffung von Waschgelegenheit sowie von heizbaren und verschließbaren Räumen usw. enthält, gilt bis zum 1. August 1911 und, wenn er nicht rechtzeitig gekündigt wird, um ein Jahr weiter. Die Kündigungsfrist ist noch nicht endgültig festgelegt.

In der außerordentlichen Versammlung der Steinholzleger und Hilfsarbeiter, die am Montag bei Freiheit in der Dragonerstraße stattfand und den großen Saal füllte, wurde über den Stand der Tarifbewegung berichtet. Alle Firmen, mit wenigen Ausnahmen, hatten den neuen Tarifvertrag teils schon schriftlich anerkannt, teils sich telegraphisch bereit erklärt, ihn zu unterzeichnen, so daß an der allgemeinen Durchführung nicht mehr zu zweifeln ist. Sollten sich jedoch bei einzelnen Firmen noch Schwierigkeiten herausstellen, so werden die nötigen Maßnahmen ergriffen. — In der regen Diskussion äußerten sich mehrere Redner mißbilligend über einzelne Bestimmungen des Tarifvertrages, dieser wurde jedoch schließlich von der Versammlung gutgeheißen.

Der Verbandsvorsitzende Lange verlas sodann zwei Schreiben, eines vom Landessekretär der schwedischen und eines von der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften, in denen auf den gewaltigen Abwehrkampf der schwedischen Arbeiterschaft aufmerksam gemacht wird. Zu Unterstützung der Schweden beschloß die Versammlung, aus der Kasse der ja nur kleinen Berufsgruppe 100 M. zu bewilligen. Im übrigen werden sich auch die Steinholzleger an der für denselben Zweck bestimmten Sammlung eifrig beteiligen.

## Deutsches Reich.

### Die Binnenschiffer der Elbe

sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Besonders Interesse verdient die Forderung der Arbeiter betreffend die Nacht- und Sonntagsruhe. Seit 24 Jahren ist die Regierung mit den Erhebungen beschäftigt, dann aber vor dem Geldsak mutig zurückgewichen. Diese Erhebungen zeitigten kein positives Resultat. In einer Sitzung der Kommission für Arbeiterstatistik erklärte der Referent: Die schriftlichen Erhebungen hätten bereits eine Anzahl gewichtiger Momente ergeben, welche es fraglich erscheinen lassen könnten, ob für die Segelschiffe überhaupt oder allgemein an eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit gedacht werden könne und ob eine solche geboten sei.

Auf die unablässige Agitation der Verbände (Gasenarbeiter und Maschinisten und Heizer) ist dann noch einmal eine schriftliche Erhebung veranlaßt worden, bei der ausnahmsweise auch die Arbeiter zum Wort kamen.

Die Forderungen, die die Binnenschiffer auch in ihrem Tarifentwurf aufgenommen haben, sind folgende:

#### 1. Arbeitszeit und Nachruhe.

a) Die Nachruhe beträgt 6 Stunden und fällt in die Zeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens. Die Ruhepause muß in sechs aufeinanderfolgenden Stunden stattfinden, ohne daß Anfang und Ende tariflich bestimmt wird. Ausnahmen dürfen nur stattfinden bei Havarien, Hochwasser, Sturmwind und plötzlicher Eisgefahr; in solchen Fällen muß die Ruhezeit nachträglich gewährt respektive ergänzt werden.

b) In allen Häfen, Umschlagplätzen und auf in freiem Fahrwasser löschenden oder ladenden Fahrzeugen währt die Arbeitszeit von 6 bis 6 Uhr, inklusive einer halbstündigen Frühstückspause und einer einhalbstündigen Mittagspause.

#### 2. Sonntagsruhe.

a) An den drei höchsten Feiertagen, Ostern, Pfingsten und Weihnachten, wird je ein freier Tag gewährt.

b) Den Boots- und Steuerleuten der Schlepp- und Güterdampfer wird alle drei Wochen ein freier Sonntag gewährt, bei den Dampferdampfern jeden Monat zwei freie Sonntage.

c) Die Sonntagsruhe ist an den Dampfer gebunden.

d) Wenn ein Elbschiff vordruschlich 48 Stunden und länger in einem Umschlagplatz oder einer sonstigen Bösch- oder Ladestelle verweilen muß, so tritt völlige Sonntagsruhe ein, beginnend Sonnabends um 6 Uhr abends und endigend Montags früh 6 Uhr.

e) Schiffe, die während der Sonntagsruhe an einem Umschlagplatz oder einer sonstigen Bösch- oder Ladestelle ankommen und dafelbst bis Montag früh 6 Uhr oder länger verweilen, treten in die Sonntagsruhe ein.

Im weiteren sieht der Tarif eine geringfügige Lohnhöhung vor und die formelle Regelung der Arbeitsverhältnisse.

Die starke Organisation der Binnenschiffer — seit Januar wurden 1650 Neuannahmen gemacht — bürgt für die nachdrückliche Vertretung ihrer Wünsche. Insgesamt kommen bei der Bewegung 3000 Binnenschiffer und 1000 Maschinisten und Heizer in Frage.

**Achtung, Former!** Bei der Firma Wolf in Magdeburg sind Differenzen ausgebrochen; 75 Former legten die Arbeit nieder.

### Zur Lohnbewegung der Zigarrenarbeiter in Nordhausen

ist heute zu berichten, daß die Firma Walther u. Levin eine Lohnzulage von 5 bis 7 Proz. bewilligte. Die übrigen Fabrikanten gaben auch zu, daß die Zigarrenmacherlöhne recht niedrig sind, aber

sie lehnen es ab, vor dem 15. August Zugeständnisse zu machen. Der Inhaber der allerorten bekannten Firma G. A. Ganewacker meinte, es sei doch nicht seine Schuld, wenn die Zigarrenmacher nicht früher mit Lohnforderungen gekommen seien. Klingt das nicht wie Hohn?

Der Zugug nach Nordhausen ist nach wie vor fernzuhalten.

## Verfammlungen.

Die Sektion der Püher des Zentralverbandes der Maurer hielt am Mittwoch im großen Saal der Arminhallen eine Generalversammlung ab, in der nach Verlesung der an 60 neu aufgenommenen Mitglieder die Abrechnung vom zweiten Quartal vorgelegt wurde. Sie schließt für die Hauptkassa mit der Bilanzsumme von 11 397,71 M. ab; an die Zweigvereinskassen sind 8165 M. abgeliefert. Die Lokalkasse hatte, den alten Bestand mitgerechnet, 63 840,62 M. Einnahmen; die Ausgaben betragen 5 672,21 M., so daß der Bestand am Quartalschluß 58 208,41 M. ausmachte. Die Mitgliederzahl der Sektion war am Quartalschluß 1821. — Im zweiten Punkt der Tagesordnung berichteten zunächst die Leiter der in den letzten Wochen veranfalteten Agitation über ihre Tätigkeit. Es sind 54 Baustättenöffnungen einberufen worden, und rund 1800 Püher nahmen an den Sitzungen teil. Der Erfolg war im allgemeinen besser, als man erwartet hatte. Es wurde eine beträchtliche Anzahl neuer Mitglieder gewonnen, und auch manche Püher, die dem Verbands untreu geworden waren, ließen sich wieder aufnehmen. Andererseits mühten die Agitationsleiter mancherlei bittere Erfahrungen machen. Es zeigte sich, daß hier und da Püher vorhanden sind, die für die Organisation nicht zu haben sind und zum Teil auch dem Alkohol berauschten fröhnen, daß sie für die Kulturbestrebungen der Arbeiterklasse nicht mehr brauchbar sind. — In der Diskussion über die Berichte wurde die eifrige Tätigkeit der Agitationsleiter anerkannt. Sodann gab Ernst Schulz den Bericht über die Lage im Beruf. Am 8. Juli wurde bekanntlich in öffentlicher Püherversammlung eine Resolution gefaßt, die eine Bewegung gegen die Nebenarbeit und die mit dem Abschlagslohn von 8 M. nicht in Einklang stehenden, allzu niedrigen Affordpreise einleitete. Der Verband der Baugeschäfte hat daraufhin sofort ein Rundschreiben erlassen, um die Unternehmer scharf zu machen, und, wie übrigens auch die bürgerliche Presse es tat, die Beschlüsse der Püher entstellend wiederzugeben. Die Bewegung ist gleichwohl nicht ohne Erfolg geblieben. Es sind auf verschiedenen Bauten, teils auf friedlichem Wege, teils durch Sperre des Baues, Verbesserungen erzielt worden. Jedoch hat andererseits auch eine Streikbrecherorganisation, die „Freie Vereinigung der Püher“, ihren verberblichen Einfluß geltend gemacht, nämlich auf dem Bau in der Beuthstraße 1—3, wo zum 1. Oktober ein großes Café eröffnet werden soll. Bei den Verhandlungen erklärte hier der Bauführer schließlich, wenns schlimmer komme, werde man sich 50 „Kaschuben“ annehmen. Der Verband der Baugeschäfte, der auch hier dahinter steckt, ersuchte dann den Vorsitzenden der „Freien Vereinigung“, Gustav Kotte, sofort 15 Außen- und 20—30 Innenpüher nach dem Bau zu senden. Dieser Kotte, von dem Sektionsvertreter gefragt, ob er denn den Kollegen wirklich in den Rücken fallen werde, erklärte, er nähme die Arbeit unter allen Umständen an; und die Streikbrecher kamen. Mit ihnen kam auch die Polizei, der eigentümlicher Weise vom Verband der Baugeschäfte, berichtet worden war, daß die Arbeitswilligen belästigt würden. Diese von den Unternehmern „Kaschuben“ genannten Schlingel der Polizei, von denen einer einen Streikposten ansandte: „Wenn Du nicht weggehst, jag ich Dir das Messer durch den Bauch!“ brachten es dann auch fertig, den Bau zu besetzen. Die Arbeit kommt der Firma nun um drei, bis viertausend Mark teurer, als wenn sie sie von ehrlich organisierten Pühern hätte ausführen lassen. Die Streikbrecherarbeit hat auch bereits zum Einbruch einer Klüftung geführt, wobei einer verunglückte. — Am Schluß der Versammlung warnte der Vorsitzende vor Annahme von Arbeit nach Hamburg.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Rüdgratfesten Stadtväter.

Lamprecht (Pfalz), 3. August. (W. S.) Nachdem der sozialdemokratische Bürgermeister Wisch nicht bestätigt worden ist, fand heute nachmittags eine Neuwahl des Bürgermeisters statt, bei welcher der Konsumvereinsvorläufer Peter Kölsch mit 18 von 19 Stimmen zum Bürgermeister gewählt wurde. Auch dieser gehört der sozialdemokratischen Partei an.

### Die spanische Revolution.

Cerbère, 3. August. (W. S. W.) Der Eisenbahndreher mit Spanien ist wieder regelmäßig. Aus Barcelona wird berichtet, daß jetzt dort vollkommene Ruhe herrscht, doch beabsichtigen die Revolutionäre wieder zu den Waffen zu greifen, falls die Befugungen nicht in Freiheit gesetzt werden sollten. Die amtlichen Meldungen über die Verluste auf Seiten des Militärs beziehen sich nicht auf die Genannten, die eine ganz bedeutende Zahl Toter und Verwundeter hatten.

### Die Eisenbahner und der Generalstreik.

Stockholm, 3. August. (W. S. W.) Die Repräsentanten des Verbandes der niederen Eisenbahnbeamten verhandelten gestern und heute über die Stellung des Verbandes zum Generalstreik und beschlossen, daß die Verbandsmitglieder vorläufig nicht an dem Ausstände teilnehmen sollen, solange dieser den Charakter eines gewerkschaftlichen Streikes zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf den einzelnen Gebieten hat.

### Unterschleife bei einem Militärproviantamt.

Magdeburg, 3. August. (W. S.) Umfangreiche Materialunterschleife im hiesigen Militärproviantamt führten zur Verhaftung mehrerer Angestellter der hiesigen Militärbäckerei. Wie verlautet, sind seit längerer Zeit Betrügereien bei der Brot- und Mehllieferung begangen worden.

### Vom Auto überannt.

Nordenstadt, 3. August. (W. S.) Während des Gewitters ereignete sich gestern in der Nähe des Ortes ein schauerlicher Unglücksfall, verursacht durch ein dahinsausendes Automobil. Das Automobil fuhr direkt in ein mit zehn Feldarbeitern besetztes Fuhrwerk, wobei der Wagen umgeschleudert, die Leute herausgeschleudert und zum Teil schwer verletzt wurden. Dem Automobil gelang es, unerkannt davonzukommen.

### Typhusdepemie.

Alfeld a. b. Leine, 3. August. (W. S. W.) Hier und in der Umgebung ist der Typhus in bedrohlichem Umfange aufgetreten. Bisher sind bereits 17 Fälle in der Stadt zur Anmeldung gekommen. Auch in den umliegenden Dörfern mehren sich die Krankheitsfälle. In der Kolonie Desdemona sind 16 Fälle festgestellt.

### Weitergreifen der Cholera.

Petersburg, 3. August. (W. S. W.) Seit gestern sind an der Cholera 31 Personen neuerkrankt, sieben gestorben; die Gesamtzahl der Kranken beträgt 519. Die Städte Riga und Witebsk sowie das Gouvernement Rowna sind für Choleraerkrankung erklärt worden.



Die gewerkschaftliche Bewegung diesseits und jenseits des Ozeans.

Von dem Vortrage, den Samuel Gompers am Sonnabend im Berliner Gewerkschaftshause hielt, geben wir im nachstehenden die wesentlichsten Grundzüge wieder.

Einleitend bemerkte der Redner, er könne im Rahmen eines Vortrages natürlich nicht alle Seiten seines Themas beleuchten, denn dazu sei daselbst zu umfassend. Er gab dann eine knappe Darstellung von der Entwicklung der amerikanischen Industrie und dem Entstehen der Gewerkschaftsbewegung. Die ersten Anfänge der Gewerkschaftsbewegung, die bald nach dem Sklavenbefreiungskriege und dem Emporkommen der Industrie einsetzten, fielen aus Mangel an einem einheitlichen Prinzip in sich zusammen. Männer, welche die Verhältnisse kannten, betrieben die Gründung einer neuen gewerkschaftlichen Organisation, die sich frei hielt von der Vertretung politischer Interessen und sich nur die Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse zur Aufgabe machte. Auf dieser Grundlage haben die amerikanischen Gewerkschaften bis jetzt gearbeitet. Sie befolgen die Taktik, sich immer nur eins vorzunehmen, dies erst zu verwirklichen und sich dann neuen Arbeiten zuzuwenden. Durch diese Taktik sind die Gewerkschaften groß geworden und haben einen großen Einfluss auf allen Gebieten des Lebens bekommen. Wir bilden uns nicht ein, die amerikanische Gewerkschaftsbewegung habe ihre Mission bereits erfüllt. Wir sind noch nicht zufrieden mit dem, was wir erreicht haben, wenn wir auch sagen können, daß wir uns mit unseren Erfolgen sehen lassen können. Wir haben für einen großen Teil der Arbeiter den Achtstundentag durchgesetzt. Die Gesetzgebung hat ihn uns nicht gebracht, sondern wir haben ihn durch unsere Gewerkschaften erkämpft. Gegenwärtig haben die Tischler und das ganze Baugewerbe den Achtstundentag und den freien Sonnabendnachmittag. Das natürlich der Sonntag ganz frei ist, braucht nicht erst erwähnt zu werden. Doch die Arbeiter werden sich bei diesen Erfolgen nicht beruhigen, sie sind dabei, weitere Verbesserungen zu erringen. Auch die Buchdrucker haben nach einem Kampfe, der 17 Monate währte und 16 Millionen kostete, den Achtstundentag erlangt. Die Gewerkschaft der Zigarrenarbeiter, der ich selbst angehöre, hat seit dem 1. Mai 1899 den Achtstundentag. Die Vergarbeiter führten 1897 einen großen Streik, der 24 Wochen anhielt. Der Erfolg war die Einführung des Achtstundentages im ganzen Süden und eine Lohnerhöhung von 33 Prozent. Einen ähnlichen Erfolg erreichten die Hartkohlensarbeiter. Sie waren zwar nicht organisiert, aber die organisierten Arbeiter anderer Gewerkschaften halfen ihnen und sie erkämpften in zwei großen Streiks eine Lohnerhöhung von 20 Prozent, die Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden und die Abschaffung des Trucksystems. Dreiviertel aller Vergarbeiter haben den Achtstundentag und ein Viertel, nämlich die Hartkohlensarbeiter, den Neunstundentag, dem hoffentlich bald die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit folgen wird.

Wir wissen, wie wichtig die Verkürzung der Arbeitszeit ist. Wir wissen, daß wir den Arbeitern ein wertvolles Gut zu eigen machen, wenn wir ihnen einen kurzen Arbeitstag und damit eine ausreichende Ruhe- und Ruhezeit schaffen. (Weifall.) Denn um die Aufgaben, die wir uns gestellt haben, durchzuführen, dazu brauchen die Arbeiter freie Zeit. Haben wir die Zeit, dann können wir an die Lösung anderer Probleme der Arbeiterbewegung gehen.

Wir haben nicht nur Erfolge errungen, sondern wir haben auch verstanden, sie in schwerer Zeit festzuhalten. Als die Wirtschaft im Niedergang und ihr die wirtschaftliche Krise folgte, da warnten wir die Unternehmer vor einer Verabsäuerung der Löhne und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Wir sagten ihnen, wir würden uns jedem Versuch der Verschlechterung energisch widersetzen. Die Unternehmer haben infolgedessen nicht gewagt, den Arbeitern Verschlechterungen zu bieten. Das kann ich mit Gewissheit sagen. — Wir wissen, daß wir alles, was wir erreicht haben, nur unseren gewerkschaftlichen Aktionen danken. — Nicht immer war die amerikanische Gewerkschaftsbewegung einig. Es hat Risse gekostet, eine einheitliche Bewegung zustande zu bringen. Aber heute stehen unsere Gewerkschaften so da, daß sie den Unternehmern geschlossen gegenüberzutreten können. Die Tatsache, daß unsere Agitatoren die Einigkeit aller Arbeiter

predigen, sichert unserer Bewegung weitere Erfolge. Lustschlösser bauen wir nicht. So etwas darf es in der Gewerkschaftsbewegung nicht geben. Wir arbeiten so, daß wir alles, was möglich und erreichbar ist, durchsetzen können. Wir sind bestrebt, alle Arbeiter in die Organisation zu bringen, denn wir wissen, daß das die Voraussetzung aller Erfolge ist.

Ich war zugegen, als die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands dem schwedischen Gewerkschaftsvertreter Pranting für den bevorstehenden Generalkongress die Unterstützung der deutschen Arbeiter zusicherte. Ich freue mich über diesen Beschluß, denn es ist Sache aller Arbeiter, das angegriffene Koalitionsrecht der schwedischen Arbeiter zu helfen. (Weifall.) Ich wünsche nichts sehnlicher, als daß wir die Macht hätten, ihnen zum Siege zu verhelfen. — Der Kampf in Schweden ist ja hervorgerufen durch die Tarifbewegung. Auch wir in Amerika haben Tarife mit den Unternehmern abgeschlossen. Aber wir wissen, daß durch die Tarifgemeinschaft der Friede nicht gesichert ist. (Zustimmung.) Wir wissen, daß wir unsere Organisationen stärken müssen, um weitere Erfolge zu erringen.

Schon vor vierzehn Jahren war ich einmal in Deutschland. Jetzt sehe ich, daß die deutsche Arbeiterbewegung seitdem große Fortschritte gemacht hat. Ich beglückwünsche Sie dazu. Ich bin überzeugt, jemehe die deutschen Arbeiter ihre Kräfte sammeln in den Gewerkschaften, um so mehr wird auch ihr Einfluß auf ökonomischem und politischem Gebiet wachsen. — Unsere Kämpfe gelten ja nicht nur den Verbesserungen, die von heute auf morgen erlangt werden können, sondern wir wollen den Arbeitern eine bessere Zukunft erkämpfen. In diesem Sinne haben die Arbeiter aller Länder gemeinsame Interessen. Weil ich davon überzeugt bin, deshalb werde ich auch an dem bevorstehenden internationalen Gewerkschaftskongress teilnehmen. Ich hoffe, daß ich gestattet werden wird, die amerikanischen Gewerkschaften der internationalen gewerkschaftlichen Zentrale anzuschließen. Die amerikanischen Gewerkschaften sind zu verschiednen von denen anderer Länder. Sie sind den politischen und ökonomischen Verhältnissen unseres Landes angepaßt. Wenn wir nach unserer bisherigen Methode weiterarbeiten können, so werden wir in der internationalen Zentrale Schulter an Schulter mit den Arbeitern aller anderen Länder kämpfen.

Ich möchte noch bemerken, daß eine hiesige Zeitung (der „Lokal-Anzeiger“) mir Worte in den Mund legt, die ich nicht gesprochen habe. Ich soll nach dieser Zeitungsnachricht die deutsche Arbeiterbewegung kritisiert haben. Was die Kritik in dieser Hinsicht sagt, das stimmt nicht.

Ich wünschte, daß ich noch länger hier bleiben könnte, um Ihre Bewegung noch näher kennen zu lernen. Aber ich muß weiter reisen. Ich danke Ihnen für die Liebenswürdigkeit, mit der mich die Männer und Frauen hier empfangen haben. Ich weiß, das galt nicht meiner Person, sondern der amerikanischen Arbeiterschaft. Bei meinem Abschied aus Amerika wurde mir aufgetragen, Ihnen die Grüße der amerikanischen Arbeiter zu überbringen. Es sind die besten Wünsche für das fernere Gedeihen der Arbeiterbewegung der ganzen Welt, für eine Verbrüderung der Arbeiter aller Länder. (Stürmischer Weifall.)

Nach dem Vortrage wurden an Gompers Anfragen gestellt, zu denen er sich äußerte. Sichert wünschte Auskunft darüber, weshalb die amerikanischen Gewerkschaften für das Einwanderergesetz gestimmt haben, auf Grund dessen den mittellosem Einwanderern eine so harte Behandlung zuteil werde, wie es färglich im „Vorwärts“ geschildert wurde.

Gompers antwortete, er habe die betreffende Kritik im „Hamburger Echo“ oder nicht im „Vorwärts“ gelesen. Danach solle jeder Einwanderer, der nicht 100 M. aufweisen könne, wie ein Gefangener behandelt und zurückschickt werden. Das — sagte Gompers — ist nicht wahr. Hier sitzt ein Mitglied des amerikanischen Buchdruckerverbandes und ein Berichterstatter der sozialistischen „New Yorker Volkszeitung“, beide bestätigen, daß ich recht habe. — Jeder, der als Einwanderer nach Amerika kommt und sich als Mitglied einer Gewerkschaft legitimieren kann, wird in unsere Gewerkschaften aufgenommen. Unsere Stellung zur Einwanderung ist die: Wir wollen nicht, daß alle Länder der ganzen Welt ihre minderwertigen Elemente an uns abgeben, die als Lohnbrüder zu uns kommen, unsere gewerkschaftlichen Erfolge bedrohen und die wir schließlich noch ernähren müssen. Sollen denn die Gewerkschaften nicht das, was sie errungen haben, gegen die Masseneinwanderung verteidigen? In jedem Ein-

wanderer, der nicht unsere Lage verschlechtern will, sondern bereit ist, mit uns für die Verbesserung der Lage der Arbeiter zu wirken, sehen wir unseren Bruder. (Weifall.)

Dittmer fragte, wie Gompers sich zu den bürgerlichen Parteien stelle, er solle sich bei den Wahlen für eine bürgerliche Partei ins Zeug gelegt haben. Warum gingen die amerikanischen Gewerkschaften nicht mit der sozialistischen Partei?

Gompers: Ich habe versucht, Ihnen einige Ideen, Gedanken und Tatsachen aus der amerikanischen Arbeiterbewegung zu übermitteln. Ich habe aber nicht von meiner Person gesprochen und meine Person nicht zur Diskussion gestellt. Für meine Taten bin ich den amerikanischen Arbeitern verantwortlich. Ich muß es ablehnen, auf eine Frage zu antworten, die nicht hierher gehört. Meine Tätigkeit wurde von der gesamten Arbeiterschaft Americas gutgeheißen, gleichzeitig wurde ich aufgefordert, in derselben Weise weiterzuwirken. (Weifall und Widerspruch.)

Legien: Die Frage, die Dittmer stellte, war überflüssig. Wenn ein Vertreter einer anderen Nation und sagen würde, wir seien ungeschickt in der Politik und müßten eine andere Taktik einschlagen, dann würden wir sagen: Das machen wir, wie wir es für richtig halten. Ich kenne Gompers seit 15 Jahren und weiß, daß er genau so denkt wie wir. Ob es angebracht ist, in Amerika eine sozialistische Gewerkschaft zu schaffen, das ist eine Frage, die wir nicht entscheiden können. Einig ist Gompers mit uns darin, daß das Kapital bekämpft werden muß und daß in diesem Kampfe alle Arbeiter zusammengehören. Natürlich muß Gompers so arbeiten, wie es die Verhältnisse seines Landes bedingen. Was würden wir in Deutschland tun, wenn alljährlich Millionen indifferenter Arbeiter zu uns hineingeworfen würden, denen wir machtlos gegenüberstünden. Wir haben ja etwas Besseres gehabt. Italiener, Böhmern, Polen, Russen sind als Lohnbrüder zu uns gekommen. Aber wir sind in der Lage, unsere Agitation zu diesen Arbeitern zu tragen und sie aufzuklären, ehe sie zu uns kommen. Das können die amerikanischen Arbeiter nicht, sie müssen sich also in anderer Weise gegen die Lohnbrüder schützen. Reizt sind es ja nicht die besten Elemente der Arbeiterschaft, die nach Amerika hinübergehen. Die Elite der Arbeiterschaft führt den Kampf um Verbesserung ihrer Lage im eigenen Lande. — Worauf es vor allem ankommt, das ist, die Arbeitermassen zu vereinigen. Wer ist wahrhaft revolutionär? Vielleicht der, welcher sagt, Du hast Unrecht getan, daß Du zum Gabelstich gegangen bist, oder der, welcher die Arbeiter vereinigt, um mit der kompakten Masse die heutige Gesellschaft zu beseitigen? Der wahre Revolutionär ist der, der die Masse zu vereinigen sucht. Wie wir diesen Versuch in Deutschland machen, so tut es in Amerika die Federation of Labor, deren Präsident Gompers ist. — Die Diskussion hier durfte nicht unterbunden werden, denn wir wollten nicht, daß der „Vorwärts“ berichtet, die Diskussion wurde abgeschnitten und Gompers keine Gelegenheit gegeben zu antworten. Freie Diskussion soll sein, aber was hier in der Diskussion vorgebracht wurde, das gehört nicht hierher. Wir freuen uns, daß es endlich gelingt, die amerikanischen Gewerkschaften mit uns zu vereinigen. Wenn wir so urteilen wollten, wie es aus der Fragestellung hervorgeht, dann müßten wir die Franzosen von unserer internationalen Verbindung ausschließen, denn die französischen Gewerkschaftsführer sind Anarchisten, welche die sozialdemokratische Partei bekämpfen. Im Vergleich mit diesen stehen uns die amerikanischen Gewerkschaften viel näher. Wir haben trotz ihres politischen Standpunktes die französischen Arbeiter mit uns zu vereinigen gesucht, wir nehmen auch die Amerikaner auf in dem Gedanken: Vereinigt Euch, dann habt Ihr die Macht. Wenn wir von diesem Standpunkt aus die Frage betrachten, dann dienen wir dem Interesse der Arbeiter. (Weifall.)

Dittmer: Was Legien über Vereinigung aller Arbeiter sagte, ist selbstverständlich. Wenn sich die Amerikaner der internationalen anschließen wollen, dann ist der Wunsch wohl berechtigt, über ihre Stellung zu den politischen Parteien etwas zu hören. Wenn Gompers diese Frage nicht beantworten will, so ist das seine Sache und sein Recht. (Weifall.)

Gompers: Die Frage, die mir Herr Dittmer vorlegte, ist in Amerika hundertmal und öfter an mich gerichtet worden. Dort habe ich sie beantwortet. Hier tue ich es nicht, denn Sie kennen unsere Verhältnisse nicht und können deshalb nicht beurteilen, ob meine Antwort zutreffend ist. Den amerikanischen Arbeitern hat meine Antwort immer genügt und sie haben mich beauftragt, so weiter zu arbeiten. Dadurch ist das ein Auftrag der

Kleines feuilleton.

Die Deutsche Anthropologische Gesellschaft hält seit Montag in Bosen unter zahlreicher Beteiligung von Forschern aller Art ihre 40. allgemeine Jahresversammlung ab. In dieser Gesellschaft sind die Wissenschaftler vereinigt, die sich mit der Erforschung des Menschen beschäftigen: die Anthropologen, die den Körper und besonders den Schädel zum Ausgangspunkt nehmen, die Ethnologen, die die verschiedenen Rassen und Völker behandeln, und die Vertreter der Urgeschichte. Trotz der überaus großen Bedeutung aller dieser Gebiete für die Erkenntnis der menschlichen Entwicklung werden sie in den offiziellen Wissenschaftsanstalten sehr nebensächlich behandelt, zumeist im Nebenamt. Um so größeres Interesse aber pflegen die naturwissenschaftlich aufgestellten Laien ihnen entgegenzubringen. Aus den bisher in Bosen gehaltenen Vorträgen geben wir hier zwei wieder, die beide Fragen von allgemeinem Interesse behandeln.

Ueber die Riesenhöhle (Akromegalie) sprach Prof. Luschka. Unter den verschiedenen Arten des Riesentumors ist die weitaus die seltenste, bei der alle Dimensionen gleichmäßig vergrößert sind. Häufiger sind die Formen mit unproportioniert langen Beinen, wie bei vielen Emuhnen, oder die Formen von übermäßigem Längenwachstum, wie es rassenmäßig in Ostafrika beobachtet wurde. Verhältnismäßig am häufigsten sind aber jene Riesen, bei denen es sich um schwere Ernährungsstörungen handelt, die man mit Akromegalie bezeichnet. Bei dieser Krankheit handelt es sich um bestimmte Erscheinungen, zu denen Veränderungen des Hirnanhangs, der Hypophysis, aufsteigend die häufigste Veranlassung geben. Nicht selten scheint aber auch eine Verletzung für das Auftreten der Krankheit verantwortlich gemacht zu werden. Unter den einzelnen Symptomen überwiegt bald die Vergrößerung der Hände und Füße, bald allgemeines Riesentumors. Manchmal erscheint auch die Junge sehr vergrößert, immer aber ist eine oft ganz ungewöhnliche Vergrößerung des Unterkiefers vorhanden, meist auch eine starke Vergrößerung des Hirnanhangs, nicht selten auch eine Hirnschwulst, die ihren Ausgang von letzterer genommen hat. Man hat mit überraschendem Erfolge derartige Geschwülste operativ entfernt. Auch durch innerliche Behandlung hat man solche Fälle zu heilen oder wenigstens zu bessern versucht. Stets handelt es sich um ein schweres Leiden, das oft zu einem frühen Tode führt. Weisens kommt es dazu zu enormem Körperwachstum. Und in der Tat war mindestens die Hälfte der untersuchten Riesen mit Akromegalie behaftet. Neben dem Riesentumors besteht fast immer auch Infantilismus (Zurückbleiben auf einer kindlichen Stufe) — in geistiger, moralischer und sexueller Beziehung. Die Berliner königlichen Museen haben kürzlich einen kleinen Marmorkopf des römischen Kaisers Maximinus erworben. Aus der monströsen Bildung des Unterkiefers ergibt sich, daß der bekannte Riesentumors des Kaisers eine Folge von Akromegalie ist. Leichtere Grade dieser Krankheit können mit einer anderen Erscheinung verwechselt werden, die als Caput prognatum bezeichnet wird. Bei diesen „Borberkauern“ ragen beidseitig aufeinandergehenden Kadenzähnen die Schneidezähne des Unterkiefers über die des Oberkiefers vor.

Bei höheren Graden kann auch der ganze Unterkiefer stark vergrößert sein, wie bei vielen Habsburgern. Die einfachsten Formen dieser Art kommen bei den Bulldoggen und Wopschunden zur Beobachtung. Das berühmte Porträt Karls V. von Amberg im Berliner Kaiser-Friedrich-Museum ist die denkbar beste Illustration für diese Bildung. Heute ist der König von Spanien der bekannteste Vertreter dieses Typus. Akromegalie ist meist mit Impotenz oder mit Sterilität verbunden. Doch sind Fälle von Vererbung bekannt, jedoch kann sie sich niemals durch so viele Generationen betreiben wie die Progenie.

Neuholländische Typen behandelte Prof. v. Luschka in einem weiteren Vortrage. Die Urbevölkerung von Neuholland ist im wesentlichen einheitlich. Am meisten interessieren uns die Neuholländer durch ihre primitiven Eigenschaften und seit langem auch deswegen, weil man die ältesten bekannten Reste des europäischen Menschen gerade mit ihnen verglichen hat. Das geschah schon vor 50 Jahren mit dem Schädel des Neandertal-Menschen, und jetzt ist es der nahezu vollständig erhaltene Schädel von La Chapelle aux Sautes, der uns durch seine große Ähnlichkeit mit Schädeln aus Neuholland überrascht. Man muß sich fragen, was diese Ähnlichkeit bedeutet, ob sie auf hohem Zufall beruht oder ob ihr eine wirkliche Verwandtschaft zugrunde liegt. Von der Zeit der paläolithischen (altsteinzeitlichen) Menschen trennen uns ungefähre Zehntausende von Jahren, und die Neuholländer sind unsere Zeitgenossen. Trotzdem muß ein direkter Zusammenhang angenommen werden. Die Laala auf Celebes, die Schädel auf Ceylon, viele dunkle Stämme in Indien, auch solche, die heute arische Sprachen reden, zeigen schon jetzt den Weg, auf dem ein solcher Zusammenhang später einmal wird sicher und einwandfrei nachgewiesen werden können. Andererseits zeigen aber auch die beiden Schädel von Spp. wie groß die Unterschiede auch innerhalb der paläolithischen Rasse von Europa gewesen ist. Trotz der Spärlichkeit des bisher vorliegenden Materials scheint es also schon jetzt nahezu gesichert, daß ein Teil der heutigen Europäer von dem Menschen der Neandertalrassen abstammt und daß dieser wiederum eines Ursprunges mit dem heutigen Australier ist. Für die Rekonstruktion des paläolithischen Typus von Europa kommen aber neben dem Australier noch die alten Tasmanier in Betracht, die gleichfalls viel primitive Eigenschaften bewahrt haben.

Der Sturm auf den Südpol. Aus London wird berichtet: Das erfolgreiche Werk des Leutnants Shackleton wird bereits in nächster Zeit durch einen anderen britischen Südpolarforscher fortgeführt werden: Kapitän Scott ist entschlossen, in kürzester Frist eine neue britische Südpolarexpedition auszurufen. Kapitän Scott hat bereits die berühmte Antarktische Expedition geleitet, die mit der „Discovery“ von 1901—1904 im ewigen Eise des Südens der Wissenschaft wertvolle Erkenntnisse eroberte. Damals unternahm auch Shackleton unter Scotts Leitung seine erste Südpolarfahrt, die er wegen eines Lungenleidens unterbrechen mußte. Die „Discovery“ wurde dann vom Eis umschlossen, und zwei Rettungsexpeditionen mußten nach ihr ausgesandt werden. Auf dieser Fahrt erreichte auch Kapitän Scott in seiner Schlitzenreise den südlichsten Punkt, der später durch Shackleton überholt wurde. Aber nicht nur in England setzt sich die Begeisterung für die Südpolarforschung in

Taten um, auch Amerika will sich an dem Kampfe um die Eroberung des Südpols beteiligen. Die einflussreiche amerikanische philosophische Gesellschaft ist jetzt an die Bundesregierung herangetreten mit dem Plane, eine amerikanische Expedition auszurufen, die im Auftrage der Regierung und unter Leitung amerikanischer Marineoffiziere das Wagnis unternehmen soll, zum Südpol vorzudringen. Die amerikanische geographische Gesellschaft hat den Plan mit Eifer aufgegriffen, so daß wohl binnen kurzem auch die amerikanische Expedition ihre Fahrt wird antreten können.

Was Pflanzenamen anhalten. Es ist bekannt, wird der „Frankf. Jg.“ geschrieben, daß manche Samen harter Austrocknung und Abkühlung widerstehen, ja daß sie unter Bedingungen lebensfähig bleiben, unter denen die Möglichkeit der Atmung ausgeschlossen ist. Sind bei solchen Samen die Lebensvorgänge nur aufs äußerste verlangsamt oder sind sie zeitweilig völlig aufgehoben? Diese Frage suchte Paul Bequerel auf experimentellem Wege zu beantworten. Ueber seine Versuche berichtet er: Samen der Luzerne, des weichen Senfs und des Weizens wurden, nachdem deren Schale, um sie durchlässig zu machen, durchbohrt worden war, zunächst sechs Monate im luftleeren Raum bei einer Temperatur von 40 Grad ausgetrocknet. Danach kamen sie in kleine, luftleer gemachte und zugeschmolzene Glasröhrchen und wurden drei Wochen lang der Temperatur der flüssigen Luft (— 191 Grad) und darauf noch siebenundsechzig Tage der des flüchtigen Wasserstoffs (— 253 Grad) ausgesetzt. Als sie danach bei 23 Grad zum Keimen angelegt wurden, gingen sie sämtlich mit Ausnahme eines einzigen Weizensamens auf, ohne daß sich ihre Keimung von der normalen Kontrollsamens irgendwie unterschied. Ein wenn auch noch so sehr verlangsamtes Leben ist unter den geschilderten Bedingungen schwierig möglich; es muß in jenem Samen völlig aufgehoben und die Kontinuität der Lebenserscheinungen unterbrochen sein. Danach wäre anzunehmen, daß in gewissen Fällen völlig leblos gewordene Organismen zu neuem Leben erweckt werden können.

Die Eide eines berühmten Staatsmannes. Ein Mitarbeiter des „Figaro“ schreibt: Heutzutage braucht man keine politischen Eide mehr zu schwören. (In den deutschen Vaterländern und auch anderswo blüht der politische Eid immer noch. Die Red.) Man hat sich im Laufe des 19. Jahrhunderts wahrheitsgemäß gesagt, daß man sie sonst zu oft erneuern müßte. Ein Historiker hat sich eines Tages den Späß gemacht, zu zählen, wieviel Eide, kirchliche und politische, Talleyrand im Laufe seiner langen staatsmännischen Laufbahn geschworen hat. Er schätzte: 1. Clemens XIII., als er zum Priester geweiht wurde; 2. Clemens XIV., als er zum Bischof von Autun ernannt wurde; 3. Ludwig XVI. im Jahre 1793 bei der Einberufung der Generalstaaten; 4. dem König und der Verfassung; 5. dem Directoire im Jahre 1795; 6. demselben Directoire im Jahre 1796 als Minister der auswärtigen Angelegenheiten; 7. den drei Konsuln Bonaparte, Sieyès und Ducos; 8. Napoleon, als er allein Konsul war; 9. Napoleon, als er Kaiser wurde; 10. Ludwig XVIII. im Jahre 1814; 11. Ludwig XVIII. im Jahre 1815; 12. Karl X. im Jahre 1824; 13. Ludwig Philipp im Jahre 1830. . .



Amerikanischen Arbeiterkraft selbst. Hier kann die Frage nicht mit der Gründlichkeit, die notwendig ist, beantwortet werden. Wenn ich Sie fragen würde, wie kommt es, daß Sie in Deutschland neben den sozialistischen Gewerkschaften noch Christliche, Hirsch-Dundersche und Gelbe haben, so könnte Herr Dittmer diese Frage auch nicht in einer halben Stunde beantworten. (Seitlichkeit und Beifall.)

Der Versammlungsleiter Körten richtete Worte des Dankes an den amerikanischen Gast, gab der Befriedigung Ausdruck über die Vereinigung mit den amerikanischen Arbeitern, an die er durch ihren Präsidenten Compers die Grüße der deutschen Arbeiter zu übermitteln ersuchte; er wünschte den schwedischen Arbeitern einen vollen Erfolg in ihrem Kampfe und schloß mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung.

**Rachschiff der Redaktion:** Ueber den Vortrag des Herrn Compers wäre gar manches zu sagen; doch da der Leiter der American Federation of Labor kein Sozialdemokrat ist, so haben wir mit ihm über seine unsozialistischen Anschauungen in der Einwanderungsfrage usw. nicht zu rechten. Es kann sich nur darum handeln, das, was er sich verschrieben hat, ins Gleichgewicht zu rücken.

Daß Herr Compers den Mut fand, die Meldungen sozialdemokratischer Blätter über die rigorose Behandlung, die den Einwanderern durch die amerikanischen Behörden in letzter Zeit zuteil wird, rundweg für falsch zu erklären, das kann nur den in Erfahrung setzen, der Herrn Compers nicht kennt: den Compers, der es z. B. fertig bekam, im November 1908 die Pässe zu verbreiten, die Passhosen unseres Genossen Eugen Debs seien von republikanischen Kapitalisten aufgebracht worden — denselben Compers, der — aufgefordert, diese Verleumdung zu beweisen — auch nicht den schärfsten Versuch unternahm, irgend welches Material für seine aus der Luft gegriffene Behauptung zu erbringen.

Also man darf nicht erschauert sein, wenn Herr Compers die Wahrheit malträtirt und den amerikanischen Einwanderungskommissionar gegen die deutschen Sozialisten verteidigt. Allerdings so unvorsichtig hätte der gute Mann nicht sein sollen, sich auf die „New Yorker Volkszeitung“ zu berufen, die ja gerade — als sozialdemokratisches Organ — den Fehldrug gegen die rücksichtslose Handhabung des Einwanderungsgesetzes mit aller Schärfe und Schneidigkeit führt! So heißt es z. B. in ihrer Nummer vom 24. Juli in einem Washingtoner Bericht vom 14. Juli:

„Einwanderungskommissionar Williams konferierte heute mit den Beamten des Departements für Handel und Arbeit über die Verwaltung in Ellis Island und über die Durchführung des Einwanderungsgesetzes. Nach der Konferenz wurde bekanntgegeben, daß die Behörden in Washington mit Williams' Ansicht übereinstimmen und hinter ihm stehen. Die Proteste gegen die Massendeportationen haben gar keinen Eindruck auf die hiesigen Behörden gemacht... Williams bemerkte, daß er die Einwanderungsgesetze so wie bisher durchführen werde und sich um das „Geschrei“ nicht kümmere! Williams versuchte dann das Publikum zu erklären, worin gefagt wird, daß es für Einwanderer nicht ratsam sei, hierher zu kommen, wenn sie nicht mindestens 25 Dollar besitzen. Williams ließ bekanntlich viele Einwanderer deportieren, die so viel Geld nicht bei sich hatten...“

Dem Bericht aus Washington fügt dann die „New Yorker Volkszeitung“ hinzu:

„Auf Ellis Island versuchte man gestern (28. Juli) ebenfalls die Massendeportation zu verteidigen. Hüftkommissionar Uhl besorgte dieses und brachte die alten Gründe vor, wobei er sagte, daß die Zahl der detinierten Personen jetzt so groß sei, weil alles aufgegeben werde, um unerwünschte Personen fernzuhalten. Nicht weniger als 700 Leute sollen in den nächsten Tagen deportiert werden. Alexander Reidmeis, der detiniert wurde, weil er nur 2,50 Dollar bei sich hatte, wird zur Landung zugelassen werden, da seine Freunde 50 Dollar für ihn deponierten und Arbeit für ihn besorgen werden.“

Erst gestern erfuhr man, daß am 29. Juni ein junger Mann namens Johann Birzy deportiert wurde, weil er nur 15 Dollar vorzeigen konnte. Der Schreiber Anton Birzy, von Nr. 338 Ost 98. Str., der Dunkel des jungen Mannes, kam mit 120 Dollar in der Tasche nach Ellis Island, um seinem Kassen das Geld zu geben, aber man bedeutete ihm, daß er warten müsse, und mittags wurde ihm gefagt, daß er einen anderen Paß holen solle. Er tat dies und wartete wieder bis 5 Uhr. Dann wurde ihm gefagt, daß er seinen Kassen nicht sehen könne und am nächsten Tage wiederkommen solle. Als er sich am nächsten Tage auf Ellis Island einstellte, wurde ihm gefagt, daß es schon zu spät, da der junge Mann bereits deportiert sei.“

Diesen Tatsachen gegenüber müssen alle Compers'schen Beschönigungsversuche versagen, und wenn er das häßliche Bild malte, wie jedes einwandernde Gewerkschaftsmitglied in die amerikanischen Organisationen ohne weiteres aufgenommen werde, so diene ihm ein Diskussionsredner nicht übel, der da sagte: die einwandernden Gewerkschafter müßten doch erst mal ins Land hineingelassen sein, ehe sie in eine amerikanische Organisation eintreten könnten...“

Daß Herr Compers sich um die Verantwortung der ihm unbehaglichen Fragen gedrückt hat, sagt uns auch nicht in Verwunderung; denn den Pariser Arbeitern, vor denen er etwa dieselbe Rede schwang wie vor den Berliner, ging es nicht besser, als sie dies und das zu erfahren wünschten. Uebrigens hielt er es in Paris für nötig, sich gegen den Vorwurf zu verteidigen, er sei ein Abgesandter der amerikanischen Regierung. Wenn dieser Verwahrung wohl auch Glauben beizumessen ist, so kann man nach dem Auftreten des Herrn Compers schließlich doch verstehen, wie solche Gerüchte zustande kommen.

Nun hat Herr Compers gefagt, seine Tätigkeit werde von der gesamten Arbeiterkraft Amerikas gutgeheißen. Dieser lähnen Behauptung gegenüber braucht nur darauf hingewiesen zu werden, daß bei den Wahlen des Jahres 1908 in Amerika 614.000 sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden sind!

Darüber, ob Herr Compers sich mit Recht auf hohe Noß setze, als er die Anfrage des Genossen Dittmer ignorierte, läßt sich auch wohl streiten. Wer einen Vortrag über die Gewerkschaftsbewegung diesseits und jenseits des Ozeans anknüpft, der darf sich, zumal wenn er als Präsident der Gewerkschaften Nordamerikas firmiert, nicht wundern, daß europäische Arbeiter etwas mehr zu hören erwarten als eine Serie häßlichlingender Phrasen, und daß sie vor allen Dingen über den Haupt- und Grundunterschied zwischen den Gewerkschaften diesseits und denen jenseits des Ozeans informiert zu werden wünschen. Den Vorwurf, den Compers erhob, als er sagte, Dittmer habe ihn unhöflich (improperly) zur Rede gestellt, diesen Vorwurf kann man verdoppelt und verdreifacht Herrn Compers zurückgeben, der die Verantwortung so schroff wie nur irgend denkbar zurückwies und die deutschen Arbeiter unter der Blume für zu dumm erklärte, seine Ausführungen zu verstehen.

Und damit genug, mehr als genug von Herrn Compers, über dessen Speech und ganzes Gebaren man lächelnd hinwegsehen und -gehen könnte, wenn nicht die Erinnerung an diesen Wend unauströschlich verknüpft wäre mit der Erinnerung an das mehr als eigenartige Auftreten des Genossen Regien, der den Moment und die Situation für geeignet hielt, seinen Sozialismus in einer Flut von Phrasen über den „wahren Revolutionär“ und den „unwahren Revolutionär“ zu erläutern. Genosse Regien hatte Kopfschmerzen,

weil er fürchtete, daß der „Vorwärts“ es hätte übel bemerken können, wenn den Abend keine Diskussion zustande gekommen wäre. Wir wissen nicht, was ihm Veranlassung gab, uns in dieser Weise in die Debatte hineinzuziehen. Aber eins wissen wir: Wenn Compers Vortrag überhaupt, wenn diese Diskussion samt den Gabelstühler-Ausführungen des Genossen Regien unterblieben wären, dann hätte der „Vorwärts“ und die deutsche Arbeiterkraft nicht das allermindeste verloren.

## Aus der Partei.

### Aus den Organisationen.

Die Generalversammlung der sozialdemokratischen Partei Elsaß-Lothringens fand am Sonntag in Calmar statt. Der Bericht des Landesvorstandes stellt fest, daß durch die wirtschaftliche Krise in der Mitgliederzunahme ein Stillstand eingetreten ist. Die Mitgliederzahl fiel von 8200 auf 8217. In 6 Wahlkreisen wurden 277 Mitglieder gewonnen, in 6 Wahlkreisen 320 Mitglieder verloren. Es wurde beschloffen, für Elsaß-Lothringen eine Gemeindevereinerkonferenz einzuberufen. Genosse Reichstagsabgeordneter Böhle referierte über das neue Organisationsstatut der Gesamtpartei. Die Stellungnahme dazu wurde den einzelnen Organisationen überlassen. Nach einem Referat des Genossen Emmel über die Bezirkstagswahlen in Elsaß-Lothringen beschloß die Generalversammlung, in allen Kantonen in die Wahl einzutreten, wo Aussicht auf die Erlangung eines Mandats vorhanden ist oder wo für die Partei agitatorische Erfolge zu erwarten sind. Als Vorort der Landespartei wurde Strahburg wieder bestimmt. Als geschäftsführende Mitglieder des Landesvorstandes wurden gewählt die Genossen Reixotes, Wöhle, Fuchs und Schmitt in Strahburg. Ferner wurde der Antrag angenommen, auch im nächsten Jahre Wahlrechtsdemonstrationen zu veranstalten.

Nach dem Bericht des Generalsekretärs der sozialdemokratischen Partei Sackens ist trotz der wirtschaftlich ungünstigen Verhältnisse die Mitgliederzahl von 88.840 auf 89.642 gestiegen. Davon sind 8054 weibliche. Die Zahl der männlichen Mitglieder ist um 1478, die der weiblichen um 1224 gestiegen. Die Gesamteinnehmungen der Partei betragen 404.970,36 M., die Gesamtausgaben 290.510,99 M. An Kassenbestand verbleibt ein Betrag von 107.208,20 M. An den Parteivorstand wurden abgeliefert 68.708,55 Mark (1907/08 betragen die Einnahmen 401.442 M., der Kassenbestand 87.078 M.)

Die Jahresversammlung des Barmen-Elberfelder sozialdemokratischen Vereins fand am 27. Juli statt. Im Berichtsjahre ist die Zahl der männlichen Mitglieder um 13 gesunken. Hervorzuheben sind aus der regen Tätigkeit des Vereins die Anträge an die Stadtparlamente in Elberfeld und Barmen. Die im Vorjahre eingereichten Anträge auf Herabsetzung des Wahlzensus haben im Berichtsjahre Erfolg gezeitigt, dagegen wurden die im Berichtsjahre eingereichten Anträge auf Verneinerung der Stadtvorordnetenliste, Verdrückung des letzten allgemeinen Wohnungswahlrechts bei Aufstellung der Wählerliste und Einführung des Bezirkswahlrechts mit nichtigendenden Ausreden abgelehnt. Im Elberfelder Stadtrat stimmten sogar die Liberalen und Zentrumsanhänger gegen den Antrag oder halfen ihm doch durch Stimmenthaltung zu Fall zu bringen, obwohl ihre Presse für ihn eingetreten war! Aus der weiteren Vereinsstätigkeit verdienen Erwähnung die Arbeitslosen-zählung, die Lehrkurse des Genossen Kühle sowie die Aufstellung des neuen Reichstagskandidaten (Genosse Frig Ebert-Berlin).

Ueber die Agitationsarbeit geben folgende Zahlen Aufschluß: Es wurden verbreitet 78.000 Flugblätter wider das persönliche Regiment, 30.000 zur Gewerbeordnungsnovelle und 75.000 zur Paifeier. Außerdem wurden 22.000 Agitationskalender, 118.000 Exemplare des „Morgenrot“, 6000 Broschüren: „Grundzüge und Forderungen der Sozialdemokratie“ und die gleiche Anzahl Parteifreitungen verbreitet; hinzu kommen eine Anzahl kleinerer Broschüren zur Weiterbildung der Funktionäre und 1000 Broschüren über „Die technischen Beamten und die Sozialdemokratie“, die den technischen Beamten per Post zuging. Die Vereinskasse hatte im Berichtsjahre eine Einnahme in Höhe von 27.529,11 M., der eine Ausgabe von 24.794,65 M. gegenübersteht.

Die Mitgliederzahl betrug im Anfang des Jahres in Elberfeld 2085 und in Barmen 2008 Genossen, am Jahresende waren in Elberfeld 1890 und in Barmen 2260 Genossen organisiert; am Schlusse des Jahres sind also insgesamt 4120 Genossen organisiert. Der geringfügige Mitgliederverlust ist auf Konto der Krise zu setzen. Genossinnen traten zu Beginn des Berichtsjahres etwa 625 dem Verein bei, ihre Zahl ist auf 775 am Ende des Jahres gestiegen, davon sind 879 in Elberfeld und 398 in Barmen organisiert.

Die mündliche Agitation brachte 1200 Neuaufnahmen, davon wurden 600 bei einer Hausagitation auf Grund der Abstimmungslisten der letzten Landtagswahlen gewonnen und bei gleicher Gelegenheit der „Freien Presse“ 300 neue Abonnenten zugeführt und ebenso die Auflage des „Morgenrot“ gesteigert!

Die Zentralbibliothek Elberfeld-Barmen hat in der Zeit vom 1. August 1908 bis 1. Juni 1909 einen erfreulichen Aufschwung genommen. Der Bücherbestand ist durch große Neuanschaffungen bedeutend erweitert: im ganzen wurden für 3000 M. neue Bücher angeschafft! Die Benutzung der Bibliothek gestaltete sich in der Zeit vom 1. August 1908 bis 1. Juni 1909 wie folgt: Ausgeliehen wurden in Elberfeld 11.612 Bände gegen 7633 im Vorjahre, in Barmen 8457 Bände, im Vorjahre 4163. Die große Arbeit des Bücherausleihens wurde im vergangenen Jahre in Elberfeld von 12, in Barmen von 10 Bibliothekaren besorgt und vom 1. März 1909 ab, hauptsächlich für die Jugend, noch von je 2 Bibliothekarinnen. Die Einrichtung, Bibliothekarinnen anzustellen, war deshalb angebracht, damit die Jugend nicht mehr spät abends ihre Bücher holen muß, sondern an dem schulfreien Mittwoch nachmittags Gelegenheit hat, in die Bibliothek zu gehen.

In der Diskussion wurde namentlich die Nichtinnehaltung des Nürnberger Beschlusses betreffend Abführung des Tageslohnes von der Meißner besprochen. Einzelne Genossen, die den Tag bezahlt erhalten hatten, weigerten sich, dem Beschlusse des Nürnberger Parteitagess nachzukommen, oder haben wenigstens ihren Tagesverdienst nicht abgegeben. Im ganzen sind abgeliefert worden 685,40 M. Alle in der Partei- und Gewerkschaftsbewegung angestellten Genossen sind ihrer Pflicht nachgekommen. Eine Resolution, welche diejenigen Genossen, die dem Nürnberger Beschlusse bisher nicht nachgekommen sind, für unwürdig erklärt, in Zukunft Parteimitglieder zu werden, wurde abgelehnt. Angenommen wurde hingegen ein Antrag, wonach Partei- und Gewerkschaftsvertreter gemeinschaftlich die sich weigern Genossen feststellen sollen, damit in einer späteren Versammlung Beschlüsse gefaßt werden kann.

Bei der Neuwahl des Vorstandes erklärte Genosse Geyher, daß er, nachdem er etwa 20 Jahre lang — mit zwei kurzen Unterbrechungen — das Amt des ersten Vorsitzenden verwaltet, bei seiner anderweitigen umfangreichen Beschäftigung dieses nicht mehr übernehmen wolle. Zum 1. Vorsitzenden wurde Genosse Rohnen, der bisherige 2. Vorsitzende, gewählt.

Eine Konferenz für den Wahlkreis Düsseldorf fand am Sonntag in Düsseldorf statt. Die Zahl der organisierten Genossen ist etwas zurückgegangen, die Zahl der organisierten Genossinnen hat sich vermehrt. Als Reichstagskandidat wurde Genosse Haberland-Barmen einstimmig aufgestellt. (Der frühere Kandidat des Kreises war der verstorbene Genosse Grimpel.) Zum Organisationsstatut wird beantragt: Die 20 Proz. an den Parteivorstand sollen nur von den von den Landes- bzw. Bezirksorganisationen festgesetzten Beiträgen abgeliefert werden. Die Mitglieder der Reichstagsfraktion sollen auf dem Parteitag nur beratende Stimme haben. Fünf Vorstände der Landes- bzw. Bezirksorganisationen sollen das Recht haben, die Einberufung eines außerordentlichen Parteitagess zu beantragen. In § 23 des Entwurfes soll das Wort „Beruhter“ gestrichen werden.

Die Kreisgeneralversammlung des Wahlkreises Erfurt-Schleusen-Ziegenrück fand am Sonntag in Suhl statt. 42 Delegierte aus 16 Orten nahmen an ihr teil. Dem vom Kreisvorsitzenden Genossen Rih-Erfurt erstatteten Jahresbericht ist zu entnehmen, daß der Kreisverein am Schlusse des Geschäftsjahres (1. Juli) 12 Ortsgruppen mit 1636 männlichen und 207 weiblichen, insgesamt 1803 Mitgliedern zählte, von denen freilich auf den Kreisvorort Erfurt allein 1259 (darunter 171 weibliche) Mitglieder entfallen. Am Schlusse des vorigen Berichtsjahres betrug die Mitgliederzahl im Kreise nur rund 1700; es ist also eine Zunahme von 200 Mitgliedern zu verzeichnen, wodurch der Bestand von 1907 wieder erreicht ist. Die Zahl der Gemeindevereiner betrug 22. Im Kreise wurden insgesamt 43 öffentliche Volksversammlungen abgehalten. In mehreren größeren Orten konnten keine Versammlungen stattfinden, weil Kriegervereine und Reichsverband es zu vereiteln wußten. Der Kassenbericht schließt ab mit 4711,47 M. Einnahme und 4300,90 M. Ausgabe.

Nach ausgiebiger Debatte über den Vorstandsbericht wurde ein Antrag des Genossen Schulz-Berlin (Kandidat des Kreises) angenommen, der die lokalen Parteioptionen in Gemeinschaft mit den lokalen Gewerkschaftsorganisationen auffordert, Jugend-ausschüsse einzusetzen und in Verbindung mit der Zentralstelle für die arbeitende Jugend eine rührige Agitation zugunsten der jugendlichen Arbeiter zu entfalten. Ein zweiter, ebenfalls vom Genossen Schulz gestellter Antrag, der die Anstellung eines Parteisekretärs für den Wahlkreis Erfurt-Schleusen-Ziegenrück für dringend notwendig hält, und den Kreisvorstand beauftragt, die notwendigen Schritte hierzu in die Wege zu leiten, wird ebenfalls angenommen.

Zum Parteitag in Leipzig wird ein von Suhl gestellter Antrag angenommen: den Beschlusse des Nürnberger Parteitagess betreffend Abgabe des Tagesverdienstes der Partei- und Gewerkschaftsbeamten am 1. Mai, sowie derjenigen Genossen, welche durch Arbeitsruhe in ihrem Einkommen nicht geschädigt werden, aufzuheben. Ein weiterer von Erfurter Genossinnen gestellter Antrag: Der Parteitag wolle die jetzt bestehenden Rechte der weiblichen Mitglieder im neuen Statutenentwurf unberührt bestehen lassen, wird ebenfalls angenommen. Desgleichen ein Antrag der Sühler Genossen: im Suhl eine Agitationskommission für den Kreis Schleusen-Ziegenrück einzusetzen und die Mittel hierfür durch die Kreisstelle aufzubringen. Die Kreisleitung wird beauftragt, eine Zentralisation der Bildungsausschüsse und dadurch eine möglichst einheitliche Organisation der Bildungsarbeit im Kreise herbeizuführen. Zum Kreisvorsitzenden wird Genosse Rih-Erfurt, zum Vorort Erfurt wiederbestellt.

Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins in Mühlberg nahm zum Organisationsstatut der Partei eine Reihe Anträge an, von denen wir die folgenden hervorheben:

Abf. 2 des § 7 soll lauten: „Die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission haben in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen, ebenso die Mitglieder der Reichstagsfraktion, die vom Parteivorstand berufenen Referenten und Vertreter von Parteioptionen nur beratende Stimme.“

Ferner wurde ein Antrag angenommen, wonach der „Vorwärts“ nicht mehr Zentralorgan sein soll. Dagegen soll zu § 19 folgender Absatz 4 hinzugefügt werden: „Alle Parteizeitungen sind verpflichtet, die offiziellen Bekanntmachungen des Parteivorstandes an hervorragender Stelle des offiziellen Teiles zu veröffentlichen.“

Die Mehrheit der Reichstagsfraktion, die Zweidrittelmehrheit des Parteivorstandes und die der Kontrollkommission sollen die Befugnis erhalten, einen Parteitag einzuberufen.

§ 23 soll lauten: „Aus der Partei ist auszuschließen, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundzüge des Parteiprogramms oder einer eheförmigen Handlung schuldig macht. Auch kann der Ausschluß eines Mitgliedes erfolgen, das Beschlüssen des Parteitagess oder seiner Organisation energisch widersteht.“

Ueber den Ausschlußantrag soll wie bisher ein Schiedsgericht entscheiden, das aber der Vorstand der zuständigen Bezirks- oder Landesorganisation beruft. Dieser hat auch den Vorsitzenden zu bezeichnen. Die Kontrollkommission und auch der Parteitag sollen bei unserem Parteioptionsstatut den sprachlichen Ausdruck prüfen und einwandfrei gestalten.

Die Konferenz des Wahlkreises Hagen-Schwelm tagte am Sonntag in Haspe. In diesem Wahlkreise, der ehemaligen „Freiinnshochburg“, dem „Standquartier“ des einstigen „Parlamentarier“ Eugen Richter, hat unsere Partei in den letzten Jahren, besonders seitdem die Zentralisation der politischen Organisation durchgeführt ist, eminente Fortschritte zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl, die noch im Jahre 1906 888 betrug, stieg im verfloffenen Jahre auf 2379, ausschließlich 408 Genossinnen. Dementsprechend ist auch die Beitragsleistung gestiegen. Betrag diese noch 1906 die geringe Summe von 787,64 M., so bilanzierte die Hauptkasse im verfloffenen Jahre in Einnahme und Ausgabe mit 14.928,19 M. Die sozialdemokratischen Stimmen stiegen von 13.870 im Jahre 1903 auf 18.251 bei der Erstwahl 1906, um dann bei den Dottenottenwahlen 1907 auf 17.579 anzuzuwachsen. (Stichwahl: 20.676, Freistimm 22.607.) Der Wahlkreis berechtigt also zu den besten Hoffnungen, obwohl nicht besteht werden darf, daß trotz der guten Entwicklung noch viele agitatorische Kleinarbeit zu verrichten ist, da das Verhältnis der organisierten Parteimitglieder zu den abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen der letzten Reichstagswahl nur 13,5 Proz. beträgt. Die Organisation hat nun allerdings in sämtlichen Städten und Ortschaften des Kreises, mit Ausnahme von drei, festen Fuß gefaßt und besteht zurzeit aus 37 selbstständigen Bezirken.

Einen schönen Erfolg haben im verfloffenen Jahre im Kreise die Kommunalwahlen gezeitigt. Ende 1906 waren 14, Ende 1907 22 und Ende 1908 34 Genossen als Gemeindevereiner gewählt, und zwar in 4 Städten zusammen 11 und in 13 Landgemeinden 23. Alljährlich findet eine vom Kreisvorstand einberufene Konferenz statt, auf der Kommunalpolitik behandelt und die gemachten Erfahrungen ausgetauscht werden. Die Bildungsbestrebungen im Kreise werden dauernd gefördert. Im Oktober-November fand ein acht-tägiger Vortragskursus des Genossen Dr. Dunder statt, an dem sich durchschnittlich 163 Genossen und 23 Genossinnen beteiligten. Auch der Jugendorganisation wird von der Partei die größte Aufmerksamkeit geschenkt.

### Tschechischer Parteitag.

Die tschechische Sozialdemokratie wird ihren neunten Parteitag vom 6. bis zum 8. September in Smichow abhalten. Auf der Tagesordnung stehen außer den üblichen Berichten über die Tätigkeit der Abgeordneten in Reichs- und Landtag, über Organisation, Presse usw. auch folgende Themen: Die nationale Frage und die Sozialdemokratie (Referent Dr. Schneral); Das hohle Land und die Sozialdemokratie (Referent: Abgeordneter Habermann und Dr. Rejzner); Das allgemeine Wahlrecht in Land und Gemeinde (Referent: Abgeordneter Remec).

## Soziales.

### Gewerbeinspektion und Gewerbegericht.

Nach § 130b der Gewerbeordnung sind die Beamten, denen die Aufsicht über die Gewerbebetriebe obliegt, vorbehaltlich der Anzeige von Gewehwidrigkeiten, zur Geheimhaltung der amtlich zu ihrer Kenntnis gelangenden Geschäfts- und Betriebsverhältnisse der ihrer Revision unterliegenden Anlagen verpflichtet. Ist diese Geheimhaltung auch dem Gericht gegenüber? Diese Frage spielt in einem Prozeß eine Rolle, der gestern vor der Kammer 2 des Gewerbegerichts verhandelt wurde.

Der Wäcker und Härber G. hatte bei dem Inhaber einer Härberei und Reinigungsanstalt G. Kessels, Greifswalder Str. 21, am 23. April ab in Arbeit gestanden und am 14. Mai die Arbeit niedergelegt, weil die zum Schutze von Leben und Gesundheit er-



forderten Vorrichtungen nicht beschafft seien. Er fordert Besorgungen vom Arbeitgeber Ersatz für den wegen der vorzeitigen Lösung des Arbeitsverhältnisses ihm erwachsenen Schadens von 23,75 M. Das Gewerbeamt hatte von der Gewerbeinspektion eine Auskunft über den Befund der Betriebsanlagen bei der Revision eingeholt. Es erhielt als Antwort, daß gegen den Besitzer der Fabrik ein Strafverfahren nicht eingeleitet sei, über den Befund der Betriebsanlagen bei der Revision verweigerte der Beamte unter Berufung auf § 138b die Auskunft. Das Gericht mußte deshalb die weitere Verhandlung des Prozesses vertagen. Es beschloß, die Gewerbeaufsicht nochmals zur Erteilung einer Auskunft zu veranlassen. Die Geheimhaltungspflicht des Gewerbeaufsichtsbeamten bezieht sich lediglich auf die „amtlich zu seiner Kenntnis gelangenden Geschäfts- und Betriebsverhältnisse der Anlagen“. Ueber alles andere hat er Auskunft zu geben, würde auch als Gutachter darüber durchaus vernehmbar sein, ob der Mangel bestimmter Schutzvorrichtungen gesundheitsgefährdend ist oder ob bestimmte Schutzvorrichtungen erforderlich seien.

#### Schikane.

Ein krasser Fall von Schikane, der gleichzeitig auf den ungeschicklichen Inhalt von mancher Fabrikordnung ein bezeichnendes Licht wirft, wurde gestern vor dem Gewerbeamt verhandelt. Es lagte eine Fabrikarbeiterin gegen den Fabrikanten Striem.

Klägerin, die im Akkordlohn beschäftigt war, verlangte eine Entschädigung für entgangenen Arbeitsverdienst, den sie auf 17,45 M. berechnet. Sie wurde nämlich entlassen, weil sie sich geweigert hatte, einen Platz innerhalb des Betriebes einzunehmen, der wie der Beklagte zugibt, von ihm sowohl als auch von den Arbeiterinnen, deren er etwa 150 beschäftigt, als Strafplatz betrachtet wird. Dieser Platz wurde der Klägerin angewiesen, weil sie sich mit ihren Mitarbeiterinnen unterhalten hatte; an ihrer Arbeitsleistung hatte der Beklagte nichts zu bemängeln. Er bestritt, daß Klägerin ein Anrecht auf die Entschädigung habe, weil sie die Veranlassung zur Lösung des Arbeitsverhältnisses gegeben habe. Außerdem erhob er Widerklage auf Zurückzahlung einer der Klägerin nur unter der Bedingung, daß sie vor dem 1. Oktober ihre Stellung nicht aufgeben dürfe, gegebene Gratifikation von 19,25 M. Das Gericht unter Vorsitz des Magistratsrats Dr. Leo verurteilte leider die Ansicht, daß die Klägerin, da der ihr angewiesene Platz weder einen materiellen noch gesundheitlichen Schaden gebracht haben würde, sich unberechtigtweise geweigert habe, denselben einzunehmen und somit den Anlaß zur Lösung des Arbeitsverhältnisses gegeben hat. Das Gericht bemühte sich darauf hin noch mit Erfolg, die Parteien dahin zu einigen, daß der Klägerin noch 8,75 M. gezahlt wurden.

Die Ansicht des Gerichts ist eine irrige. Die Klägerin war keineswegs verpflichtet, den „Strafplatz“ einzunehmen. Strafandrohungen müssen nach § 134b der Gewerbeordnung in der Fabrikordnung vorgesehen werden und dürfen das Ehegefühls oder die guten Sitten nicht verletzen. Die Anweisung eines Strafplatzes für eine erwachsene Arbeiterin verletzt aber das Ehrgefühl und die guten Sitten und ist außerdem schikanös. Sie hatte lediglich den Zweck, der Klägerin durch die Isolierung einen Schaden zuzufügen. Mit dem Befehl nicht hereinzu gehen ist durch den Vorstehenden ausgesprochene Ansicht, die Klägerin hätte den ihr zugedachten Schimpf über sich ergehen lassen müssen, weil er ihr einen materiellen oder gesundheitlichen Schaden nicht gebracht hätte. Klägerin war vielmehr aus den angeführten Gründen berechtigt, die ihr zugedachte Wohnstellung abzulehnen. Der Beklagte war zu ihrer Entlassung nicht berechtigt. Nach § 193 Ziffer 3 wäre er zur Entlassung berechtigt gewesen, wenn Klägerin „die Arbeit unbefugt verlassen oder sonst den nach dem Arbeitsvertrag ihr obliegenden Verpflichtungen nachzukommen, beargwöhnt oder verweigert“. Die Voraussetzungen dieses Paragraphen lagen in der Ablehnung eines schikanösen Anstehens nicht.

#### Oberschlesische Frau- und Wohnkassen.

Das Verhören im ober-schlesischen Industriegebiet gehört zu jenem großindustriellen Unternehmungen, die für „ihre“ Arbeiter Werkwohnhäuser erbaut haben — aus reiner Arbeiterfürsorge und besonderem sozialen Eifer natürlich. Diese Fürsorge wird allerdings in ein ganz eigenartiges Licht durch ein Schreiben der Werksverwaltung gerückt, das kürzlich einem von der Firma beschäftigten Arbeiter zugegangen ist. In diesem wird der selbstverständlich der „Wohlfahrt“ einer Fabrikwohnung sich erfreuende Mann aufgefordert, dafür zu sorgen, daß sein bei ihm wohnender, aber anderwärts arbeitender 20-jähriger Sohn innerhalb 14 Tagen sich zum Arbeitsantritt zu melden habe; im anderen Falle müsse der Sohn sofort die väterliche Wohnung verlassen. Wenn nun der Sohn bei seinen Eltern bleiben will, dann wird er seine bisherige weit besser bezahlte Stelle aufgeben und das Personal der Firma vor sich um eine billige Arbeitskraft vermehren müssen. — Noch toller mutet ein Fall an, der sich in der Zuckerfabrik Reitenberg bei Breslau abgespielt hat. Ein in diesem Betrieb invalide gemordener Arbeiter lebte mit seiner Frau in einer Fabrikwohnung. Mit ihnen lebte, wie eigentlich selbstverständlich, ihr 18-jährige Tochter, die tagtäglich in Breslau als Drucker-Arbeitsdame tätig war. Da verlangte dieser Tage plötzlich der Vater, sein Sohn solle seine bisherige Stelle aufgeben und sofort als viel schlechter bezahlter Arbeiter in der Zuckerfabrik eintreten. Und der Junge gehorchte. Denn er mußte befürchten, daß seine Eltern sonst die Fabrikwohnung räumen müssen.

So also macht die „Wohlfahrts-Einrichtung“ der Fabrikwohnung den Arbeiter direkt zu einem Hering, wie man sie meistens auf dem Lande kannte. Sie zwingt ihn nicht nur, jedes Mißfallen des Werkbesizers oder Leiters ängstlich zu vermeiden und darum auch die Lohnforderungen zu stellen, weil der Lösung des Arbeitsverhältnisses, auch der ungewollten, die sofortige Räumung auf dem Fuße folgt, sie verpflichtet sogar die Familienangehörigen zur Fron beim Besitzer des Werkes, sie unterbindet die Freizügigkeit und verdammt den Industriearbeiter zu einer Häufigkeit, von welcher der Landproletarier durch Gesetz seit 100 Jahren frei ist. Zu bedauern ist freilich, daß die bedrohten Arbeiter nicht gegen die Firma Klagen vorgegangen sind. Noch jetzt steht ihnen der Klagenweg frei. Freilich ist anzunehmen, daß im Falle der Klage die Firmen weitere Veranlassungen versuchen werden. Die Klage auf Unterlassung der Drohungen und Schadenersatz hätten unbedingt Erfolg. Ueberdies ist es Sache des Staatsanwalts in solchen Fällen wegen versuchter oder vollendeter Nötigung und Erpressung vorzugehen.

#### Warnung vor der Kaffee-Unterstützungskasse.

Auch die Landräte Ostpreußens erlassen jetzt in den amtlichen Kreisblättern eine Warnung vor der „Deutschen Krankenunterstützungskasse“ in Kassel. Vor dem Beitritt zu dieser Kasse haben wir wiederholt eindringlich gewarnt. Sie wurde unter dem 4. Februar 1907 als eingetragene Stiftung zugelassen. Ihre Tätigkeit erstreckt sich über das ganze Deutsche Reich. Nach der Rechnungsabgrenzung, die die Kasse der zuständigen Aufsichtsbehörde eingereicht hat, stellen sich die Verwaltungskosten im Jahre 1907 auf rund 76 Prozent, im Jahre 1908 auf 62 Prozent der Jahreserinnahme. Die Kasse hatte nämlich 1907 bei einer Jahreserinnahme von 33 868 M. an Verwaltungskosten 25 636 M. Im Jahre 1908 bei 182 679 M. Erinnahme an Verwaltungskosten 112 865 M. aufgewendet. Die Verwaltungskosten betragen, so heißt es auch in der Bekanntmachung der Landräte, vorwiegend in Ausgaben für die Bezüge der Vorstandsmitglieder, der Leiter der örtlichen Verwaltungsstellen und der übrigen Kassendirektoren. Wühler finden die Beiträge der Mitglieder nur zum kleineren Teil zu Erfüllung des Kassenzwecks Verwendung. Die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen bieten keine Handhabe, gegen die Kasse wegen der unverhältnismäßig hohen Verwaltungskosten einzuschreiten. Es erscheint aber geboten, das Publikum auf die angeführten Tatsachen hinzuweisen und vor dem Beitritt zu einer Unterstützungskasse, die die Beiträge ihrer Mitglieder zu drei Fünfteln in den Verwaltungskosten verwendet, öffentlich zu warnen.

#### Krematorien in Deutschland.

„Die Flamme“, Zeitschrift für Förderung der Feuerbestattung im In- und Auslande, bringt in ihrer Nummer vom 1. August

eine Zusammenstellung der Krematorien in Deutschland nebst Angabe, welche Papiere für Auswärtige erforderlich sind, an wen die Eingabe zu richten ist und wie hoch die Gebühren sind. 17 Orte weisen Krematorien auf: Gotha, Heidelberg, Hamburg, Jena, Offenbach a. M., Mannheim, Eisenach, Mainz, Karlsruhe in Baden, Heilbronn a. Neckar, Ulm a. Donau, Chemnitz, Bremen, Stuttgart, Koburg, Pömmel und Bittau. Die Gebührenhöhe schwankt zwischen 25 und 180 M. Gotha verlangt 55 M. einschließlich der Ueberführung der Leiche vom Bahnhof nach der Bestattungsanlage und des Aschenbehälters; Heidelberg 71,50 M., bei Benutzung der Leichenhalle 86,50 M.; Hamburg für Vereinsmitglieder 60 M., für von auswärtig kommende Leichen bei Anmeldegebühr durch einen Verbrennungsverein einschließlich des Harmoniums 80 M.; Jena: 1. Klasse 79 M., 2. Klasse 60,50 M., 3. Klasse 50 M.; Offenbach: 1. Klasse 74,50 M., 2. Klasse 58,50 M., 3. Klasse 48,50 M.; Mannheim 75 M., bei Benutzung der Leichenhalle 90 M.; Eisenach 86 M. bei Benutzung der Leichenhalle; Mainz 100 M. (für Vereinsmitglieder von Mainz und Wiesbaden 70 M.); Karlsruhe 50 M.; für Mitglieder der Vereine Karlsruhe, Durlach und Baden-Baden 25 M.; Heilbronn 84 M. für Heilbronner Vereinsmitglieder, 40 M. für Nichtmitglieder, 2—5 M. für Kinder; Ulm 55 M. für Mitglieder der Feuerbestattungsvereine Ulm, Neu-Ulm, München, 75 M. für Nichtmitglieder; Chemnitz 57 M. (für Harmoniumspiel und kirchliche Feier 20 bis 30 M. mehr); Bremen: für Mitglieder des Bremer Vereins ist die Einäscherung unentgeltlich, für Nichtmitglieder beträgt die Gebühr 30 M. (Fahren der Leiche nach dem Krematorium. 1. Klasse 180 M., 2. Klasse 120 M., 3. Klasse 70 M., 4. Klasse 35 M., 5. Klasse 17 M.); Stuttgart für Vereinsmitglieder in und um Stuttgart unentgeltlich, 40 M. (einschließlich Aschengefäß) für auswärtige; Koburg 57,25 M. (mit kirchlicher Feier 85,70 M. bis 63 M. mehr); Pömmel für Einheimische 52 M. für Auswärtige 57 M. (kirchliche Feier 10 M., Harmonium 5 M. mehr); Bittau 50 M. Einäscherungsgebühr für Mitglieder eines Feuerbestattungsvereins, 75 M. für Nichtmitglieder.

Preußen gestattet eine Feuerbestattung noch nicht, weil das Oberverwaltungsgericht in der von uns mitgeteilten, an Wortlautberei reichten, an Richtigkeit armen Entscheidung angenommen hat, solange die Gesetzgebung nicht geändert sei, sei ein Verbrennen der Leichen an Stelle des Einbuddelns in Preußen nicht zulässig.

## Aus Industrie und Handel.

### Praktiken der Brauereien.

Die Brauereien scheinen allen Erstes entschlossen zu sein, die angekündigte ungeheuerliche Preissteigerung durchzusetzen und zu diesem Zwecke vor allem Mittel zurückzufordern. Die „Volks-Zeitung“ — Nr. 358 — macht folgende Mitteilungen:

Die von den Ringbrauereien beschlossene kolossale Bierpreis-erhöhung scheint auch diesmal zu einem Bierkrieg führen zu sollen. Nachdem schon in der bekannten Berliner Konferenz die allgemeine Preisobergrenze für Lagerbier vereinbart worden war, haben in aller Stille weitere Verhandlungen zwischen den Berliner Brauereien über die Durchführung der Erhöhung in Groß-Berlin stattgefunden. Die dem Ring angeschlossenen größeren Brauereien haben sich schon geeinigt. Sie haben nicht nur einen festen Preisstarb vereinbart, sondern sie wollen die Durchführung der höheren Preise dadurch sichern, daß sie jede ringfreie Konkurrenz unterdrücken und jeder einzelnen Berliner Brauerei das Maß ihrer Produktion vorschreiben. Es handelt sich also um die Schaffung eines regelrechten Biermonopols.

Nun stehen aber noch verschiedene Brauereien außerhalb des Ringes, vor allem auch die von Gastwirtvereinen gegründeten Genossenschaftsbrauereien. Diese Brauereien sind von den Ringbrauereien gestern zu einer Konferenz geladen worden. Man hat sie vor die Wahl gestellt, entweder dem Ring beizutreten und sich den Vorschriften über Bierpreis und Höchstproduktion zu fügen oder sich durch die Macht des Ringes ruinieren zu lassen. Den „widerwilligen“ Brauereien wurde in der Konferenz vom Ring angedroht, man würde sie durch Kampfkraft und andere Repressalien zwingen, sich dem Ring anzuschließen, wenn sie nicht gutwillig folgten.

Vorläufig haben die ringfreien Brauereien noch eine Walgenfrist; ist diese verstrichen dann wird der Bierkrieg zwischen den Brauereien beginnen. Denn verschiedene Genossenschaftsbrauereien wollen mit Rücksicht auf die Entstehungsgeschichte und den Zweck ihrer Gründung sich dem Ring nicht unterwerfen.

Die Gastwirtorganisationen sind bisher in dieser Angelegenheit noch nicht gefragt worden. Erst wenn der Plan des Ringes geglättet sein sollte, will man sie vor die fertige Tatsache stellen. Die in die neue Brauereisteuer aufgenommene Kontingentierung erleichtert allerdings dem Ring sein Vorhaben; immerhin dürften aber die ringfreien Brauereien im Grunde mit den Gastwirtvereinen doch den Plänen des Ringes kräftigen Widerstand entgegenzusetzen können, zumal die Sympathien des Publikums, das gegen die Preispolitik der Großbrauereien von lebhaftem Unwillen ergriffen ist, auf ihrer Seite sein werden.

Leider muß konstatiert werden, daß nun gerade die Birtorganisation, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen will, anscheinend nichts Besseres zu tun weiß, als sich für die Interessen der Brauereien ins Zeug zu legen. Die Genossenschaftsbrauerei ist gegründet worden, um dem Terrorismus der großen Aktienbrauereien etwas Widerstand entgegenzusetzen zu können, durch ihr jetziges Verhalten hilft die freie Birtorganisation, die Birt samt ihrer Brauerei zu einem Spielball des Großkapitals im Brauereigewerbe zu machen.

### Allgemeine Plündererei.

Die die Brauereien usw. so wollen auch viele Kaffeehausbesitzer einen Meibach machen mit der Abschätzung der neuen Steuern. Eine Reihe Coffees hat den Preis für eine Tasse Kaffee sowie für Tee um 5 Pf. erhöht. Rechnet man mit nur tatsächlicher Verteuerung durch den Großhandel von 15 Pf. pro Pfund Kaffee und nimmt an, daß ein Pfund nur 40 Tassen liefert, dann ergibt sich folgendes Resultat: Verteuerung pro Tasse 0,375 Pf., Preisaufschlag 5 Pf. Der Aufschlag übersteigt die Verteuerung des Kaffees um das 13fache. So werden die Konsumenten geschöpft.

Die kleine Bierkasse. Von der Direktion der Schullbeiz-Brauerei geht uns in der angeführten Frage der kleinen Bierkasse folgende Sachdarstellung zu, deren Richtigkeit der Arbeiterausflug bestätigt:

Alle dem Verein der Brauereien Berlin und der Umgegend angehörigen Brauereibetriebe bringen seit über Jahresfrist in Berlin nur eine und zwar die sogenannte „Einheitsflasche“ in den Handel, welche einen Rauminhalt von circa 35 Zentilitern aufweist und die Hälften sind aufs strengste angewiesen, dieses ihnen vorgeschriebene Raummah möglichst auf das genaueste einzuhalten. Da nun die Flaschenfabrikation zurzeit noch als Handarbeit betrieben wird, so kann naturgemäß nicht jede Flasche aktuell so ausfallen, wie die anderen, und es wird sich nicht immer vermeiden lassen, daß die eine oder die andere Flasche um ein geringes, das heißt circa 3 bis 4 Zentilitern, nach oben oder nach unten in ihrem Rauminhalt von der anderen abweicht.

Dies ist aber in den Vereinbarungen zwischen dem Brauereiverein und den Glashütten als die höchste Fehlergrenze bezeichnet, und wir führen bei jeder einzigen Lieferung der Hälften genaue Kontrolle in der Weise aus, daß eine größere Anzahl der gelieferten Flaschen durch Nachmessung auf die Vorschriftenmäßigkeit ihrer Höhe, ihres Gewichtes und ihres Rauminhaltes geprüft werden.

Im ferner der Möglichkeit vorzubeugen, daß auf dem Wege durch die Rundhaft bei Zurücknahme der leeren Flaschen nicht etwa solche Flaschen, die dem Normalmaß nicht entsprechen, in unseren Betrieb gelangen, werden auch in unseren Kellereien selbst die leer eingeholten Flaschen, ehe sie zur Wieder-

benutzung gelangen, wiederholt nachgeprüft und auch die mit dem Abfüllen des Bieres beauftragten Leute sind angewiesen, für den Fall, daß ja einmal sich eine abweichende Flasche bis zu dieser Stelle hindurchgeschlängelt haben sollte, ihr Augenmerk hierauf zu richten, um etwaige Durchläufer auszurangieren.

Von einer Abicht, kleinere Flaschen zur Verwendung zu bringen, kann keine Rede sein, solche könnten auch gar nicht bereingekommen worden sein, da uns während der letzten zwei Monate neue Flaschen überhaupt nicht geliefert worden sind, und solches Vorhaben würde auch für jede der Brauereibetriebe vollständig illusorisch sein, denn die Einheitsflasche, die heute bei einer Brauereibrauerei zur Anlieferung gelangt, und von dieser gefüllt in den Handel gebracht wird, kehrt nicht etwa leer bestimmt in denselben Betrieb zurück, sondern sie wird von den Fahrern einer anderen Brauerei mitgenommen, um von dieser gereinigt, gefüllt und wieder verkauft zu werden.

Es würde also die Einführung einer kleineren Flasche für eine einzelne Brauerei vollständig verlos sein, da sie, wie nach Vorstehendem erklärlich, hiervon selbst Nutzen nicht haben würde, und daß zufolge der Brauereierhöhung die allgemeine Einführung einer kleineren Flasche seitens der Brauereien Berlin nicht geplant ist, haben wir Ihnen bereits früher bemerkt.

Demnach ist es aus technischen Gründen noch nicht möglich, ein ganz bestimmtes Raummah der Flaschen zu erzielen. Es kommen Flaschen mit 11—12 Proz. Uebermaß und solche mit 11—12 Proz. Untermaß in den Handel, so daß, wenn zufällig eine der größten und eine der kleinsten Flaschen verglichen werden, tatsächlich eine Differenz von circa 25 Proz. herauskommt. Nimmt man an, daß die geschuldeten Vorsichtsmaßregeln doch nicht das Durchschlüpfen einzelner Flaschen, bei denen die Maximal- und Minimalraumgrenzen nicht innegehalten sind, verhindern, dann können sogar noch größere Differenzen herauskommen. Nach der vorstehenden Sachdarstellung liegt dabei aber keine böse Abicht zugrunde, sondern entspringt den technischen Verhältnissen.

Ausverkauf! Wie die Moskauer Zeitung „Ruskoje-Slovo“ berichtet, ist in den Regierungskreisen beschloffen worden, die Nordbahnen an belgische Kapitalisten zu verkaufen. Für den Verkauf haben sich bereits Stolypin und der Eisenbahnminister ausgesprochen. Alle Bedingungen des geplanten Verkaufes werden strengstens geheimgehalten.

## Aus der Frauenbewegung.

### Eine Frauenforderung.

Unter den Forderungen der Frauen nimmt die Frage der Beseitigung der Strafbestimmungen zum Schutze für das leinende Leben, eine besondere Stellung ein. Während die Frauen aber das Problem der Prostitution, des Mädchenhandels unter sich einig sind, gehen die Ansichten über die Aufhebung der hier in Betracht kommenden Gesetzesbestimmungen weit auseinander. Die Frage der sittlichen Bewertung der Abtreibung scheint nur auf den ersten Blick einfach. Schon die alten Römer bestrafte die Abtreibung, wohl hauptsächlich weil ihre steten großen Kriege viel Menschen verbrauchten, angeblich aber wegen der — Heiligkeit des Lebens. Die christliche Religion, und die aus dieser herausgewachsene Rechtsanschauung, verlangen Bestrafung der Abtreibung, weil auch das ungeborene Leben von Gott komme und nur dieser das Recht habe, es zu vernichten. Wie verhält es sich aber mit der Heiligkeit des Lebens und all den anderen Argumenten, wenn eine Frau verzwängt wird, eine Schülerin verführt wurde oder eine Arbeiterin das Opfer ihres Arbeitgebers geworden ist? Wie sollte die Abtreibung unethisch sein, wenn Mann oder Weib oder gar beide die Zeugung in trunkenem Zustande vollbrachten? Oder wenn vererbte geschlechtliche Krankheiten das Leben des Kindes nach seiner Geburt bedrohen? Oder wenn es sich um Erhaltung der Gesundheit der Frau oder gar des Lebens handelt? Eltern können nach rechtlicher Erzeugung zu dem Entschluß der Abtreibung gelangen, weil ihre wirtschaftlichen Verhältnisse es nicht erlauben, eine vergrößerte Familie zu ernähren.

Auch in juristischer Beziehung ist die Entscheidung dieser Frage nicht so einfach. Dem ungeborenen Kind eignen weder in strafrechtlicher noch in zivilrechtlicher Beziehung Rechtsgüter. Es wird nicht als eine Person anerkannt, die Rechte besitzt und trotzdem ist es strafrechtlich geschützt. Die Gesellschaft, die nichts gegen den schrecklichen Kindermord durch Ausbeutung, Lebensmittel- und Wohnungsmangel tut, den sie alljährlich vollführen sieht, hat nicht das Recht, den einzelnen zu bestrafen, wenn er das von ihm gezeugte Leben zerstört, noch bevor es geboren wurde. Es sterben viel mehr Kinder durch Hunger und Not als durch Abtreibung der Leibesfrucht zerstört werden. Da sollte die Gesellschaft eingreifen, da gibt es noch viel vorhandenes Leben zu schützen, zu erhalten.

### Lesabende.

Spandan. Heute 8 1/2 Uhr bei F. Wölke, Habelstr. 20. Friedrichshagen. Lesabend Donnerstag, 4. August, 8 1/2 Uhr, bei Singuhr, Seest. 30.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

Verband der Hausangestellten. Donnerstag, 5. August, abends 9 Uhr, in Gemüts Festalen, Kommandantenstraße 62: Vereinsversammlung. Willi Kühne spricht über „Zweck und Ziel der Gewerkschaftsbewegung“.

## Gerichts-Zeitung.

### Die verfluchte Uhr.

Gestern habe sich die Kellnerin Marie Schneider vor dem Strafrichter wegen einer etwas eigenartigen Pfandentziehung und wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu verantworten.

Die Angeklagte hatte bei einem Abzahlungsgeschäft in der Rosenbaler Straße eine mit Perlen besetzte goldene Uhr im Werte von 250 M. auf Ratengzahlung entnommen. Nachdem sie einige Monate lang ihren Verpflichtungen nachgekommen war, blieb sie die fälligen Raten schuldig. Die Folge war, daß sie von der Firma auf Zahlung oder Herausgabe der Uhr verklagt und verurteilt wurde. Als sie trotzdem die Uhr nicht herausgab, leitete die Firma die Zwangsvollstreckung ein. Eines Morgens wurde die Beklagte von dem Gerichtsvollzieher aus den Betten geholt, welche sie erst kurz vorher aufgeschloß hatte. Der Beamte fand anfänglich nicht die Uhr, als er aber die Pöndtasche der Beklagten einer Revision unterziehen wollte, sprang sie plötzlich auf ihn zu und entriß ihm die Tasche. In den nächsten Sekunden ergrieff sie etwas, an das der Gerichtsvollzieher nicht gedacht hatte. Die Angeklagte nahm die Uhr aus der Tasche und steckte sie in den Mund. Nach einigen Würgekrämpfen war sie allerdings sehr keine Damenur sehr ruhig verschwunden. Nun war guter Rat teuer. Nachdem sich der Beamte von seinem Erkennen erholt hatte, requirierte er sofort einen Arzt. Diesem gelang es, der Angeklagten mit vieler Mühe Har zu machen, daß sie sich durch ihre irdische Handlungsweise unter Umständen in schwere Gefahr für ihr Leben gebracht habe, da sich doch wohl erhebliche Verwundungen eingestellt würden. Nunmehr bekam es die Angeklagte mit der Angst zu tun. Sie genoh auf Anraten des Arztes einen ganzen Weg geschlochter Kartoffeln, um den in ihrem Magen befindlichen „Fremdkörper“ einzuhüllen. Sodann wurden ihr einige recht drastisch wirkende Mittel verabfolgt, die schon nach einer halben Stunde ihre Wirkung hatten. Die nun folgende Scene, die sich in Gegenwart des Gerichtsvollziehers und des Arztes abspielte, entzieht sich der näheren Darstellung. Der losbare Verwundungsrand erblühte dann auch nach einiger Zeit in einem etwas veränderlichen Zustand und unter recht schmerzlichen Empfindungen der Angeklagten wieder das Licht der Welt. Die Uhr wurde dann sorgsam eingehüllt der Firma wieder überreicht. — Die Pfändung mit Hindernissen hatte für die Angeklagte noch recht unangenehme Folgen, da gegen sie Anklage erhoben wurde, das Gericht erkannte, da die







Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Am Freitag, den 6. August, abends 8 Uhr, findet in den Germania-Sälen, Chaussee-straße 110 eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse Stadtverordneter Dr. Alfred Bernstein über das Thema „Die Hölle von Wiczeln und der Berliner Kommunal-Freisinn“ referieren wird.

Wir ersuchen, diese Versammlung zahlreich zu besuchen. Der Aktionsauschuß.

Zweiter Wahlkreis. Die dritte und vierte Abteilung (Friedrichstadt usw.) veranstaltet am Sonntag, den 8. August, einen Familienausflug nach Friedrichshagen. Treffpunkt morgens zwischen 8-10 Uhr im „Kurpark“ in Friedrichshagen, direkt am Bahnhof. Nachzügler treffen uns im „Freibad“, hinter den Wasserwerken. Recht zahlreiche Beteiligung wünschen. Die Abteilungsleiter.

Mariendorf. Morgen Donnerstag, abends 8 Uhr, infolge wichtiger Angelegenheit Extra-Zahlabend in allen Bezirken. Der Vorstand.

Potsdam. Heute Mittwoch, abends 9 1/2 Uhr, Wahlvereinsversammlung bei Glaser. Tagesordnung: 1. Neuauflagen. 2. Wahl von Delegierten zur Kreisgeneralversammlung in Rauen. 3. Jugendorganisation. 4. Verschiedenes.

Berliner Nachrichten.

Der Tod im Irrenhause.

Im Krankenhause ist Meistens Tod ein rücksichtsloser Gebieter. Von den Tugenden, die den Herrscher zieren sollen, verleugnet er hier recht viel. Und die Menschen, die er noch verschont, sehen es ihm getreulich ab. Wie der Tod schreitet sie rücksichtslos über Leichen... Das Krankenhause ist freilich nimmer der Ort, um übermäßigen Gefühlsregungen freien Lauf zu lassen. Die Ueberlebenden haben recht. Mit Vorzugrecht dürfen sie verlangen, daß ein haarsträubender Strich gesetzt werde zwischen das Lebende und das Verwesende. Das ist praktisch, ist hygienisch. In solchem Lichte erscheinen die nicht verflummenen Klagen über die Behandlung Toter im Krankenhause um etliche Nuancen milder. Nur unumwunden darf das Verfahren nicht werden, nicht roh. Man soll nie vergessen, daß auch der Tote, der im Leben der Kernstein einer war, ein Mensch gewesen ist wie alle anderen Menschen.

Unter allen Krankenanstalten macht man mit den Toten die wenigsten Umstände sicher im Irrenhause. Das Spital hat zu diese scharf beobachtende Augen. Es sind Zeugen, die bei jedem Werkstoß gegen die Humanität oder Pietät noch etwas gelten. Für das Irrenhause fällt diese Befürchtung gemeinhin fort. Die Zeugen, die hier zum Verräter und Ankläger werden könnten, sind im Ernstfalle „nicht einwandfrei“. In jedem nur einigermaßen modern eingerichteten allgemeinen Krankenhause kennt man Weitschirme, die das schauerliche Bild des Todeskampfes den übrigen Patienten möglichst verbergen sollen. Die vielgerühmte Humanität des Irrenhauses hat sich zu solcher Einrichtung noch nicht aufgeschwungen. Dort sehen ein halbes Duzend und mehr Patienten grinsend zu, wie ein schon Glücklichere sich mit dem Aufbäumen der letzten Kraft nach dem Jenseits hinüberarbeitet. Wenn über den oft fürchterlichen Anblick einer der gestreckten Zuschauer in Krämpfe oder Tobsucht verfällt, so ist man ja hier an derartigen gewöhnt und dagegen abgestumpft. Auch auf dem Seziertisch haben Geistesranke etwas voraus. Sie dürfen noch im Tode beweisen, wie viel oder richtiger wie wenig Geist sie besessen haben. Das Sektionsrecht des Arztes ist im wissenschaftlichen Interesse ein sehr weitgehendes. Hunderttausende wissen nicht, daß sie der Leichenöffnung eines Angehörigen nur durch einen vollgültigen Einspruch, der vor dem Tode oder innerhalb Tagesfrist nach dem Tode erhoben sein muß, vorbeugen können. Welche Schwierigkeiten dabei möglich sind, wenn der Arzt den dringenden wissenschaftlichen Wunsch zur Sezierung hat, das leuchtet ohne weiteres ein. Ungezählt sind die Fälle, in denen die Benachrichtigung vom Tode so spät eintraf, daß besagter Einspruch gar nicht mehr möglich war oder in der ersten Aufregung verabsäumt wurde. Wesentlich ist es ja auch nichts allzu Seltenes, daß Angehörige die Todesnachricht erst erhalten, wenn der Verstorbene längst unter der Erde liegt. Für Abgeschiedene, die auf Armenkosten verpflegt waren, fällt jedes Einspruchsrecht gegen die Sezierung überhaupt fort. Aus dem Irrenhause sind nur sehr wenige Fälle bekannt, in denen die Schädelöffnung unterblieb. Viel öfter wird auf die allgemeine Sezierung verzichtet, weil diese dem Psychiater wenig des Interessanten bietet. An Leichen jüdischer Religionsangehöriger findet die Leichenöffnung nur in seltenen Ausnahmefällen statt. Dieses ärztliche Entgegenkommen stützt sich auf den jüdischen Ritus, ist aber gleichwohl ein gegenüber Andersgläubigen nicht zu billiger Vorzug. Daß der Leichenhausdiener, also ein medizinischer Handlanger, zum Befehle der Sezierung Berechtigungen vornimmt, die, genau genommen, nur dem Arzte zukommen, also die Öffnung der Bauchhöhle und die Bloßlegung des Gehirns, ist wohl allgemein üblich. Man kann, da es sich hier in der Regel um sehr geschickte Leute handelt, auch kaum etwas dagegen einwenden. Durchaus zu verurteilen ist jedoch die Einziehung geisteskranker Kalfaktoren zu diesen sozusagen technischen Vorarbeiten. Die Sektionsprotokolle werden während der Sezierung nach Diktat von geisteskranken Bureaugehilfen geschrieben. Das ist bequem für den Arzt, aber zu verteidigen ebensowenig. Geistesranke haben in dem versinglichen Armenmaterial des Irrenhauses absolut nichts zu suchen. Wenig bekannt dürfte es sein, daß früher manchen Leichen, die dem Arzte ein hohes wissenschaftliches Interesse boten, der ganze Schädel entnommen wurde. Es gibt nämlich ein Verfahren, um diese Präparierung, die fast die Bezeichnung einer Leichenhandlung verdient, so kunstvoll vorzunehmen, daß der Sate an dem mit Holz und Gips ausgestopften Kopfe selbst in den Gesichtszügen keine allzu auffällige Veränderung wahrnimmt. Angeblich geschieht das nicht mehr. Trotzdem werden die wissenschaftlich ja hochinteressanten Schädelkammern, über welche jedes Irrenhause und zuweilen auch privatim irgendein hervorragender Psychiater verfügt, nicht gerade kleiner.

Wo kein Hahn nach dem einsam und verlassen gestorbenen Geisteskranken kräht, kann man eben mit ihm so ziemlich machen, was man will. Das ist nun mal das Schicksal der sogenannten „Anatomie-Leichen“. Hier im Irrenhause werden sie wenigstens noch einigermaßen ordnungsmäßig befristet. Ohne Umstände auf einem Haufen Sägespäne oder Holzspäne zwar nur, aber doch immer zwischen sechs gelbgestrichenen Brettern. Ist das nicht alle Ehre für den Armen? Andere, die total zersetzt in der Eierliste nach dem Verbrennungsofen kommen, haben es nicht so gut. Im gestreckten Galopp geht's nach dem Anstaltskirchhofe. Gimmter in die schmale Grube, ohne Sang und Klang, selbst ohne die drei Hände Erde... eine

„Kammer“. Dampf poltern die Schollen... Der Humanität und Pietät des Irrenhauses ist Genüge geschehen.

Scherl-Illusionen! Scherl baut nicht nur Eisenbahnen über die Dächer der Stadt Berlin, nein, er gibt auch unseren städtischen Kommissionen den Anstrich moderner Anschauungen. Vorige Woche befand sich folgende Notiz im „Vollanzeiger“:

Eine Dame als stellvertretende Armenvorsteherin — diese Tatsache verdient in der Berliner Lokalgeschichte besonders hervorgehoben zu werden. Die Armenkommission 81c (Blumenstraße) hat diese Wahl vollzogen und hiermit den Beweis erbracht, daß wir noch sozialdenkende Männer in den Armenkommissionen haben, die nicht aus kleinlichen Rücksichten die Frauen von einem Amt ausschließen wollen, für das diese nach dem Urteile aller Sachverständigen auf dem Gebiete der Armenpflege vorzüglich befähigt sind. Ueber die Kämpfe, die wegen der Zuweisung der Frauen zur Armenpflege jahrelang stattgefunden haben, ist oft an dieser Stelle berichtet worden. Es ist der Armenkommission auch bis zum heutigen Tage nicht gelungen, die große Mehrheit der Armenkommissionen zu beschreiben, die von den Frauen als Mitglieder absolut nichts wissen wollen. Unter wichtigen Vorwänden wurde die Mitgliedschaft abgelehnt; einer der stichhaltigsten Gründe war noch der, daß man in Gesellschaft der Damen nicht — rauchen könne. Der oben gemeldete Beschluß der Armenkommission 81c bedeutet daher nicht etwa das Ende eines langen Zwistes, sondern lediglich eine erfreuliche Ausnahmeseigerung, die im öffentlichen Interesse bald zur Regel werden möge!

Da wir unsere Pappenheimer kennen, gingen wir der Sache auf den Grund, und was stellte sich heraus? Es handelt sich nicht um die 81c, sondern 81a-Armenkommission, derselben Kommission, von der vor einiger Zeit Genosse Hoffmann im Rathhaus so wenig erbauliche Dinge zu berichten wußte. Sämtliche bürgerliche Mitglieder der Kommission mit Ausnahme des Armenvorstehers und eines anderen Herrn hatten, weil Genosse Hoffmann als referierender Stadtverordneter zwei Damen als Mitglieder der Kommission vorgeschlagen und bestätigt erhalten hatte, nachdem das erstmal das Hineinkommen einer Dame von der bürgerlichen Mehrheit hintertrieben war — ihre Ämter niederzulegen; an ihrer Stelle wurden nun vom Genossen Hoffmann andere vorgeschlagen und gewählt. Dadurch erhielten die Sozialdemokraten die Mehrheit in der Kommission und wählten an Stelle des ausgeschiedenen Stellvertreters die Genossin Gerndt als stellvertretende Armenvorsteherin, welche auch durch die Armenkommission bestätigt wurde.

Also wie gewöhnlich ist genau das Gegenteil von dem wahr, was das Scherl-Blatt berichtet. Nach dem Ende eines langen Zwistes haben wieder einmal die Sozialdemokraten bahnbrechend gewirkt. Das sollte für alle Einsichtigen bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen ein doppelter Ansporn sein, für eine größere Anzahl Sozialdemokraten Sorge zu tragen, denn in gleichem Maße wächst auch der Einfluß „der Einsichtigen“, um mit Scherl zu reden, in den Kommissionen, wo es so bitter not tut.

In der Bluttat in der Gerichtstraße ist mitzuteilen, daß der Kutscher Ernst Wulff gestern der Staatsanwaltschaft vorgeführt wurde und zwar wegen Mordes. Da festgestellt werden konnte, daß das zu der Tat benutzte Werkzeug am Tage vor der Ausführung auf einem Spind in seiner Stube gelegen hat, wird angenommen, daß er das Mädchen mit Vorsatz und Ueberlegung getötet habe. Wulff hielt auch gestern seine früheren Angaben aufrecht. Die gerichtliche Leichenöffnung fand gestern nachmittag im Schauhaus statt. Dazu wurde der Täter an sein Opfer geführt.

Das Unwetter, welches in der gestrigen Nacht über Berlin hinwegzog, hat großen Schaden verursacht. Im Osten und Südosten wurden zahlreiche Keller, Grundstücke, Straßen und Plätze überschwemmt. In vielen Fällen wurde die Feuerwehre alarmiert. Sie war bis um 1 Uhr nachts ununterbrochen beschäftigt. Unter anderem wurde sie gegen Witternachts nach dem Schiller-Theater O. in der Wallner-Theater-Straße 45 gerufen. Sofort räumten zahlreiche Löschrüge dorthin aus in der Annahme, daß es sich um einen Brand im Theater handelt. Es war aber nur ein Wasserrohr geplatzt, weshalb die Feuerwehre sofort nach Abprüfung der Wasserleitung wieder abrückte. Fast gleichzeitig liefen drei Alarmer aus der Frankfurter Allee 19, 121 und 143 ein, wo Keller unter Wasser standen. Auch nach der Vorshauer Straße 80 und 88, der Romintener Straße, Ecke Cabiner Straße, Pöfener Str. 5, Raunhstr. 8 und 106, Koppenstr. 5, Thaeerstr. 68, Pallasenstr. 69, Bäckerstr. 9, Grüner Weg 111 und 121, Revaler Straße mußte die Feuerwehre ausrücken und dort, wo Gefahr vorhanden war, das eingedrungene Wasser wieder entfernen. Der 8. Zug wurde ferner nach Rixdorf alarmiert, wo ebenfalls Wassernot herrschte. In der Schinlestraße war u. a. ein Wasserrohr am Bürgersteig geplatzt. Die Straße stand teilweise unter Wasser. Außerdem wurde die Feuerwehre noch nach der Wilsnader Str. 57 alarmiert, dort war aber keine Gefahr zu entdecken. Der Feuermeldende, ein Arbeiter Nag Gerschel aus der Wilhelmshabener Str. 28, gab an, daß sein Kompletz, der Kellerer Bruno Dees aus der Kleiststr. 40, den Melder gezogen habe, während dieser wieder die Schuld auf den Arbeiter abzuwälzen suchte.

Auch sind erhebliche Störungen des Straßenbahnbetriebes in verschiedenen Stadtteilen herbeigeführt worden. Infolge Ueberflchwemmung der Straßenzüge mußte in der Bergstraße am Ringbahnhof Rixdorf der Verkehr von 10.05 bis 12.15 Uhr nachts gesperrt werden. Die dort verkehrenden Linien 7, 47 und 48 legten am Bahnhof um. Ferner entstanden Störungen von 10.30 bis 11.21 Uhr in der Cammerstraße in Rixdorf, von 11 Uhr abends bis zum Schluß des Betriebes in der Greifswalder Straße, von 11 Uhr bis 1.52 Uhr nachts an dem Rathaus in Rummelsburg und von 11.07 bis 11.40 Uhr in der Poststraße. Ueberall mußten die Straßenbahnlinien umgelenkt werden.

Der Herr Polizeileutnant im Freibad.

Eine sonderbare Episode spielte sich vor einigen Tagen im Freibad Grünau ab. Die hier weilenden Badegäste, denen eine Bade- reise nach irgend einem Vadeort unserer honesten Gesellschaft in Ermangelung der nötigen Moneten nicht möglich ist, waren plötzlich Augenzeugen eines Rencontres zwischen einem Polizeileutnant in Zivil und einem Gendarm. Was war die Ursache dieses Rencontres? Inmitten einer lustigen Gesellschaft hatte der Herr Polizeileutnant per Motorboot eine Vergnügungsfahrt unternommen. Bei dieser Gelegenheit nun wollten die Herren im Freibad Grünau eine photographische Aufnahme machen. Die lächerlich fahrräderüberfahren mit ihrem Boot plötzlich die abgestellten Schranken des Bades und begaben sich in dicke Nähe der Badenden. Der die Aufsicht habende Bademeister forderte die ungebeten Gäste auf, ihr Vorhaben zu unterlassen und sich sofort aus dem für Fahrzeuge verbotenen Bereiche zu entfernen. Doch die Gesellschaft leistete dieser Aufforderung keine Folge, man sah sich daher genötigt, den Gendarmen zu holen. Als dieser nur erschien und gleichfalls zum sofortigen Verlassen des Badesbereiches aufforderte, erklärte plötzlich einer der Herren: „Ich bin der Polizeileutnant P. aus Berlin, worauf ihm der Gendarm erwiderte, daß er der Gendarm so und so aus Grünau sei. Im nächsten Augenblick nahm der letztere sein Buch heraus und notierte sich den unbotmäßigen Ausflügler. Wie man uns aus Leserkreisen mitteilt, führt der Herr Polizeileutnant in seinem Polizeirevier im Südosten Berlins ein strenges Regiment. Die in seinem Nachbereich wohnenden sozialdemokratischen Gastwirte und kleinen Geschäftleute können Zeugnis ablegen, daß der in dem Freibad Grünau so rigoros die Schranken der Ordnung übertretende Herr P. in seinem Revier auf strenge Ordnung hält. Wer sich auch nur die geringfügigste Ueber- tretung zu schulden kommen läßt, ist sicher, daß er eine Anzeig-

erhält. Hatte doch ein Schankwirt des Reviers in kurzer Zeit ein Duzend Anzeigen erhalten, sodas er im Bewußtsein seines Rechtes gerichtlich Entscheidung anrufen mußte, um von diesen Schikanen befreit zu werden. Der Herr Polizeileutnant sorgt aber dafür, daß seine polizeilichen Vorkehrungen streng beachtet werden.

Es wäre wirklich von großem Interesse zu wissen, ob auch den Herrn Polizeileutnant wegen seiner erheblichen Ueber-tretung der Ordnung der strafende Arm der Gerechtigkeit erteilen wird.

Der Museum-Eindrehler gefaßt. Der Eindrehler, der in der Nacht zum Sonntag das Kaiser-Friedrich-Museum heimsuchte, ist gestern ermittelt worden, auch konnten die gestohlenen Kunstschätze mit Beschlag belegt werden. Der Täter ist der am 14. Dezember 1889 in Fernitz geborene Musiker Waldemar Döring, wohnhaft Alt-Roabit 183. — Am Sonntagnachmittag um 1 Uhr erschien ein junger Mensch in der Gold- und Silber-Schmelze von Broß, Köpenicker Straße 29, um einen Teil der gestohlenen Schätze zum Kauf anzubieten. Die allein anwesende Frau kaufte die Sachen, kannte aber den Wert nicht und gab nur eine Anzahlung von 8 M. Döring äußerte zu der Frau Broß, daß einer seiner Freunde den Entwurf zum Kauf gemacht habe. Von diesem habe er die Sachen erworben, er würde wiederkommen. Gestern — Dienstag — nach- mittag gegen 8 Uhr begab sich Döring wieder nach der Schmelze. Bei dieser Gelegenheit wurde er durch Kriminalbeamte verhaftet. Eine Durchsuchung seiner Wohnung brachte die noch fehlenden Kunstschätze zum Vorschein.

Daß bei Entnahme von Flaschenmilch die größte Vorsicht am Platze ist, geht aus der Inschrift eines Buchdruckerbesizers Herrn St. hervor, dessen Personal von der Meierei G. Wolle Milch bezieht. Im vorigen Jahre passierte es dem Meister des Betriebs, daß er plötzlich beim Trinken der Milch Schmerzen im Schlund verspürte, was ihn veranlaßte, den soden genommenen Schluck zurückzuhalten. Er fand in der Milch eine Anzahl Glasplitter, und eine noch größere Anzahl derselben befand sich am Boden der Flasche. Auf Anraten begab sich der Meister zur Unfallstation, wo der Arzt eine blutige Entzündung der Schlundhaut feststellte. Ein nachwirkender gesundheitlicher Schaden trat bei dem Verletzten glücklicherweise nicht ein. Nunmehr wandte sich der Meister beschwerdeführend an die Meierei, welche ihm ein Sühnegeld von 16 M. zufandte mit der Versicherung, daß so etwas niemals mehr vorkommen würde. Dieser Vorfall hat sich indessen wiederholt. Diesmal war es Herr St. selbst, der eines Tages beim Trinken von Kephyr einen schmerzhaften Riß im Mund erhielt. Bei der Untersuchung des zurückgehaltenen Schluckes wurden einige Glas- splitter gefunden. Entrüstet teilte Herr St. der Firma Wolle dieses abermalige Vorkommnis mit, worauf dieselbe einen Vertreter schickte, der den Sachverhalt möglichst abzuwischen suchte. Herr St. übergab indessen dem Vertreter die in dem Glase vorgefundenen Glasplitter mit dem Ersuchen, ihm dieselben wieder zurück- zuerhalten. Bisher ist dies noch nicht geschehen.

Während im ersten Falle die Firma Wolle ein Sühnegeld zahlte, lehnte sie im letzteren die Forderung des Verletzten, 75 M. an einen von ihm bezeichnenden Unterstützungsverein zu zahlen, ab und unterbreitete die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft.

Wir haben von der Inschrift Notiz genommen, um beim Trinken von Flaschenmilch zur Vorsicht zu mahnen.

Ein Zusammenstoß zwischen Autobus und Straßenbahn ereignete sich gestern vormittag in der Oranien-, Ecke der Kommandanten- straße. Durch die anhaltende Rässe war der Omnibus 1891 der Linie 11 Roabit-Rixdorf ins Schleudern geraten und mit voller Ge- walt gegen den Hintereck eines Straßenbahnwagens der Linie 95 Hakenheide-Wehrensstraße geschleudert worden. Zwei Damen erhielten durch die umherfliegenden Glasplitter leichte Verletzungen. Der auf dem Hintereck des Straßenbahnwagens stehende Kaufmann Alex- feld aus der Urbanstr. 32 stürzte herab und erlitt Abschürfungen im Gesicht und an den Armen.

Im Gewittersturm gesteuert sind vorgestern nachmittag auf dem Müggelsee zwei Boote, deren Insassen jedoch glücklicherweise gerettet werden konnten. In der Nähe des Rahnsdorfer Gemeinde wurde ein Ruderboot, in dem sich drei Herren und eine Dame be- fanden, von dem Gewittersturm überrascht. Die hochgehenden Wellen schlugen in das Fahrzeug und brachten es zum Kentern. Glücklicherweise befand sich der Privatdampfer „Paul“ dicht an der Unfallstelle. Die Mannschaft warf Rettungsringe aus, und es gelang ihr auch, nach längerem Bemühen die vier Verunglückten an Bord zu nehmen. Ferner lenkerte gegenüber von Friedrichs- hagen ein Segelboot, in welchem sich zwei Herren befanden. Auch in diesem Falle konnten die beiden Gefährdeten durch die Mann- schaft eines Touren dampfers gerettet werden.

Posten nach Deutsch-Südwestafrika gehen im Laufe des Monats August im ganzen 12. Die erste verläßt die Heimat am 4. mit dem Dampfer der Deutschen Ostafrika-Linie bei seiner westlichen Rund- fahrt. Diese werden nach Bestimmung des Abenders auch am 5. August in Rotterdam dem fälligen Wörmann-Dampfer zugeführt. Am 6. August geht dann von Köln abends eine Post über Southampton und Kapstadt, von wo sie ein Küstendampfer der Wörmann-Linie nach Swakopmund befördert. Die am 8. und 9. gehen nach Antwerpen und nach Southampton. Nachverhandte zu dem genannten Dampfer der Ostafrika-Linie. Am 13. folgt wieder eine Post über England und Kapstadt. Die nächste Post geht dann erst wieder am 18. von Hamburg mit dem fälligen Dampfer der Wörmann-Linie. Am 20. geht dann wieder eine Post über Southampton und Kapstadt. Von dort zurück mit der Houston-Linie. Ein zweiter Dampfer der Deutschen Ostafrika-Linie wird am 25. von Hamburg benutzt. Am 27. geht wieder eine Post über Southampton und Kapstadt nach Lüderichs. Am 29. und 30. endlich gehen die beiden letzten Posten des Monats als Nachverhandte nach Antwerpen und Southampton, wo sie dem deutschen Dampfer übergeben werden, der am 25. Hamburg verlassen haben wird.

Eine Störung der Schifffahrt zwischen Berlin und Hamburg ist durch die Verlandung der Havel infolge des Frühjahrhochwassers herbeigeführt worden. Der Wasserstand des Flusses ist in den letzten Tagen erheblich gefallen und infolgedessen ist die Fahrstraße in den Krümmungen der Unterhavel derartig eingesenkt, daß die größeren Schleppzüge nur mit Schwierigkeiten verkehren können. Die Re- gierung hat schleunigst Dampfbagger nach den Krümmungen geschickt, um die durch die Verlandung eingesenkte Fahrstraße zu verbreitern und jedenfalls dürfte in einigen Tagen das Verkehrsbehindernis beseitigt sein. In der Zwischenzeit ist der Tieflang der die Stelle passierenden Schiffe auf 1,30 Meter festgelegt; die Fahrzeuge, welche die Krümmungen passieren, müssen daher dementsprechend entlastet werden.

Die öffentliche Lesehalle der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur, Rungestr. 25/27, ist im Monat Juli von 8176 Personen be- suchet worden. In der Lesehalle wurden außer Zeitungen und Zeit- schriften 768 Bücher gelesen; nach Hause entliehen 3205 Bände, zusammen 3971, von denen 1058 wissenschaftlichen oder belehrenden Inhalts waren. Die Lesehalle ist werktäglich geöffnet von 12 bis 3 Uhr mittags, 6-10 Uhr abends, Sonntags von 1/10-1 und 5-10 Uhr.

Eine Gartenstadt vor den Toren Berlins bilden die Häuser der Baugenossenschaft „Freie Scholle“ in Regel an der Hermsdorfer Straße. Es sind jetzt 55 Wohnhäuser mit insgesamt 194 Wohnungen hergestellt. Auf dem bisher unbedauten Gelände beabsichtigt die Genossenschaft bis zum 1. Oktober nächsten Jahres zwölf weitere Häuser mit insgesamt 35 Wohnungen zu erbauen, die dann an Mitglieder vermietet werden. Zur Förderung der Bautätigkeit gibt die Genossenschaft (Geschäftsstelle Regel, „Freie Scholle“ Nr. 20) 4prozentige Schuldverschreibungen auch an Nichtmitgliedern aus.



# Vorort-Nachrichten.

## Charlottenburg.

Die sozialen Einrichtungen der Stadt Charlottenburg geben dem hiesigen Magistrat und der „liberalen“ Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit billigen Anlass, das tiefe soziale Verständnis der gegenwärtigen Stadtregierung über den grünen Aes zu loben. Und wie man immer behauptet, daß in der sozialen Fürsorge Deutschland in der Welt voran marschiere, so bilden sich die Charlottenburger „Liberalen“ und der ebenfalls von demselben „liberalen“ Geiste durchdränzte Magistrat ein, Charlottenburg stehe mit seiner sozialen Fürsorgebetätigung an der Spitze der deutschen Städte.

Angesichts dieser Eigenbelohndelei ist nun ein Bericht, den der Dezerent der Armenverwaltung über seine Informationsreise nach Schweden gibt, besonders interessant. Der betreffende Stadtrat machte diese Reise, welche von der „Zentralstelle für Volkswohlfahrt“ veranstaltet wurde, im Auftrage der Stadt Charlottenburg mit. Die Reise führte durch eine Reihe schwedischer Städte, in denen die Volkswohlfahrts-Einrichtungen in besonderer Maße berücksichtigt wurden. Außer Malmö, Göteborg und Stockholm wurden noch vierzig andere Orte besucht. Und der Berichtler ist voll des Lobes über das Gesehene. Wir sehen dabei ab von dem, was in dem Bericht über die schwedische Küche, über die vielen und guten Frühstücke, die den Herren geboten wurden, gesagt wird. Auch dürfte es dem ersten Leser solcher Berichte wenig interessieren, wie oft den Besuchern die „Wacht am Rhein“ vorgelesen wurde, oder wie die schwungvollsten Reden bei einem der „opulenten“, „einfachen“ oder „kurzen“ Frühstücke gehalten hat. Ob das die „lange Erzählung“ Moeller oder sonst jemand tat, bietet keinen Reiz.

Von Wichtigkeit in dem Bericht dagegen ist, was über Schweden, über das Volk, seine Gewohnheiten und sein Leben gesagt wird. So wird vor allen Dingen auf die vorzüglichen Einrichtungen auf der schwedischen Eisenbahn hingewiesen. Dann wird geschilbert, in welchem umfassenden Maße in Schweden der Tuberkulose entgegen gewirkt wird. Auch der Bodenpolitik der größeren Städte wird gedacht. So zeichnen sich besonders Malmö, Stockholm und Göteborg durch eine, namentlich in den letzten Jahren sehr geförderte Wohnungspolitik aus, die auch den ärmeren Einnahmern billige und gesunde Wohnungen verschaffen soll. Wie es damit in Deutschland und insbesondere in Charlottenburg aussieht, dürfte bekannt sein. Aber dafür besteht auch in den schwedischen Gemeinden nicht das Vorrecht der Hausbesitzer, und in der Stadtverwaltung stehen nicht wie bei uns bezahlte Magistratsbeamte an der Spitze, sondern die Kraft und das Mächtigkeits der Verwaltung liegt bei den Stadtverordneten. Dazu wird noch kommen, daß man in Schweden auch nicht die spezifisch preußisch-deutsche Spielart des Gemeindefortschritts kennt, wie sich dieselbe auch in Charlottenburg recht unangenehm dreht macht.

Vor allen Dingen wird in dem Bericht jedoch auf die allgemeine Bildung des schwedischen Volkes hingewiesen. Und was in dem Bericht in bezug auf die Volksschulen, den ländlichen Hochschulen, den Fach- und Gewerbeschulen und auch über die Universitäten in Schweden gesagt wird, läßt die Volksschulen in Deutschland noch recht zurückgeblieben erscheinen. So hat auf alle Teilnehmer dieser Studienreise — und es gehörten dazu nur sehr „loyalgesinnte“ Herren, die zumeist Staatsbeamte sind — die hohe Allgemeinbildung des schwedischen Volkes einen derart tiefen Eindruck gemacht, daß einer der Studienreisenden, der Professor Dr. von Erdberg, mit dem Gesändnis herausplante: „Schweden habe nicht die großen Aufgaben zu lösen gehabt wie andere Völker, aber darum die größeren auf sich nehmen können, sich selbst zu finden und den Geist des Volkes lebendig zu erhalten und weiter zu entwickeln.“ Deutschland hingegen — so hätte der Redner hinzusetzen können — will die ganze Welt erobern, verpufft ungezählte Missionen in Meer- und Marinerüstungen und mit seinen Volksschulen und mit seinen sozialen Fürsorgeeinrichtungen ist es um so trauriger bestellt.

So bietet der Bericht manche interessante Stelle, durch die erkennbar wird, daß nicht nur Deutschland, sondern auch Charlottenburg gar keinen Anlaß zur Selbstbeweihräucherung haben.

Die „liberalen“ Charlottenburger haben in letzter Zeit viel gegen „unnötige“ Repräsentationen und Reisen der Magistratsmitglieder und städtischen Beamten gesprochen. Angeblich aus Sparmaßregeln. Denn auch die „liberalen“ wollen sparen. Einmal glauben sie wahrscheinlich, damit einen guten Eindruck bei den Wählern zu erzielen, denn die Wahlen stehen wieder bevor. Zum anderen aber tritt die Ungleichheit der eigenen Fürsorgebetätigung nicht so sichtbar in die Erscheinung, wenn man nicht zu hören bekommt, daß man so anders schon viel weiter ist. Und die „liberalen“ sind doch so stolz auf ihr sozialpolitisch so fortgeschrittenes Charlottenburg!

**Dreitausend Gemeindevähler ohne Wahlrecht!** In der Wählerliste für die bevorstehende Stadtverordnetenwahl im Herbst dürften infolge der vielfachen Steuerreste gegen 3000 Wähler, die sonst zum Wählen berechtigt wären, nicht enthalten sein. Von diesen Steuerrestanten entfallen gegen 2700 auf die dritte Wählerabteilung. Damit ist ein erheblicher Teil der Arbeiterschaft, der infolge langer Arbeitslosigkeit die Steuern schuldig bleiben mußte, auch sonst noch eine große Zahl von Gemeindevählern nicht in die Liste eingetragen ist, sei das aus Versehen oder sonstigen Ursachen geschehen, so ist jeder Wähler verpflichtet, Einsicht in die Wählerliste, die vom 15. August bis zum 30. August von 9 Uhr bis 3 Uhr im Statistischen Amt, Berliner Straße 71, ausliegt, zu nehmen.

Alle diejenigen, deren Namen nicht in der Liste steht, sollten sofort Einspruch dagegen erheben. Zu diesem Zwecke schreibt man:

„An den Magistrat zu Charlottenburg.“

Gegen die Richtigkeit der Liste der stimmberechtigten Bürger erhebe ich hiermit Einspruch. Ich bin in der Liste nicht verzeichnet, obwohl ich die zur Erwerbung des Bürgerrechts im § 5 der Städteordnung aufgeführten Vorbedingungen erfülle. Ich beantrage deshalb meine Aufnahme in die Gemeindevählerliste. Name, Stand und Wohnung.“

Da der Einspruch aber nur in der Zeit der Auslegung der Liste geltend gemacht werden kann, so darf kein in der Liste übersehener Wähler säumen, rechtzeitig diese Reklamation einzureichen.

Fertige Formulare stehen jedem Wähler bei dem Genossen Alfred Will, Kirchgäßchen 30, unentgeltlich zur Verfügung.

Die Charlottenburger Gewerkschaftskommission nahm in ihrer, am 30. Juli stattgefundenen Sitzung, zunächst den Kassensbericht vom 2. Quartale 1900 entgegen. Infolge eines am Schlusse des 1. Quartals vorhandenen Kassensbestandes von 307,04 M. bezifferten sich die Einnahmen auf 418,40 M., die Ausgaben auf 64,30 M., so daß am Schlusse des 2. Quartals ein Bestand von 353,60 M. verblieb. An Stelle des ausgeschiedenen Ausschussmitgliedes Genossen Bernhardt wurde einstimmig der Genosse Tobias, Porzellanarbeiter, gewählt.

Genosse Flemming gab hierauf einen Bericht über die Konferenz der Vertretungen von Gewerkschaftshäusern, auf welcher er reiche Erfahrungen gesammelt habe.

An den Bericht schloß sich eine Diskussion an, in welcher die Genossen Vogel, Lehmann, Graubenz, Ahrens und Tobias sich zustimmend über das Ergebnis der Konferenz äußerten.

Man beschäftigte sich nunmehr mit den kommenden Wahlen zu den sozialpolitischen Körperschaften, als da sind: die Wahlen zur unteren Verwaltungsbehörde, die Delegierten- und Vorstands-

Wahlen zur hiesigen Allgemeinen Ortskrankenkasse und die Gewerkschaftswahlen.

Bezüglich der Frage der Erhöhung des Beitrages von 15 Pf. auf 20 Pf. wünschte der Vertreter der Schneider, Genosse Schlicht, daß die Unterkommission in Verbindung mit dem Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission dahin wirken möge, daß hier am Orte eine Rechtsauskunftsstelle errichtet werde. Dieses sei für einen so großen Ort wie Charlottenburg sehr notwendig. Andere Redner schloßen sich dem an, zugleich erinnerten sie an das Versprechen, welches von der Berliner Gewerkschaftskommission bei der Anschließfrage gemacht worden ist. Ein Antrag zur Verwirklichung dieser Angelegenheit wurde angenommen.

Es gelangte zuletzt noch eine Angelegenheit des Verbandes der freien Gast- und Schankwirte, die der Genosse Thunau zur Sprache brachte, zur Aufklärung und beiderseitigen Verständigung. Der Sitzung ferngeblieben waren die Delegierten der Brauereiarbeiter, Friseur- und Fußer.

## Friedenau.

Ueber Konsumgenossenschaftswesen referierte in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Regel. Er erläuterte eingehend das gesamte Genossenschaftswesen und zeigte an der sächsischen, der Hamburger und vor allem der englischen Genossenschaftsbewegung die Entwicklungsfähigkeit und den besonderen, vielseitigen Wert der Genossenschaften für die Arbeiter. Auf die örtlichen Verhältnisse eingehend, wies er auf das beschränkte Frohlocken der Friedenauer Krämer hin, daß der Friedenauer Konsumverein in Liquidation sei. Diese Leute hätten übersehen, daß der Verein in Liquidation getreten ist, um sich der Berliner Genossenschaft anzuschließen und hierdurch leistungsfähiger und größer zu werden. Die Freude der kleinen Profitmacher kommt daher zu früh. Genosse Regel forderte die Genossen auf, überall die Genossenschaftsbewegung zu unterstützen.

Darauf erstattete Genosse Richter einen kurzen Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes und die Entwicklung des Vereins. Stillstand ist Rückschritt, daher heißt es überall arbeiten und agitieren für die Partei.

Genosse Dietrich gab hierauf den Kassensbericht. Die Einnahmen betragen 197,85 M., an den Zentralvorstand wurden abgeliefert 111,90 M., die örtlichen Ausgaben betragen 55 M. Für Broschüren wurden abgeliefert 56,20 M.

Jur Lokalfrage berichtet Genosse Böhlmann, daß der Wirt des Kaiser-Wilhelm-Gartens sein Lokal der Arbeiterschaft noch immer verschließt. Er möchte wohl gern sein Lokal für die Versammlungen der Arbeiterschaft hergeben, aber für Versammlungen sei er nicht zu haben. Wahrscheinlich werde der Herr seine Ansicht ändern, wenn er durch die Eröffnung des „Reinischloßes“ Konkurrenz bekommt.

Als Delegierter für die Kreisgeneralversammlung am 8. und die Verbandsgeneralversammlung am 22. August wurde der Genosse Otto Reher gewählt. Das in Aussicht genommene Kaffeeloch in St. Richterfelde wurde auf den 15. August verschoben.

## Zehlendorf.

In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins wurde zunächst an Stelle des Genossen Schaefer, der von seinem Posten zurückgetreten ist, Genosse Max Becking zum ersten Vorsitzenden gewählt. Der sodann erstattete Kassensbericht des Genossen Steinborn zeigt, daß die Krise auch in unserem Orte nicht ohne Einfluß auf die hiesige Bewegung ist. Es ist dies um so bedauerlicher, als dadurch unsere Aktionskraft am Orte schwer leidet. Alle Arbeiter und Proletarier sollten sich auch in Zehlendorf klar werden, daß sie gegen sich sündigen, wenn sie die politische Organisation vernachlässigen. Ein sodann entgegen genommenes Referat über das neue Organisationsstatut zeitigte eine lebhaft Diskussion. Beschlossen wurde, den Frauen die „Gleichheit“ nicht gratis zu liefern. Im § 23 sollen die drei Worte „in bewährter Weise“, sowie das Wort „Orts“ gestrichen werden. Das Recht, ein Ausschlußverfahren einzuleiten, soll nur den Zentralvorständen vorbehalten bleiben. Der Vorsitzende macht dann noch darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 8. August, das Erziehungsheim am Urban besichtigt werden soll. Treffpunkt bei Miel, Karlstr. 12, um 1/3 Uhr, und hofft auf starke Beteiligung der Mitglieder.

## Friedrichshagen.

In unserer letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins hielt Genosse Unger über „Kirche und Christentum“ einen Vortrag. Als Delegierter zum Parteitag wurde Genosse Köhler vorgeschlagen. Ferner wurde ein Jugendauschuss gewählt. Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, daß 23 Jugendliche sich zur Aufnahme gemeldet haben. Dann brachte die Genossen Kurt und Barzel die Angelegenheit mit dem Dürerbund zur Sprache. Genosse Kurt stellte fest, daß nicht, wie behauptet werde, der Bildungsausschuss an den Dürerbund herangetreten sei, um gemeinschaftlich zu arbeiten, sondern der Dürerbund sei es gewesen, der dies gemeinschaftliche Arbeiten haben wollte. Was den Dürerbund sonst anbetriffe, so sei zu sagen, daß der Arbeiter mit dem Dürerbund nichts gemein haben könne, denn der Vorsitzende ist ein Herr Dr. Peters, der heute die schärfsten Reden gegen die Arbeiter halte. Bei einer Feier des Arbeitervereins hat er eine Rede vom Stapel gelassen, die sich auch gegen das arbeitende Volk richtete. Er meinte, der Arbeiterverein sei ein Symbol gegen den äußeren und inneren Feind, und behauptete ferner, daß es heute keinen Arbeiter mehr gebe, der weniger als 18 M. verdiene. Genosse Bartel betonte, für uns sei der Dürerbund abgetan.

**Bürgermeister Rint** ist gestern früh nach längeren Leiden im 61. Lebensjahre gestorben. Er stand seit 1898 im Dienste der Gemeinde.

## Nieder-Schönhausen.

Die Halbjahresgeneralversammlung des Wahlvereins erfreute sich eines zahlreichen Besuches. Den Geschäftsbericht für das verfloßene Halbjahr erstattete Genosse Hellrich. Es wurden abgehalten 12 Vorstandssitzungen, 5 Mitglieder- und 2 öffentliche Versammlungen. Außerdem fanden statt 4 Flugblattverbreitungen und zwei Agitationsreisen aufs Land. Im Bezirk haben uns 14 Lokale zu Versammlungen zur Verfügung. Die Zahl der Vorwärtsleser ist 310, während sich die 21 männlichen und 21 weiblichen Mitglieder auf die einzelnen Orte wie folgt verteilen: Nieder-Schönhausen 201 männliche und 21 weibliche Mitglieder, Wälden 28 männliche, Böhlsdorf 11, Schildow 8 und Blankenfelde 8 Mitglieder. Der Kassensbericht ergab eine Einnahme von 518,38 M. und eine Ausgabe von 353,04 M. Bestand 134,44 M. Die Verursachung zeigte, daß unser Verein so ziemlich alle Berufe der arbeitenden Bevölkerung umfaßt. In einer lebhaften Aussprache kam es bei dem § 5 des Organisationsstatuts der Partei, der sich auf die unentgeltliche Lieferung der „Gleichheit“ bezieht. Beim § 23 frug Genosse Brand an, ob ein Mitglied ausgeschlossen werden könne, wenn es den Wohlfort breche. Er wurde vom Genossen Hellrich darauf verwiesen, daß jeder Wohlfort für die Mitglieder bindend sei. Allerdings bestche zurzeit keiner, der von Partei und Gewerkschaftsfraktion gemeinsam verhängt sei und es bleibe jedem Mitgliede überlassen, ob er die Bekannmachungen des Wälderverbandes beachte, denn der offizielle Wohlfort sei schon seit 1 1/2 Jahren aufgehoben. Die von der Genossin Weiß unter den Frauen der Mitglieder betriebene Agitation hatte den Erfolg, daß sich 9 Frauen zum Beitritt angemeldet haben und aufgenommen wurden. Ein Genosse ist zugezogen, einer ist ausgetreten, und einer wurde ausgeschlossen. Um eine gewisse Stetigkeit des Versammlungsbefuches zu erzielen, wurde beschlossen, von nun an den Lindengarten in der Lindenstraße als Versammlungslokal zu wählen. Die Einladung durch Handzettel fällt fort. Dafür ist aber für immer festgelegt, daß am letzten Dienstag im Monat in dem genannten Lokale die Versammlung abgehalten wird. Bei Errichtung eines Jugendauschusses wies Genosse Pratzvogel darauf hin, daß jetzt gerade in den nördlichen Vororten die Jugendwehr darauf ausgehe, die Beeinflussung der jungen Leute im hurrationalistischen Sinne zu forcieren. Der Vorstand wurde beauftragt, sich nach geeigneten Personen umzusehen, welche imstande sind, eine Jugendbewegung

mit Mut und Tat zu fördern. In einer sehr erregten Aussprache kam es über das Lokal von Reg. Gesellschaftshaus in Nordend. Wegen der Haltung des Wirtes, der sich in wiederholten Fällen zum Anger hergegeben habe, herrschte eine große Erbitterung, und es wurde die Sperrung des Lokales verlangt. Der Vorstand wird sich noch weiter mit der Sache beschäftigen.

## Vermischtes.

### Der Brand der Dresdener Vogelwiese.

Das gestern bereits von uns gemeldete Riesenfeuer brach, wie jetzt festzustellen scheint, im „Nürnbergger Bratwurstglöckle“ an, einem Unternehmen, das von dem bayerischen Restaurateur Lang, der auch in Berlin durch seine Wokkierfeste bekannt ist, geleitet wird. Gegen 6 1/2 Uhr abends entzündete ein achtlos emporgeschleudertes Feuerwerk-Draper die bunten Papiergirlanden, die man in dem Zelte zur Dekoration verwendet hatte. Im Augenblick stand das Zelt in Flammen, und mit unglaublicher Schnelligkeit griffen die Flammen auf die benachbarten Zelte über. Teile des Segeltuches, mit dem die Zelte überdacht waren, flogen in die Luft und fielen brennend auf die umliegenden Zelte, die sofort in heißen Flammen standen. Es dauerte kaum eine halbe Stunde, und die Hälfte der umfangreichen Festwiese war ein wildes, wogendes Flammenmeer geworden, dessen heiße Glut alles, was sich in ihrem Bereich befand, vernichtete. Entsetzlich war der Augenblick, als ein Dampfessel und ein Karbidgasbehälter fast zu gleicher Zeit explodierten. Der Mensch bemühte sich eine furchtbare Panik. Die Menschenmengen drückten bei ihrer Flucht die Umzäunung des Festplatzes ein, und Hunderte von Menschen wurden ohnmächtig. Die Menschen riefen verzweifelt nach Hilfe, die Flammen knirschten an allen Ecken, die wildgewordenen Bestien in der Menagerie von Hagenbeck brüllten vor Angst, und die sengende Glut und der dicke Qualm verhinderten die Menschen am Atmen. Die Besizer vieler Schauvögel haben ihr gesamtes Vermögen verloren und suchten gestern in den Trümmern, ob sich nicht doch vielleicht hier und da ein vom Feuer verschontes Ueberbleibsel vorfände. Aber das Feuer hat gnadenlos alles in Asche verwandelt. Weit über die Hälfte des umfangreichen Festplatzes ist ein weißes Durcheinander von qualmenden Holzpfählen, ganze Reihen von verträucherten und ausgebrannten Euben, Karussells mit verbrannten Holzperden stehen traurig umher, mächtige verborgene Eisenstäbe starrten in bizarren Formen in die Luft, sie sind die ehemaligen Gerüste einer Riesen-Schaukel; die Trümmer und Ueberreste von verbrannten Balken, Pfählen, Biergläsern, zerfetzten Fahnen, Tausende von zerbrochenen Tischen und Stühlen, alles liegt durcheinander.

Für die Opfer der Brandkatastrophe auf der Vogelwiese ist, wie eine Meldung aus Dresden besagt, eine allgemeine Geldsammlung eingeleitet worden.

### Propellerbruch am „J. II.“

Die Absicht des Grafen Zepelin, am Montagabend mit seinem Ballon Köln zu erreichen, ist infolge des herrschenden Unwetters vereitelt worden. Die Stürme zwangen das Luftschiff zur Umkehr nach Frankfurt a. M., wo die Landung um 9 Uhr glatt erfolgte.

Die für gestern früh geplante Fahrt nach Köln, zu der das Luftschiff um 10 Uhr aufgestiegen war, mußte wiederum aufgegeben werden, da der rechte hintere Propeller gebrochen ist.

Nachstehende Meldungen orientieren über den mißglückten Verlauf der Fahrt:

Frankfurt a. M., 2. August. Das Luftschiff „J. II.“ kam hinter Remagen in ein südwestwärts gehendes schweres Hagelwetter und vermochte gegen die Winde nicht mehr aufzukommen. Der Graf beschloß daher umzukehren und den Landungsplatz in Frankfurt wieder aufzusuchen. Die Rückfahrt erfolgte ohne Zwischenfall. Beide Motore arbeiteten bis zum Schluß tadellos. Um 8 Uhr 59 Min. landete das Luftschiff glatt auf dem Landungsplatz der „Na“.

Frankfurt a. M., 3. August. Nachdem das Wetter sich gebessert hatte, ist der Zepelinballon heute vormittag kurz nach 10 Uhr vom Flugplatz der „Na“ aus aufgestiegen. Er nahm seine Richtung in einer Höhe von etwa 100 Meter nach dem Rheinstädter-Wald zu. Da plötzlich fiel ein Gegenstand vom Ballon herab. Das Luftschiff machte sofort halt und kehrte dann, indem nur der eine Motor arbeitete, nach der Aufstiegsstelle zurück, wo die Landung glatt erfolgte. Wie die vorläufige Untersuchung ergeben hat, ist der rechte hintere Propeller gebrochen.

Da Reparaturarbeiten erst aus Friedrichshagen geholt werden müssen, kann die Weiterfahrt nicht vor morgen erfolgen.

Zum Mord der Witwe Marie Kersten. Wie bereits gemeldet, ist in der vorigen Woche in dem mährischen Dörfchen Wärdorf (Kreis Lebus) die 76 Jahre alte Witwe Marie Kersten ermordet aufgefunden worden. Der Mord wurde in der Nähe verübt und die Frau von dem Täter nach dem Keller geschleppt. Verdächtig erschienen zwei Männer, die von Ortsbewohnern in der Nähe des Hauses gesehen wurden. Kriminalwachmeister Franz aus Schöneberg wurde mit dem Polizeihund Prinz nach Wärdorf entsandt. Es wurden ihm mehrere Gegenstände übergeben, die von dem Mörder herabgelassen worden waren. Der Hund erhielt von diesen Gegenständen Bitterung und nahm eine vor dem Hause befindliche Kuhfur auf, die in der Richtung nach Frankfurt a. D. führte. Diese Spur wurde weiter verfolgt. Sie führte nach einem Hause in Frankfurt a. D., in welchem der Reisende L. wohnt. Dieser ist seit Ende voriger Woche unbekannt verzeilt. Dem Polizeihunde wurde nunmehr das Fell, welches als Wordinstrument gedient hat, zur Bitterung vorgehalten. Das Tier leitete die Beamten in die Wohnung des L. und führte sie nach dem Schlafzimmer, in dem zwei Betten stehen. Das Tier „verbeißte“ hier das Bett des Mannes, während es das Bett der Frau unberührt ließ. Unter dem Bett stand ein größerer Kasten, in dem sich Stiefel der Frau wie des Mannes befanden. Prinz apportierte einen Stiefel des Reisenden. Daraus wurde mit Sicherheit geschlossen, daß L. der Mörder der Kersten sein würde. Diese Annahme hat auch dadurch eine Befestigung gefunden, daß sich bei der Polizei in Frankfurt a. D. ein Mann meldete, mit der Angabe, daß der Mörder ihn Anfang voriger Woche zur Ermordung der Witwe Kersten anstiften wollte.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 2, zweites Hof, dreiter Eingang, vier Treppen, ~~hab~~ ~~hab~~ ~~hab~~ wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Besucht 7 Uhr. Commendrus beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Buchhändler und eine Zahl als Merkzeichen beizubringen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung in Briefkasten können 14 Tage vergehen. Gütige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

§ 150. Wenn die 14tägige Räumigungsfrist eingehalten ist, also spätestens am 17. Juli dem Chef bekannt geworden ist, nein — H. E. 100. Im Kaiser Friedrich-Museum, oder in einer guten Kunsthandlung. — H. E. 15. 1. Ein Viertel des Nachlasses. 2. Ein Entschuldigungsgrund liegt nicht vor. Durch Testament kann aber der Mann auf das Viertel, also auf ein Viertel des Nachlasses gesetzt werden. — E. G. 62. Wenn Sie sich an den Rektor. — W. 5. Leider fehlt der Schule das Recht zu. — J. G. Die Räumigung ist möglich, wenn die Genehmigung des Wirtes bewilligt können. — R. Sch. 53. 1. Der Wirt ist im Recht. Der Vertrag ist maßgebend. — 2. Wenn Sie in der Wählerliste eingetragen sind, haben Sie auch das Wahlrecht. 3. Etwa 40 000. 6. 412 967. — E. 2. Wärdorf. Die Schule ist nach der herrschenden Ansicht berechtigt, Erteilung des Religionsunterrichts zu verlangen. — W. 2. 100. Ein Antrag der Frau an das Gericht, ihr zu gestatten, getrennt von dem Ehemann zu leben und eine Rente auf Zahlung von etwa 150 M. Monatsbeträge hätte



**4. Ihrem Falle Aussicht auf Erfolg.** — **W. 12.** Ja, Sie müssen zahlen. — **H. B. 100.** Ja. — **Langjähriger Abonnent.** 1. Ja. 2. Ja. 3. Ja. 4. Der Antrag ist an den Stadtschulrat zu richten. — **3729.** Nur die Retentionsrechte zu. — **Brit 101.** Leider nein. — **G. B. 100.** Unabhängig ist das Amtsgericht Schöneberg. Die Forderung verjährt erst in zwei Jahren. Inwiefern ist es, daß die beim Fortgang erklären, daß Sie Ihre Rechte sich vorbehalten. — **V. G. 61.** Ja. Ein Grundstückskaufvertrag bedarf zu seiner Gültigkeit der notariellen oder gerichtlichen Form oder der Auflassung. — **R. G. 55.** Der Antrag auf Bekämpfung wegen Beleidigung muß innerhalb drei Monaten bei Gericht, Staatsanwaltschaft oder Polizeibehörde gestellt sein, nachdem der Beleidigte von der Beleidigung Kenntnis erhalten hat. — **H. R. Rigdorf.** 1. Geldstrafe 2. Wenden Sie sich an Genossen Hoffmann, Blumenstr. 14. — **H. G. 80.** 1. Ja. 2. Nicht immer. Ihr Vater sollte mit der Erbfolge die Vereinbarung treffen, daß das Geld an Sie gezahlt wird. — **C. R. Klein.** — **H. R. 71.** Auskunft erhalten Sie durch Herrn Schröder, Rätlicher Gatedirektor, Neues Berliner Verwaltungsgebäude, Eingang Schlosserstraße. — **C. P. 56.** „Schwimmer-Verlang.“ Gullat Jermel, Rigdorf, Hermannstr. 177. — **Deetjoven B. C. 33.** 1. und 2. Von einer solchen Beurteilung ist uns nichts bekannt. 3. Das kann geschehen, kommt aber so gut wie gar nicht vor. — **G. R. 22.** 1. Neue Welt, SW. 68, Lindenstr. 69. 2. In der Nummer vom 24. Juli haben wir die deutsche Parteipresse veröffentlicht. — **H. 33.** Leider ist es uns bis jetzt noch nicht möglich gewesen, die Adresse zu ermitteln. — **E. G. 32.** Auf die Ausgestaltung dieser Wendung hat die Redaktion keinen Einfluß. — **G. G. 55.** Erkundigen Sie sich bei den Blumen, welche Sie im 2. Band des Adreßbuchs Teil 4, Seite 202 angegeben finden. — **Streitschlichter 2.** Ja. Hochporzellanpulver 6 Teile, Kalkmilch 24 Teile, Zinkweiß 6 Teile, roter Ocker 6 Teile, Glaspulver 6 Teile, Leinöl 18 und Wasser 34 Teile. — **Max Volter.** Am 21. Juni 1909. — **Jugendorganisation 16.** Auf Nachweisung von Zeugnissen können wir uns nicht einlassen. — **W. 78.** Knecht, Sclave, Diener. Als Gruß: Ihr Diener. — **H. B. 100.** Für Berliner Einwohner die

Friedrich-Wilhelm-Anstalt für Arbeitslose für Ihren Fall sind und den einzigen Institute nicht bekannt. — **Otto 101.** Erkundigen Sie sich bei einer der Wassermaschinenfabriken, welche Sie im 2. Band des Adreßbuchs Teil 4, Seite 471 verzeichnet finden. — **H. R. S.** Geheint in Berlin-Bismarcksdorf. — **G. R. 70.** Die nichtpollerte Seite mit Benzol befeuchten, mit Benzol getränkte Baumwolle in die Bohrerlöcher stecken, oder das Benzol hineinspritzen. Auch bringt man fünfprozentiges Ammoniakwasser mittels eines Pinsels wiederholt in die Löcher. — **Junaske, Liebenwalder Straße.** Jedes volle Hundertjahr, dessen Rißer nach Abkühlung der beiden Rufen mit der Leibar sind, sind Schalljahre, z. B. die Jahre 1000, 2400, 2800 usw. Dagegen sind die Jahre 1700, 1800, 1900, 2100 usw. keine Schalljahre. — **H. B. R. 100.** In dieser Sache müssen Sie sich an Ihre Organisation wenden. So lange die Arbeiter nicht durch Anschluß an die Organisation dem Unternehmer ihre vereinte Kraft zeigen können, wird er sich derartige Handlungen immer wieder erlauben.

**Wöchentliche Marktberichte der Rätlichen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Central-Markthallen.** Markttag: Freitag. Zufuhr reichlich, Geschäft ruhig, Preise unverändert. Wild: Zufuhr etwas reichlich, Geschäft ruhig, Preise fest. Geflügel: Zufuhr im Ganzen genügend, sonst knapp, Geschäft still, Preise fest. Fische: Zufuhr etwas reichlich, Geschäft lebhaft, Preise hoch, für See- fische stark nachgebend. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßwaren: Zufuhr reichlich, Geschäft (schleppend), Preise wenig verändert.

**Witterungsübersicht vom 3. August 1909, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometere- stand am Morgen	Wind- richtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius	Stationen	Barometere- stand am Morgen	Wind- richtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius
Stettin	766 RD	3 Regen	14	14	Saparanda	761 R	4 bedeckt	14	14
Danzig	760 RD	2 bedeckt	12	12	Petersburg	757 RD	1 wolkenl.	17	17
Berlin	757 RD	2 bedeckt	13	13	Seidz	767 RD	1 wolkenl.	14	14
Frankfurt	762 RD	3 wolkenl.	13	13	Aberdeen	769 RD	4 wolkenl.	11	11
München	761 RD	2 bedeckt	14	14	Paris	767 R	3 bedeckt	12	12

**Weiterprognose für Mittwoch, den 4. August 1909.**  
Zunächst aufklarend, am Tage wärmer bei mäßigen südwestlichen Winden, später wieder zunehmende Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge.  
Berliner Wetterbureau.

**Wasserstands-Nachrichten**  
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 2. 8. 1. 8. cm	seit 2. 8. 1. 8. cm	Wasserstand	am 2. 8. 1. 8. cm	seit 2. 8. 1. 8. cm
Neusel, Tüft	215	+11	Saale, Großh.	64	-2
Bregel, Jüterburg	90	+27	Havel, Spandau	50	+4
Beichel, Thum	92	-6	Havel, Rathenow	18	0
Ober, Rathenow	137	+1	Spree, Spremberg	82	-2
Kroffen	154	0	Bestow	95	-1
Frankfurt	161	-5	Sejer, Witten	65	+3
Barthe, Schirmitz	42	0	Witten	2	+4
Landberg	16	-9	Rhein, Ragnitzland	506	-5
Rege, Sorbom	-17	+2	Raub	277	+1
Edel, Seimitz	15	-11	Rhein	298	-3
Dresden	-100	-7	Redar, Heilbrunn	58	+5
Barby	138	+7	Rain, Wertheim	120	-2
Magdeburg	125	+7	Wolke, Trier	59	-4

+) + bedeutet Sturz. — Fall. — \*) Unterpegel.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**

**Mittwoch, den 4. August.**  
Anfang 8 Uhr.  
Neues königliches Operntheater.  
Salome.  
Deutsches. Kellen.  
Kammerstücke. Goldstern.  
Leistung. Die Dollarprinzessin.  
Berliner. Ein Herbstmanöver.  
Neues. Ein Sündenregister.  
Neues Schauspielhaus.  
Doppelad.  
Komische Oper. Kira.  
Kessens. Kimmere dich um Amelie.  
Schauspielhaus. Familie Schimek.  
Neues Operetten. Die Sprudelfee.  
Kleines. Moral.  
Westen. Der fidele Bauer.  
Schiller O. (Kaiser-Theater.)  
Madame Bonnard.  
Schiller Charlottenburg. Der Hibernel.  
Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Frau Diavolo.  
Luisen. Der fidele See.  
Zobala. Im Café Roblesse.  
Königs Caprice. Drei Frauenhüte.  
Der Deferteur usw. Anf. 8 1/2 Uhr.  
Metropol. Die oberen Zehntausend.  
Nyoko. Spezialitäten.  
Gebr. Herrfeld-Theater. Frau Ulans Friseur.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Wassage. Spezialitäten.  
Bernhard Hofe. Was eine Frau kann.  
Walhalla. Spezialitäten.  
Berliner Prater. Man lebt ja nur einmal.  
W. Noacks Theater. Dunkel Schlammer.  
Stadt-Theater Moabit. Spezialitäten.  
Volksgarten. Spezialitäten.  
Brunnen. Eine tolle Nacht. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Urania. Landensstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr: Rom und die Campagna.

**Schiller-Theater.**

Schiller-Theater O. (Kaiser-Theater.)  
Täglich:  
Madame Bonnard.  
Schwan in 3 Akten von Alexander Dumas und Antony Mars.  
Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.

**Passage-Panoptikum.**  
**Aga!**

die schweb. Jungfrau.  
Ganz Berlin zerbricht sich wieder d. Kopf über  
Der Mann m. d. eisernen Schlund!  
Experimente d. IV. Dimension!  
Alles ohne Extra-Entree.

**Passage-Theater.**  
Ein durchschlagender Erfolg!

Alois Pöschl  
Edmondo Lucini  
The Lingtons  
und das großartige August-Programm!  
12 erstklass. Variété-Attraktionen.

**Residenz-Theater**

Direktion: Richard Alexander.  
8 Uhr: 8 Uhr:  
„Kümmere Dich um Amelie.“  
Schwan in 3 Akten von Feytaud.  
Morgen und folgende Tage:  
Dieselbe Vorstellung.

**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
**Familie Schimek.**

**Apollo Theater**

ab 8 Uhr:  
Die neuen Attraktionen.  
II. a.:  
Eine Karamsnacht.  
Marya Delvard.  
Triumph der Schönheit  
Ethel Whitesides  
II. a. III.

**Metropol-Theater**

Die oberen Zehntausend.  
Amerik. Operette v. Jul. Freund.  
Musik v. Gust. Kerker. In Saeno  
gesetzt von Dir. Rich. Schultz.  
Tänze von Mr. Bishop.  
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**Herrnfeld Theater**

**Frau Elkam's Friseur.**  
Hierzu:  
**Meine-Deine Tochter.**  
Beide Komödien mit den Autoren  
Anton und Donat Herrnsfeld  
in den Hauptrollen.  
Anf. 8 Uhr. Ab 7 Uhr: Promen.-Konzert  
in schatt. Sommergarten und Pergola.

**Schiller-Theater.**

Schiller-Theater Charlottenburg.  
Täglich:  
Der Hibernel.  
Eine Diebeskomödie in 4 Akten von  
Georg Hauptmann.  
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.

**Neues Operetten-Theater.**  
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.  
Anfang 8 Uhr:  
Die Sprudelfee.  
Operette in 3 Akten v. Q. Reinhardt.

**ZOOLOGISCHER GARTEN**

Täglich:  
Großes Militär-Doppel-Konzert.  
Eintritt 1 M.,  
von abends 8 Uhr ab 50 Pf.,  
Kinder u. 10 Jahren die Hälfte.

**Elysium**

Landberger Allee 40/41. Ecke  
Petersburger Straße.  
Heute sowie täglich  
im prachtvollen Naturgarten:  
**Vorstellung**  
abwechslend von  
drei der bestrenommiertesten  
Sängergesellschaften.

**Reichshallen-Theater.**

Stettiner Sänger  
Anfang:  
Mittw. 8 Uhr.  
Sonntags  
7 Uhr.

**Max Kliems**

Sommer-Theater und Festsäle  
Rudolf Krüger Hasenstraße 13/15.  
Täglich:  
Großes Konzert, Theater und  
Spezialitäten-Vorstellung.  
Art. Leitung: Walter Gravenitz.  
Jeden Donnerstag: **Eliteta** g.  
19jährig und nach der Vorführung  
Tanzkränzen.

**Walhalla Variété-Theater**

Weinbergsweg 18-20, Rosent. Tor.  
Anfang 8 Uhr. Im Theater:  
Zweuen August-Spezialitäten  
Frei: Im Garten Konzert.  
Leben u. Treiben im Traumband.

**Geliebtheitshe m f.**

Gesammelte Dich'tungen  
von John Henry Mackay.  
Mit der Photographie d. Dichters.  
— 635 Seiten —  
Statt 4.— M. nur 2.— M.  
246/15\*

**Ssanin.**

Eisenroman aus den Tagen  
der russischen Revolution.  
Vollständige Ausgabe.  
3 mal verboten gewesen  
Preis nur 2.— M.  
Expedition des Vorwärts  
BERLIN SW. 68  
Lindenstraße 69, Laden.

**Schul-Stiefel**  
von  
**Conrad Tack & Co**  
sind die Besten!  
Man achte stets genau auf die volle Firma, um Verwechslungen mit ähnlich lautenden Firmen zu vermeiden!

Specialität:  
**Rationelle Kinder Fussbekleidungen**  
in gesundheitlichen Formen.

**CONRAD TACK & Co.**  
Schuhfabriken in Burg b. Magdeburg.

120 eigene Filialen, davon in Berlin und Umgegend:

C., Spittelmarkt 15 (im Tellhaus)	O., Andreasstraße 50
C., Rosenthalerstraße 14	O., Frankfurter Allee 125
W., Potsdamerstraße 50 Fernspr.: Amt VI, 16531	N., Brunnenstraße nur 37
W., Schillstraße 16 Fernspr.: Amt VI, 16531	N., Friedrichstraße 127 schrag gegenüber der Oranien- burgerstraße
SO., Oranienstraße 32	N., Danzigerstraße 1
SO., Oranienstraße 2a	N., Müllerstraße 3
SO., Wrangelstraße 49	N., Reinickendorferstr. 23 gegenüber der Plantagenstr.
SW., Friedrichstr. 240/241, am Halleschen Tor	Charlottenburg: nur Wilmers- dorferstr. 122-123 Fernsprecher: 14530
NW., Beusselstraße 29	Rixdorf: Bergstraße 30-31
NW., Wilsnackerstraße 22	Potsdam: Brandenburgerstr. 54
NW., Turmstraße 41 Fernspr.: Amt II, 7820	

**Urania.**

Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
Rom und die Campagna.

**Lessing-Theater.**

Gastspiel d. Neuen Operetten-Theaters.  
Anfang 8 Uhr.  
Die Dollarprinzessin.  
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

**Berliner Theater.**

Heute 8 Uhr:  
Ein Herbstmanöver.  
Morgen: Ein Herbstmanöver.

**Neues Theater.**

Abends 8 Uhr:  
Sein Sündenregister  
Donnerstag und folgende Tage:  
Sein Sündenregister.

**Neues Kgl. Opern-Theater (Kroll).**

Gura-Oper.  
Aino Aekté.  
Von Rich. Strauß. — Anf. 8 Uhr.  
Donnerst.: Carmen. Freitag: Tann-  
häuser. Sonnab.: Lohengrin. Sonnt.:  
Meistersinger. Montag: Orpheus.

**Theater des Westens.**

Abends 8 Uhr:  
Der fidele Bauer  
Operette von Leo Fall.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.**

Mittwoch, 4. August, abends 8 Uhr:  
Fra Diavolo.  
Rom. Op. in 3 Akten v. Ruber. (Meine Pr.)  
Donnerstag: Postillon von Loujumeau.  
Freitag: Die Afrikanerin.  
Sonnabend: Der Freischütz.

**BERNHARD ROSE THEATER**

Dr. Frankfurter Str. 182.  
Was eine Frau kann.  
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.  
Mit der Geheimnisvolle Mr. Taff.  
Geistliche Spezialitäten.

**Königstadt-Kasino.**

Holzmärkte 72 (Wife Alexanderstr.)  
Tägl. i. herrl. Natur-Sommergarten  
bei ungünstiger Witterung i. Saale  
Gr. Theater- u. Spez.-Vorstellung.  
Amor auf Irrwegen.  
Woffe mit Gesang von Lortzsch.  
Ely Burgois, Duett Herrmann, Heinz  
Hauer, Harves und Horves, Loew-  
Lassen und erstklass. Spezialitäten.  
Anf. wochent. 8, Sonntags 5 Uhr.

**Stadt-Theater Moabit.**

Alt-Moabit 47/48.  
Täglich:  
Spezialitäten und  
Theater-Vorstellung.  
Anf. d. Vorstellung wochentags 7 Uhr,  
Sonntags 6 Uhr. Sonnt. 6 Uhr. 5 Uhr.  
Garteneröffnung 8 Uhr.  
Jeden Montag Eliteta, Spezia-  
litäten und Solos der Lustigen  
Sänger.  
Bei Regenwetter Vorstellung im  
großen Theater-Saal.

**Brunnen-Theater**

Badstraße 58. Direktion: Will Volgt.  
Heute Mittwoch, den 4. August:  
Benefiz für Karl Friedau.  
Der Amerika-Seppel.  
Bauernposse mit Gesang und Tanz  
in 3 Akten von Wang.  
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.

**Berliner Prater-Theater**

Rastanienallee 7-9.  
Täglich:  
Man lebt ja nur einmal!  
Havemanns größte Rauberschule  
d. Welt. Spezialität, Konzerte, Ball.  
Anfang 4 1/2 Uhr.

**Schweizer - Garten**

Am Königstor. Im Friedrichshain  
Heute: Kinderfreude  
Theater, Spezialitäten, Behali-  
gungen, Pantomime, Kabarettbeut.  
Prof. „Pantomime“ X. Dr. Wall.  
Abends 10 Uhr: Lebend.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Sommergarten haben Öffnung!

**W. Noacks Theater**

Direktion: Rob. Ull. Dannewitzstr. 16.  
Ab 7 Uhr: O. neuen August-Spezialität.  
Hanneken Georgotte X. Karl Olda  
Max Alexander usw.  
9 1/2, Onkel Salsamier. 9 1/2,  
Stong G. Staefel ab 3 1/2 Entree 30 Pf.  
Sonnabend: Was man eine Frau sucht.

**Phänomenen**  
Cigaretten!  
Devise: Qualität ist die beste Empfehlung



# Zentralverband der Lederarbeiter.

— Filiale I Berlin. —

Donnerstag, den 5. August, abends pünktlich 8 Uhr, im Lokal des Herrn Schmidt, Prinzenallee 33:

Mitglieder-Versammlung aller in der Leder- und Handschuh-Fabrikation beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal beider Klassen. 2. Bericht über die obligatorische Erhebung des Unfallversicherungsbeitrages. 3. Dahlen. 4. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes. 144/11  
Der wichtigsten Tagesordnung wegen ist zahlreiches wie auch pünktliches Erscheinen notwendig. Der Vorstand.

# Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Melchiorstraße 28, part. Filiale Berlin. Fernspr.: Amt 4, 4787.

Donnerstag, den 5. August 1909, abends 8 1/2 Uhr:

# Sektions-Versammlung der Lackierer

im Gewerkschaftshause, Engelshof 15.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Jakoboff: „Welchen Einfluß hat die Organisation auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterklasse?“ 127/8  
2. Diskussion.  
3. Vereinsangelegenheiten.  
Kollegen! Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen eines jeden einzelnen.  
Die Sektionsleitung.

Arnold Scholz **Neue Welt** Hasenheide 108/114  
Heute Mittwoch, den 4. August 1909:  
**Großes Ernte-Fest.**  
Bonbonregen. X Belustigungen aller Art X Fackelzug.  
Erntefestzug mit Wagen und Reitern.  
Große Gratisverlosung. Hauptgewinne: je eine goldene Uhr für Mädchen und Knaben. —  
Anfang 4 Uhr. Eintritt 15 Pf.

**Schwarzer Adler**  
Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 5 (früher 120).  
Inh.: Gebr. Arnold.  
Täglich: Gr. internation. Ringkampf-Konkurrenz  
um die Meisterschaft d. Prov. Brandenburg u. die Prämie 5000 M. in bar.  
Heute Mittwoch, den 4. August, ringen: Legoméd - Bordeaux gegen Schwarz - Berlin. Michaelof - Rusland gegen Parschau - Döberitz. Dirk v. d. Borg - Holland gegen Hitzler - Bayern. Goksch - Breslau gegen Petersen - Dänemark.  
Vor den Ringkämpfen: Auftreten erstklass. Spezialitäten mit Fr. Sobanski.

**Volksgarten - Theater**  
früher Weimanns Volksgarten.  
Täglich: Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.  
Ella Vera X Lola Droll X Otto Bayer  
The Harleys X Brothers Vollmer  
Der Affenbubler.  
Bollstedt m. Wej. u. Lanz in 5 Bildern.  
Donnerstag, 19. Aug.: Gr. Gartenfest

**Puhmann's Theater**  
Königsplatz 115  
Tungfrau von Berlin.  
12 erstklassige Spezialitäten.  
Teufels-Fahrt.  
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 20 Pf.

**Vereins-Brauerei**  
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.  
Oekonom: Max Wendt.  
Täglich:  
**Gr. Militär-Konzert.**  
Vorzugsarten  
haben wochentags Gälligkeit.  
Entree 15 Pf.

**Armin-Hallen** Gebr. Mieltz  
Kommandantenstr. 58/59  
große und kleine Säle noch Sonn-  
abende u. Sonntage in diesem  
und nächstem Jahre frei. 8175\*

**Steppdecken**  
Spezialhaus  
**Emil Lefèvre**  
Berlin, Oranienstr. 158  
Similiseide in den 4<sup>er</sup> 6<sup>er</sup> 25  
Farb. rot, 7<sup>er</sup> 8<sup>er</sup> 75  
blau, oliv. . . . . 7<sup>er</sup> 9<sup>er</sup> 75  
aufbeid. Seit benutzbar 11,25  
**Wellatlas** rot . . . 7<sup>er</sup> 9<sup>er</sup> 900  
Bento Normal- 175 250 350  
Schlafdecken  
Wolldecken ganz dick extrahüllig 300 400  
**Mein neuer**  
**Pracht-Katalog**  
mit ca. 600 Abbildungen  
gratis u. franko.

# Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Bureau: Engelshof 15, Zimmer 53. Zweigverein Berlin. Telefon Amt IV 4093.

Freitag, den 6. August, abends 8 1/2 Uhr:

# General-Versammlung

aller Sektionen und Zahlstellen des Zweigvereins  
im Berliner Gewerkschaftshause, Engelshof 15, Saal 1.  
Tages-Ordnung: 188/17\*

1. Geschäfts- und Kassenbericht für das 2. Quartal 1909. 2. Gewerkschaftliches. Der Zweigvereinsvorstand.  
NB. Nach § 6 der Bibliothekordnung muß im Juli jeden Jahres eine Inventur über den Bücherbestand der Zweigvereinsbibliothek vorgenommen werden. Durch äußere Umstände veranlaßt, kann dies in diesem Jahre erst im August geschehen und ersuchen wir alle Kollegen, die augenblicklich noch entlehnte Bücher in Händen haben, dieselben bis Sonnabend, den 7. August, abzuliefern. Die Wiedereröffnung der Bibliothek wird bekannt gegeben werden.  
Die Bibliothekskommission.



**JOSETTI JUNO**  
CIGARETTEN  
können nicht so billig verkauft werden, wenn ihr aussergewöhnlich grosser Konsum nicht ihre Herstellung in so hervorragender Qualität und zu so wohlfeilem Preise ermöglichte. Dass sie in so grossen Mengen geraucht werden, ist lediglich ein Beweis ihrer allgemein anerkannten Güte und Vorzüglichkeit.  
Josetti-Juno m. u. o. Mundstück  
10 Stck. 20 Pf.  
Josetti Cigarettes Josetti Cigarettes

**Verleih-Institut:**  
Friedrichstr. 115/1, a. Drabg.  
Lor. Eleg. Brad. Gesch. 1,50, Hofe 1,00, Weste 50 Pf.  
**Große Firma**  
vergift durch Verfallend Decken jeder Art, Gardinen, Stores, Portieren, Wäsche, Bilder und Uhren. Ohne Abzahlung bei kleinen Monatsraten. 18693\*  
Keine Kaffierer. Offert. U. W. 100 an „Bordwärts“-Expedition, Auguststr. 50.

**Merken Sie sich den Namen**  
„Goldperle“ und verlangen Sie stets auch bräunlich Beliebigkeitspulver „Goldperle“. Jedes Paket enthält ein hübsches praktisches Geschenk.  
Fabrikant: Carl Gentner, Göppingen.  
Schutzmarke.  
!!! Beacht wegen den vielen minderwertigen Nachahmungen !!!

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt 62/9\*  
für Haut- und Harnleiden.  
dicht am Moritzplatz,  
Prinzenstr. 41, 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4  
Haben Sie Stoff?  
Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Mass, schick, dauerh. Zutaten, von 20 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 11, (Stadt-Straße).

**Billigste Bezugsquelle gedieg. Trauergarderobe**  
**Westmanns**  
Trauer-Magazin  
Berlin W., Mohrenstr. 37a NO., Gr. Frankf. Str. 115.  
Genau Besichtigung meiner Firma u. Hausnummer geboten!

**Bauschule u. Technikum.**  
Berlin C., Mühlstr. 7, errichtet 1890.  
Hoch- und Tiefbau (3 Semester).  
Eisenbetonbau!  
Spezialabteilung f. Steinmetz, Tischler und Schlosser.  
Tages- und Abendkurse.  
Programme kostenlos durch die Direktion.  
16762\*

**Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands.**  
Zahlstelle Berlin und Umgegend, Bezirk 28.  
Den Berufsgenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied **Karl Garbrecht** am Sonntag, den 1. August, verstorben ist. 254/12  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 4. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Russen-Friedhofes am Fürstenbrunner Weg, Westend, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

**Sozialdemokrat. Wahlverein**  
Bezirk Tegel.  
Am Sonntag, den 1. August, nach längerem Leiden der Genosse **Johannes Maier**. Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes in Tegel statt.  
Zahlreiche Beteiligung der Genossen und Genossinnen erwartet.  
Die Bezirksleitung.

**Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter**  
(E. d. Nr. 29, Hamburg).  
Filiale Tegel.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied der Ortsverwaltung **Johannes Maier** am Sonntag, den 1. August, nach langem Leiden verstorben ist. Seine stets bewiesene Arbeitsfreudigkeit sichert ihm ein ehrenvolles Andenken und soll uns stets vorbildlich sein.  
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 4. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle in Tegel, Hermanns-Strasse, aus statt. 8186  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeigen.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter **Paul Greiner** am 29. Juli an Freitod gestorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Ferner starb unser Mitglied, der Eisarbeiter **Herm. Kauschke** am 1. August an Herzleiden. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Pauls-Friedhofes in Pflägensee aus statt.  
Ferner starb unser Mitglied, der Dreher **Johannes Maier** am 1. August an Lungenerleiden. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Tegeler Friedhofes in Tegel aus statt.  
Ferner starb unser Mitglied, die Arbeiterin **Auguste Kadeit** am 2. August an Nierenleiden. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Friedrichshagen-Friedhofes, Pappel-Allee, aus statt.  
Ehre ihrem Andenken!  
Rege Beteiligung erwartet.  
121/3 Die Ortsverwaltung.

**Dankfagung.**  
Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unseres guten Vaters lagen wir allen Verwandten, Bekannten und Freunden; besonders dem Vorstand und Angestellten der Allgemeinen Ortskrankenkasse, dem Vorstand der Bureauangestellten, dem Vorstand des zweiten Berliner Reichstagswahlkreises, sowie den Genossen des 152. Bezirks unseren herzlichsten Dank. 20062  
Witwe Wolter nebst Kindern.

**Danksagung.**  
Allen Freunden und Bekannten für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzgesenden, besonders den Wierern des Hauses Liegnitzer Straße 5, bei der Beerdigung unserer lieben Tochter und Schwester **Anna** lagen wir hiermit unseren herzlichsten Dank.  
Carl Suhrmann nebst Frau und Sohn. 20106

**Dankfagung.**  
Von der Reise zurück  
**Sanitätsrat Dr. Böhm**  
Spezialarzt für Wasserheilverfahren, Charlottenstr. 14. 88/1

# Woher kommt es, daß gerade jetzt

im **Spezial-Konfektionshaus Westmann**  
Hauptgeschäft: Mohren-Strasse 37a, (kein Eckhaus, 2. Haus von der Jerusalemer Straße, Berlin W., und: Gr. Frankfurterstr. 115, (kein Eckhaus, 2. Haus von der Andreasstraße, Berlin NO.,) ein solch kolossaler Andrang herrscht? — Das erfahren Sie sofort, meine Damen, wenn Sie kommen! Billiger wie je zuvor gebe ich jetzt das **gesamte Lager** in **Reise-Konfektion** ab. Am **Sonnabend**, den 7. August, **mittags**, soll der Verkauf beend<sup>t</sup> sein!  
**Preise nenne ich nicht!** 2009L  
Regenmäntel! Stauhmäntel! Gummimäntel! Reisekostüme! Brunnenkostüme! Strandkostüme! Paletots! Loden-Pelerinen! Jackets! Kimonos! Fichus! Kleider! Röcke! . . . . . Blusen! Tuch-, Selden-, Rips-, Leinen-Konfektion. . . . .  
**Gratisbelgabe:** eine nette Bluse oder ein Stück Stoff bei Einkauf von schon 15 Mk. an!  
**Enorme Auswahl speziell für starke Figuren!**

